



Protokoll

der 21. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 24. Juni 2026, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	<i>Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin</i>
Protokoll:	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär</i> <i>Sabine Canton, II. Ratssekretärin</i> <i>Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
Abwesende:	<i>Lydia Isler-Christ (LDP), Raffaella Hanauer (Grüne/jgb), Fleur Weibel (Grüne/jgb).</i>

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte	3
3.	Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Johannes Sieber, ehem. GLP)	3
4.	Wahl eines Mitglieds der Gesundheits- und Sozialkommission (Nachfolge Raoul I. Furlano, LDP)	4
5.	Wahl eines Mitglieds der Disziplinarkommission (Nachfolge Raoul I. Furlano, LDP)	4
6.	Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Melanie Eberhard, SP)	5
7.	Vorschlag zur Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht Basel-Stadt für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 – 2027, Bericht der WVKo (Nachfolge von Monika Guth Eichner)	6
8.	Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2025 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2025 der fünf kantonalen Museen	7
9.	Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2025 des Regierungsrats	30



Beginn der 21. Sitzung

Mittwoch, 24. Juni 2026, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[24.06.26 09:00:07]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich begrüsse Sie zu unserer heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen.

Neues Ratsmitglied: Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat begrüssen zu dürfen. Lukas Hug, LDP, nimmt den Platz des zurückgetretenen Raoul Furlano ein. Ich bitte Lukas Hug, sich kurz von seinem Sitz zu erheben. Ich wünsche Lukas Hug für seine verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse ihn herzlich willkommen. (*Applaus*).

Abstimmungskarten einstecken: Hier wieder mein Hinweis, dass Sie Ihre Abstimmungskarte einstecken müssen. Beim Einstecken bis 9.30 Uhr gibt es Sitzungsgeld.

Abstimmen in Abwesenheit: Das Ratsbüro hat in den letzten Wochen die Prozesse zum Abstimmen in Abwesenheit überarbeitet und angepasst. Sie finden die entsprechenden Informationen des Ratsbüros sowie das angepasste Reglement und die angepasste Erklärung auf Ihren Tischen. Für eine Teilnahme im September müssen Sie die neue Erklärung vorab unterzeichnen und dem Parlamentsdienst abgeben. Nur damit ist eine Teilnahme möglich. Das neue Reglement tritt ab dem 1. September in Kraft und ist für die Septembersitzung gültig. Falls Sie Fragen zum Abstimmen in Abwesenheit haben, können Sie sich gerne an das Ratsbüro oder an den Parlamentsdienst wenden.

Rücktritt einer nebenamtlichen Richterin: Daniela Thurnherr hat ihren Rücktritt als nebenamtliche Richterin am Appellationsgericht per 30. September 2026 eingereicht. Sie wurde am 17. Juni von der Vereinigten Bundesversammlung zur ordentlichen Bundesrichterin gewählt. Wir danken Daniela Thurnherr für die in diesem Amt geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an die Wahlvorbereitungskommission.

Jahrestagung IPK Nordwestschweiz: Die Vorankündigung zur diesjährigen Tagung der Interparlamentarischen Konferenz der Nordwestschweiz, IPK ist Ihnen gestern per Mail zugestellt worden, damit das Datum bei Interesse bereits heute reserviert werden kann. Der Anlass findet am Freitag, 30. Oktober am Morgen in Liestal statt. Thema werden die Spielregeln und die Potenziale der künstlichen Intelligenz in Politik und Verwaltung sein. Die Einladung mit allen Details folgt nach den Sommerferien.

Geburtstag: Eric Weber feiert heute seinen 63. Geburtstag und hat aus diesem Anlass Gipfeli im Vorzimmer spendiert. Vielen Dank im Namen des Grossen Rates und herzliche Gratulation zum Geburtstag. (*Applaus*)

Das waren meine Mitteilungen, wir kommen damit zur Tagesordnung.

Dringliche Traktandierung: Die Geschäftsprüfungskommission beantragt, ihren Bericht dringlich zu traktandieren, da die 3-Wochenfrist nicht eingehalten werden konnte. Wünscht der Präsident der GPK das Wort? Er verzichtet. Wir stimmen nun über die Dringlichkeit ab. Es benötigt ein Zweidrittelmehr.

2/3-Abstimmung

Wer der dringlichen Traktandierung zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0009176, 24.06.26 09:04:01*]

Der Grosse Rat beschliesst



dringliche Traktandierung des Jahresberichts der GPK.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben der dringlichen Traktandierung mit 87 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und einer Enthaltung zugestimmt. Der Bericht wird, wie in der Tagesordnung aufgeführt, nach der Jahresrechnung behandelt. Sie haben die Tagesordnung stillschweigend genehmigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[24.06.26 09:04:22]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an die Kommissionen vor. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

3. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Johannes Sieber, ehem. GLP)

[24.06.26 09:04:46]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 3 bis 6 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Die Abstimmungen werden einzeln durchgeführt. Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrs, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen. Wir kommen damit zur Abstimmung der offenen Wahl.

2/3-Abstimmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009180, 24.06.26 09:05:52]

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 86 Ja-Stimmen für offene Wahlen entschieden. Gemäss § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion GLP lauten. Für die Wahl als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission von der Fraktion GLP vorgeschlagen wurde Sandra Bothe-Wenk. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen, wir kommen damit zur offenen Wahl.



Abstimmung

JA heisst Wahl von Sandra Bothe-Wenk, NEIN heisst Nichtwahl .

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009182, 24.06.26 09:06:59]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl von Sandra Bothe-Wenk

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben Sandra Bothe-Wenk mit 87 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung in die GPK gewählt. Ich gratuliere Sandra Bothe-Wenk zur Wahl als Mitglied der GPK und wünsche ihr viel Freude und Erfolg im neuen Amt.

4. Wahl eines Mitglieds der Gesundheits- und Sozialkommission (Nachfolge Raoul I. Furlano, LDP)

[24.06.26 09:07:23]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Wahl als Mitglied der GSK von der Fraktion LDP vorgeschlagen wurde Philip Karger. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion LDP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen, wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Philip Karger, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009185, 24.06.26 09:08:11]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl von Philip Karger

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben Philip Karger mit 89 Ja-Stimmen und einer Enthaltung in die GSK gewählt. Ich gratuliere Philip Karger zur Wahl als Mitglied der GSK und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

5. Wahl eines Mitglieds der Disziplinarkommission (Nachfolge Raoul I. Furlano, LDP)

[24.06.26 09:08:33]



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Wahl als Mitglied der Disziplinarkommission von der Fraktion LDP vorgeschlagen wurde Philip Karger. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion LDP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen, wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Philip Karger, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009188, 24.06.26 09:09:23]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl Philip Karger.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben Philip Karger mit 89 Ja-Stimmen und einer Enthaltung in die Disziplinarkommission gewählt. Ich gratuliere Philip Karger zur Wahl als Mitglied der Disziplinarkommission und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

6. Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Melanie Eberhard, SP)

[24.06.26 09:09:46]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Wahl als Mitglied der Regiokommission von der Fraktion SP vorgeschlagen wurde Seyit Erdogan. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion SP. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen, wir kommen damit zur offenen Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl von Seyit Erdogan, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009191, 24.06.26 09:10:32]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl von Seyit Erdogan.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben Seyit Erdogan mit 89 Ja-Stimmen und einer Enthaltung in die Regiokommission gewählt. Ich gratuliere Seyit Erdogan zur Wahl als Mitglied der Regiokommission und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.



7. Vorschlag zur Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht Basel-Stadt für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 – 2027, Bericht der WVKo (Nachfolge von Monika Guth Eichner)

[24.06.26 09:10:57, 26.5140.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Wahlvorbereitungskommission beantragt Dr. iur. Adrian Schaub als nebenamtlichen Richter am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer zu wählen. Eine inhaltliche Diskussion über kandidierende oder vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt. Innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Wochen gemäss § 76 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind keine weiteren Wahlvorschläge eingegangen. Das Wort geht nun an die Wahlvorbereitungskommission und deren Präsidenten Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Im Namen der Wahlvorbereitungskommission darf ich den Wahlvorschlag für die Neubesetzung einer Stelle als nebenamtlicher Richter am Strafgericht Basel-Stadt unterbreiten. Die Ersatzwahl wurde notwendig, da Frau Dr. iur. Monika Gut-Eichner am 15. April 2026 zur Gerichtspräsidentin am Strafgericht gewählt wurde und folglich per 20. April von ihrem Amt als nebenamtliche Richterin zurücktrat. Um die Arbeitslast infolge bestehender Vakanzen am Strafgericht zu bewältigen, ist eine rasche Wiederbesetzung für den Rest der Amtsdauer bis Ende 2027 angezeigt.

Auf die Ausschreibung hin reichte die FDP-Fraktion fristgerecht die Bewerbung von Herrn Dr. iur. Adrian Schaub ein, weitere Kandidaten sind nicht eingegangen. Im Gespräch mit der Kommission betonte Herr Schaub, dass er das Richteramt als einen wesentlichen gesellschaftlichen Beitrag und als Grundpfeiler unseres Rechtsstaates versteht. Er möchte seine langjährige juristische Erfahrung einbringen und dabei seinem bereits seit Studientagen bestehenden Interesse am Strafrecht und der Kriminologie nachgehen.

Die Wahlvorbereitungskommission hat die Wählbarkeitsvoraussetzungen geprüft und ein persönliches Gespräch mit dem Kandidaten geführt. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Dr. iur. Adrian Schaub verfügt über die notwendige Fachkompetenz, die notwendige Erfahrung und die persönliche Integrität für dieses anspruchsvolle Amt am Strafgericht. Die Wahlvorbereitungskommission beantragt Ihnen daher einstimmig, Herr Dr. iur. Adrian Schaub für den Rest der laufenden Amtsdauer bis zum 31. Dezember 2027 als nebenamtlicher Richter am Strafgericht zu wählen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und empfehle die Wahl zur Unterstützung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung findet die Wahl geheim statt. Wenn nicht mehr Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen sind, als gewählt werden können, kann der Grosse Rat mit zwei Dritteln der Stimmen offene Wahlen beschliessen. Ich beantrage Ihnen die offene Wahl. Wir kommen damit zur Abstimmung über eine offene Wahl mit einem Zweidrittelmehr.

2/3-Abstimmung

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009194, 24.06.26 09:14:49]

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 85 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung für offene Wahl entschieden. Wir kommen damit zur Abstimmung.



Abstimmung

Wer dem Antrag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl von Adrian Schaub zustimmt, stimmt Ja, wer nicht zustimmt, stimmt Nein.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009196, 24.06.26 09:15:31]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl von Adrian Schaub.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 87 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und auch keiner Enthaltung Adrian Schaub gewählt. Ich gratuliere Adrian Schaub zur Wahl als Richter am Strafgericht und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

8. Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2025 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2025 der fünf kantonalen Museen

[24.06.26 09:15:59, 26.5134.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Finanzkommission zur Jahresrechnung 2025 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2025 der fünf kantonalen Museen. Zu diesem Geschäft begrüsse ich auf der Regierungsbank auch den Präsidenten des Gerichtsrates, Herrn Stephan Wullschleger.

Die Finanzkommission beantragt, die Jahresrechnung 2025 zu genehmigen. Ich gebe Ihnen den Ablauf der Beratung der Jahresrechnung bekannt. Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht der Finanzkommission und die Jahresrechnung, in welcher zunächst der Präsident der Finanzkommission das Wort erhält. Danach spricht die Präsidentin der BKK, welche einen Mitbericht zu den kantonalen Museen verfasst hat. Seitens der übrigen Sachkommissionen wurden keine weiteren Mitberichte eingereicht. Nach den Kommissionen sprechen die Finanzdirektorin, der Vorsitzende des Gerichtsrates, anschliessend die Fraktionen je maximal zehn Minuten und dann die Einzelvotierenden je maximal fünf Minuten. Das erste Schlusswort zum Eintreten hat der Vorsitzende des Gerichtsrates, danach die Finanzdirektorin sowie die Präsidentin der BKK und das ultimative Schlusswort hat wieder der Präsident der Finanzkommission. Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Detailberatung. Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Grossratsbeschlusses auf Seite 57 des Berichts der Finanzkommission und die Schlussabstimmung.

Gibt es zu diesem Ablauf Wortmeldungen? Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind. Das Wort hat nun der Präsident der Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich darf Ihnen auch in diesem Jahr namens der Finanzkommission über die Jahresrechnung des Kantons Basel-Stadt berichten. Die Finanzkommission hat die Rechnung 2025 im Rahmen ihrer Klausur mittels schriftlicher Fragen sowie Hearings mit sämtlichen Departementen und den Gerichten vertieft geprüft. Zusätzlich stützte sie sich auf die Erkenntnisse und Prüfberichte der Finanzkontrolle.

Der Kanton Basel-Stadt schliesst das Rechnungsjahr 2025 mit einem Überschuss von rund 12 Mio. Franken ab. Das Ergebnis liegt damit leicht über Budget und bestätigt unsere grundsätzlich solide finanzielle Verfassung. Gleichzeitig zeigt die Rechnung aber auch, dass sich die finanzielle Ausgangslage gegenüber den Vorjahren verändert hat. Nachdem Basel-Stadt in den vergangenen Jahren teils sehr hohe Überschüsse erzielen konnte, sind die Spielräume heute deutlich kleiner geworden. Der strukturelle Überschuss ist weitgehend abgebaut, wie es auch die Vorsteherin des Finanzdepartements, Regierungsrätin Tanja Soland, immer wieder an verschiedener Stelle auch hier in diesem Saale jeweils erwähnt.



Auf der Ertragsseite präsentiert sich das Bild weiterhin erfreulich. Die Steuererträge entwickelten sich auch im Rechnungsjahr 2025 insgesamt stabil. Besonders hervorzuheben sind die Unternehmenssteuern, welche deutlich über dem Vorjahr lagen. Ebenfalls erfreulich ist die Gewinnablieferung der Basler Kantonalbank, insgesamt erhielt der Kanton 125 Mio. Franken aus der BKB, was etwa 44 Mio. Franken höher ist als erwartet, dies einerseits bestehend aus der ordentlichen Gewinnablieferung sowie einer zusätzlichen Jubiläumsausschüttung. Die Finanzkommission nimmt dies positiv zur Kenntnis, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass das Ergebnis der Rechnung 2025 unter anderem durch solche einzelne Sondereffekte positiv beeinflusst wurde und nur deshalb im Plus abschloss.

Bei den Steuererträgen zeigen sich weiterhin erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Kategorien. Während sich die Unternehmenssteuern sehr positiv entwickelten und das Budget um gut 99 Mio. Franken übertraf, verliefen andere Steuerarten, beispielsweise die Einkommenssteuern mit 52 Mio. Franken unter Budget oder die Quellensteuern mit 61 Mio. Franken unter Budget, anders als erwartet. Hinzu kommt erstmals die Ergänzungssteuer im Zusammenhang mit der OECD-Mindestbesteuerung. Hier fehlen naturgemäss noch Erfahrungswerte. Die Finanzkommission hält deshalb fest, dass die Ertragsentwicklung des Kantons weiterhin von einzelnen volatilen Faktoren abhängig bleibt.

Ebenfalls richtig erscheint der Finanzkommission die weiterhin vorsichtige Budgetierung der Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, wie stark diese Erträge dann jeweils schwanken können. Einen wesentlichen Einfluss auf die Rechnung 2025 hatte zudem die Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung und des vom Stimmvolk beschlossenen Basler Standortpakets, ich komme später nochmals darauf zurück.

Gemäss den Ausführungen des Regierungsrates stiegen die Zahlungen des Kantons Basel-Stadt in den nationalen Finanzausgleich von 140 Mio. Franken im Jahr 2022 auf nun inzwischen 225 Mio. Franken an. Die Finanzkommission nimmt diese Entwicklung zur Kenntnis, der starke Anstieg der NFA-Zahlungen reduziert den finanzpolitischen Handlungsspielraum des Kantons und entzieht Mittel, welche für eigene Investitionen und kantonale Aufgaben fehlen können.

Die Finanzkommission stellt weiter fest, dass die strukturellen Ausgaben insbesondere in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Bildung weiterhin ansteigen. So beliefen sich die Sozialkosten im Rechnungsjahr 2025 auf insgesamt 737 Mio. Franken, auch die Ausgaben im öffentlichen Verkehr entwickelten sich erneut deutlich nach oben. Die Kommission anerkennt, dass verschiedene dieser Entwicklungen demografisch oder gesetzlich bedingt sind und sich dem direkten Einfluss des Kantons teilweise entziehen. Gleichzeitig hält sie fest, dass sich das Ausgabenwachstum im Verhältnis zu den Einnahmen bewegen sollte. Der Regierungsrat selbst hielt gegenüber der Finanzkommission fest, dass daher künftig die Ausgaben stärker priorisiert werden müssten.

Dies gilt auch für den Personalbereich. Der kantonale Personalbestand ist erneut gewachsen und beläuft sich nun auf insgesamt 13'294 Mitarbeitende. Die Finanzkommission anerkennt die Gründe dafür in vielen Bereichen, gleichzeitig bleibt der Personalaufwand einer der wichtigsten strukturellen Kostentreiber des Kantons und verdient deshalb weiterhin besondere Aufmerksamkeit.

Ein weiterer Schwerpunkt der Beratungen waren die Themen Digitalisierung, Projektsteuerung und Ressourcenplanung. Die Kommission gewann den Eindruck, dass hier in den vergangenen Jahren zwar vieles angestossen wurde, die Abstimmung zwischen Projekten, verfügbaren Ressourcen und tatsächlicher Umsetzung jedoch noch verbessert werden muss. Dies zeigt sich auch bei verschiedenen Investitionsprojekten, die verzögert wurden.

Auch bei den Investitionen zeigt sich aus Sicht der Finanzkommission ein gemischtes Bild. Das Investitionsvolumen blieb mit 417 Mio. Franken zwar weiterhin hoch, allerdings wurde das budgetierte Investitionsvolumen erneut nicht vollständig ausgeschöpft. Die Investitionsrechnung erreichte lediglich einen Ausschöpfungsgrad von 82% gegenüber 86% im Vorjahr, Verzögerungen ergaben sich unter anderem bei der Trambeschaffung Plus, beim Neubau des Schulhauses Walkeweg, bei Projekten rund um das Universitätsspital sowie bei Infrastrukturvorhaben im Hafenbereich. Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass verschiedene dieser Verzögerungen durch Einsparungen, Planungsanpassungen oder externe Faktoren verursacht wurden. Gleichzeitig zeigt sich jedoch aus Sicht der Kommission, dass Projektsteuerung, Priorisierung und Kapazitätsplanung weiterhin verbessert werden müssen, damit bewilligte Investitionen künftig verlässlicher umgesetzt werden können. Die Finanzkommission erwartet deshalb weiterhin Verbesserungen bei der Projektsteuerung, beim Controlling und bei der Abstimmung der vorhandenen personellen Ressourcen mit den geplanten Vorhaben, insbesondere sind wir sehr gespannt, wie der Regierungsrat künftig das Drei-Rollen-Modell umsetzen möchte. Hier wartet die Finanzkommission schon seit längerem auf entsprechende Aussagen des Regierungsrates, die sich leider auch vor der Sommerpause erneut verzögert haben. Positiv hervorheben kann man, dass Basel-Stadt trotz dieser Entwicklungen weiterhin über ein Nettovermögen verfügt und die Vorgaben der Schuldenbremse klar einhält. Das ist keine Selbstverständlichkeit und Ausdruck einer nach wie vor starken finanziellen Basis.

Nun gerne einige gesamtkantonale Feststellungen, zuerst zum OECD-Steuerpaket. Ein Thema, mit dem sich die Finanzkommission selbstverständlich vertieft befasst hat, ist eben genau dieses Basler Standortpaket im Zusammenhang mit der OECD-Mindestbesteuerung. Im Rechnungsjahr 2025 wurden erstmals in grösserem Umfang Fördermittel gesprochen, insgesamt gingen, so liess sich die Finanzkommission berichten, 88 Gesuche ein, bewilligt wurden Fördermittel von rund 246



Mio. Franken. Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass damit genau jene Bereiche gefördert werden sollten oder sollen, welche für die Wettbewerbsfähigkeit Basels von zentraler Bedeutung sind. Gerade die Life Sciences-Industrie, die Forschungseinrichtungen und die innovativen Unternehmen bilden eine wesentliche Grundlage unseres Wohlstands und tragen massgeblich zu den Steuererträgen des Kantons bei.

Gleichzeitig stellte die Finanzkommission fest, dass ein grosser Teil der bisher gesprochenen Fördermittel an grössere Unternehmen geflossen ist. Dies überrascht angesichts der Struktur unserer Wirtschaft nicht. Dennoch wird es wichtig sein, dass auch kleinere und mittlere Unternehmen von den Instrumenten des Standortpakets profitieren können.

Die Finanzkommission anerkennt die grosse Bedeutung des internationalen Standortwettbewerbs, sie hält aber ebenso fest, dass mit dem Standortpaket sehr erhebliche finanzielle Mittel eingesetzt werden, entscheidend wird deshalb nicht die Höhe der gesprochenen Beiträge sein, sondern deren Wirkung. Die zentrale Frage wird lauten: Gelingt es mit diesen Investitionen tatsächlich, Arbeitsplätze, Forschung, Innovation und Wertschöpfung langfristig in Basel zu halten oder neu anzusiedeln? Die Finanzkommission erwartet deshalb, dass die Wirkung der eingesetzten Mittel in den kommenden Jahren sorgfältig überprüft, transparent ausgewiesen und kritisch hinterfragt wird. Nur so kann beurteilt werden, ob das Standortpaket die Erwartungen erfüllt, welche Bevölkerung und Politik mit diesem Instrument verbunden haben.

Ein weiterer Punkt, der sich wie ein roter Faden durch verschiedene Departemente gezogen hat, betrifft die Energie-, Betriebs- und Unterhaltskosten. Die Finanzkommission stellt fest, dass diese Kosten in den vergangenen Jahren in zahlreichen Bereichen spürbar angestiegen sind. Dies betrifft nicht nur die Energiepreise selbst, sondern auch höhere Materialkosten, steigende Anforderungen an den Gebäudeunterhalt sowie zusätzliche Aufwendungen für den Betrieb und die Bewirtschaftung der kantonalen Infrastruktur. Die Kommission anerkennt, dass viele dieser Entwicklungen durch externe Faktoren beeinflusst werden und nur begrenzt gesteuert werden können. Gleichwohl handelt es sich um Ausgaben, die dauerhaft in den Staatshaushalt einfließen und deshalb besondere Aufmerksamkeit verdienen. Die Finanzkommission erwartet deshalb, dass bei Investitionen, Sanierungen und Neubauprojekten nicht nur die Erstellungskosten betrachtet werden, sondern auch die späteren Betriebs-, Energie- und Unterhaltskosten. Gerade bei grösseren Infrastrukturprojekten entscheidet sich die finanzielle Nachhaltigkeit oft nicht bei den Baukosten, sondern während der jahrzehntelangen Nutzung. Aus Sicht der Finanzkommission hat deshalb der gesamte Lebenszyklus einer Investition eine Bedeutung, die Finanzkommission erwartet daher, dass die Folgekosten neuer Projekte künftig noch konsequenter ausgewiesen und in die finanzielle Gesamtplanung einbezogen werden.

Wir kommen nun zu einzelnen Feststellungen aus den Departementen, wir starten zuerst beim Präsidialdepartement. Dort haben wir uns insbesondere mit zwei Themen befasst und möchten diese heute auch hervorheben, einerseits die Grossanlässe des Jahres 2025. Sie wissen es alle, Basel stand mit dem Eurovision Song Contest sowie der Women's Euro international im Rampenlicht. Beide Anlässe haben unserem Kanton und unserer Region grosse Aufmerksamkeit verschafft. Die Finanzkommission hat sich aber selbstverständlich nicht mit dieser Aufmerksamkeit befasst, sondern mit der finanziellen Abwicklung dieser Grossanlässe und hier insbesondere mit dem ESC. Dabei zeigte sich, dass der Anlass, der ESC, insgesamt finanziell erfolgreich durchgeführt werden konnte. Die gegenüber der ursprünglichen Planung und des Beschlusses des Grossen Rates höheren Kosten von gut 1,034 Mio. Franken konnten insbesondere durch zusätzliche Einnahmen kompensiert werden. Das wird auch von der Finanzkommission nicht kritisiert. Kritisch beurteilt wird von der Finanzkommission jedoch die Kommunikation rund um die Schlussabrechnung. Einerseits wurde öffentlich auf eine Budgetunterschreitung hingewiesen, andererseits musste der Finanzkommission gleichzeitig eine nachträgliche Erhöhung der Ausgabenbewilligung zur Kenntnis gebracht werden, weil das vom Grossen Rat beschlossene Budget im Hinblick auf die Ausgaben eben doch nicht eingehalten werden konnte. Die Kommission erwartet hier künftig eine transparentere und nachvollziehbare Kommunikation. Auch die Aussagen, dass diese Mehrausgaben mit den Mehreinnahmen für die Arena Plus kompensiert werden konnten, sind für die Finanzkommission nicht abschliessend schlüssig, weil es sich hierbei insbesondere um doch sehr viel höhere Kosten im Bereich der Infrastruktur und der Sicherheit gehandelt hat, welche zu diesen Mehrausgaben des Kantons geführt haben.

Ein zweites Thema betrifft den geplanten Umzug des Präsidialdepartements in die ehemalige Hauptpost. Auch dieses Thema wurde hier in diesem Hohen Hause bereits einige Male thematisiert. Auch hier muss sich die Finanzkommission etwas irritiert zeigen. Im Vordergrund der Fragen der Finanzkommission standen die finanziellen Implikationen des Standortwechsels. Die internen Mietkosten werden gemäss Auskunft des Präsidialdepartements am neuen Standort bei 815'000 Franken pro Jahr liegen und damit die bisherigen Kosten 780'000 Franken um 35'000 Franken pro Jahr übersteigen. Das PD geht davon aus, dass der Zusammenzug mehrerer Dienststellen an einem zentralen Standort erhebliche Synergieeffekte mit sich bringt. Es werden konkrete Einsparungen gemäss PD erwartet, etwa bei der Anschaffung und Wartung von Bürogeräten oder den Nebenkosten. Diese Konsolidierungsgewinne sollen die Mietmehrkosten vollständig kompensieren. Die Finanzkommission muss aber trotzdem festhalten, dass entgegen früheren Aussagen auch in diesem Rat die jährlichen Mietkosten also doch höher ausfallen werden als erwähnt. Sie stellt zudem auch in Frage, ob die Mietkosten durch die in Aussicht gestellten Synergieeffekte tatsächlich auch kompensiert werden können.

Zum Bau- und Verkehrsdepartement: Im Bau- und Verkehrsdepartement beschäftigte sich die Finanzkommission unter anderem mit der Situation bei den BVB. Dabei zeigte sich, dass verschiedene Vorhaben der BVB erneut Verzögerungen



erfahren haben oder zeitlich verschoben werden mussten. Die Kommission anerkennt, dass Infrastrukturprojekt im öffentlichen Verkehr häufig komplex sind und teilweise von externen Faktoren beeinflusst werden. Gleichzeitig erwartet sie, dass Planung, Projektsteuerung und Umsetzung weiterhin verbessert werden, damit bewilligte Projekte möglichst verlässlich realisiert werden können.

Ein weiteres Thema war die Kostenentwicklung im öffentlichen Verkehr. Die entsprechenden Ausgaben haben in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen. Die Finanzkommission wird sich deshalb in unmittelbarer Zukunft genauer damit auseinandersetzen, wie sicher und mit welchen Massnahmen das Kostenwachstum künftig gedämpft werden könnte. Angesichts der finanziellen Entwicklung des Kantons wird es notwendig sein, auch im Bereich des öffentlichen Verkehrs die langfristige Finanzierbarkeit stets im Auge zu behalten. Zudem musste die Finanzkommission im Februar 2026 mit Erstaunen aus den Medien erfahren, dass im Zusammenhang mit den Kantonsbeiträgen an das U-Abo für die Jahre 2020 bis 2023 eine rückwirkende Nachzahlung des Kantons an die BVB in Höhe von insgesamt 7,5 Mio. Franken erforderlich wird. Gemäss Berichterstattung war die zugrunde liegende IT-Panne seit 2024 infolge von Anpassungsarbeiten an IT-Systemen den BVB bekannt. Die Finanzkommission erwartet, dass in Zukunft über solche Pannen zeitnah und transparent kommuniziert wird und nicht erst Jahre später. Insgesamt zeigt sich im Bereich Mobilität also einmal mehr, dass die Herausforderungen nicht kleiner werden. Die Finanzkommission wird die Entwicklung der Kosten, der Investitionen sowie der laufenden Infrastrukturprojekte deshalb weiterhin aufmerksam begleiten.

Ein eher kleineres Geschäft, aber vielleicht bei diesen sommerlichen Temperaturen derzeit gerade sehr aktuell, welches dann in den Hearings auch für entsprechende Diskussionen sorgte, war die Bewilligungspraxis für die sogenannten Sonnenschirme in der Innenstadt und auch die damit verbundenen Kosten. Gemäss BVB haben die Sonnenschirme, die Sie hier in diesem hohen Hause bewilligt haben, die Erwartungen an ihre Nutzung erfüllt. Sie bieten effektiven Schatten, das ist wahrscheinlich bei Sonnenschirmen nicht überraschend, wo er dringend gebraucht werde, und sie würden intensiv genutzt. Auch das sieht man im öffentlichen Raum gerade an diesen Tagen wieder sehr deutlich. Es wurden 65 Schirme an 16 Standorten aufgestellt und was die Finanzkommission dann doch etwas überraschte, 23 geplante Standorte wurden oder konnten nicht realisiert werden. Aus Sicht der Finanzkommission ist es erfreulich, dass diese Sonnenschirme deutlich kostengünstiger beschafft werden konnten, weniger erfreulich und auch etwas irritierend ist hingegen, dass deutlich weniger Standorte realisiert wurden als uns, dem Grossen Rat, ursprünglich angekündigt wurde respektive ursprünglich vorgesehen war. Und dies hat nun zur Folge, dass nun an gewissen Standorten wie beispielsweise auf dem Max-Kämpf-Platz zehn Sonnenschirme platziert wurden, was wohl grundsätzlich nicht im Sinne der Planung war, wenn man die ursprüngliche Zahl der Standorte sich noch einmal vergegenwärtigt. Die Finanzkommission hätte sich daher eine strukturiertere Auswertung über den Nutzen und die Eignung der Standorte gewünscht, bevor dieses Geschäft in den Grossen Rat kam.

Zum Erziehungsdepartement: Im Erziehungsdepartement beschäftigte sich die Finanzkommission erneut mit den Kosten für Stellvertretungen und Unterrichtsausfällen. Bereits im Rahmen der Rechnung 2024 hatte die Kommission auf die starke Zunahme dieser Kosten hingewiesen. Auffällig ist weiterhin die sehr hohe Zahl krankheitsbedingter Ausfälle bei der Volksschule, die seit 2020 um ungefähr 27% zugenommen haben. Besorgniserregend ist dabei, dass der während der Covid-19-Pandemie verzeichnete Anstieg nicht weiter zurückgegangen ist, sondern das Niveau weiterhin sehr konstant hoch bleibt. Die Finanzkommission stellt fest, dass die Ursachen vielfältig sind, neben steigenden Schülerzahlen spielen auch krankheitsbedingte Ausfälle, Urlaube, Weiterbildungen sowie weitere strukturelle Faktoren eine Rolle. Gleichzeitig bleibt die Transparenz über die einzelnen Kostentreiber aus Sicht der Kommission verbesserungsfähig.

Das ED führte aus, dass die Ursachen der steigenden Krankheitsabsenzen trotz umfangreicher Auswertungen derzeit noch nicht abschliessend geklärt werden können, entsprechend soll nun prioritär eine aussagekräftige Datengrundlage geschaffen werden. Parallel dazu werden verschiedene Massnahmen im Gesundheits- und Absenzenmanagement umgesetzt sowie die bestehenden Stellvertretungsregelungen angepasst. Die Kommission nimmt diese Bestrebungen wohlwollend zur Kenntnis, sie begrüsst den Aufbau einer verlässlichen Datengrundlage. Gleichzeitig stellt sie fest, dass die Kostenentwicklung bereits seit mehreren Jahren bekannt ist, weshalb sich die Frage stellt, weshalb die vertiefte Ursachenanalyse erst jetzt erfolgt. Aus Sicht der Kommission müssen die steigenden Stellvertretungskosten in erster Linie durch ein wirksames Gesundheitsmanagement und die Reduktion von Absenzen angegangen werden. Das Ziel darf nicht primär darin bestehen, Unterricht ausfallen zu lassen, sondern die Ursachen der Ausfälle besser zu verstehen und gezielt zu bekämpfen.

Die Finanzkommission befasste sich auch mit den steigenden Lehrmittelkosten. Das ED führte aus, dass diese Entwicklung primär auf drei Faktoren zurückzuführen sei. Erstens können viele neue Lehrmittel nur noch einmal verwendet werden, was die Beschaffungszyklen verkürzt und den Kostenbedarf erhöht. Zweitens führen neu eingeführte Fächer zu zusätzlichem Lehrmittelbedarf. Drittens schlägt auch die allgemeine Teuerung zu Buche, welche zwar nicht separat budgetiert wird, die Kostenentwicklung aber spürbar beeinflusst. Auf Nachfrage der Kommission teilte das ED zudem mit, dass gegenüber den Verlagen aus rechtlichen Gründen kaum Verhandlungsspielraum bestehe. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, hat der Grosse Rat das Budget für Lehrmittel erhöht, die zusätzlichen Mittel stehen den Schulen nun vollumfänglich für Lehrmittel und Schulmaterial zur Verfügung.

Die Lehrmittelbudgets sind dabei Teil der gesamten Sachmittelbudgets der Schulen, welche neben den Lehrmitteln unter anderem auch Mittel für Bibliotheken, Drucksachen oder Büromaterial umfassen. Die Schulen verfügen dabei über eine



relativ hohe Autonomie und können innerhalb ihres Budgets gewisse Verschiebungen vornehmen. Die Finanzkommission nimmt dies zur Kenntnis, sie anerkennt den zusätzlichen Bedarf, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass die Kosten im Lehrmittelbereich in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen sind und deshalb weiterhin aufmerksam beobachtet werden müssen, selbstverständlich vor allem seitens des ED.

Nun zum Finanzdepartement. Im FD beschäftigte sich die Finanzkommission erneut vertieft mit der IT und den verschiedenen Digitalisierungsprojekten. Die Digitalisierung bietet weiterhin grosse Chancen für effizientere Abläufe und bessere Dienstleistungen, ist aber gleichzeitig mit erheblichen finanziellen und personellen Aufwendungen verbunden. Die Kommission stellte dabei fest, dass sich verschiedene Projekte verzögerten oder langsamer veranschritten als ursprünglich geplant. Als wesentliche Ursache wurde unter anderem genannt, dass bei der Projektplanung die tatsächlich verfügbaren personellen Ressourcen nicht immer ausreichend berücksichtigt wurden. Dies führte teilweise dazu, dass Projekte zwar budgetiert und beschlossen waren, die Umsetzungskapazitäten jedoch nicht im notwendigen Umfang zur Verfügung standen.

Die Finanzkommission begrüsst, dass diese Problematik inzwischen erkannt wurde und Verbesserungen bei der Ressourcenplanung, der Priorisierung und dem Projektcontrolling angekündigt sind. Gleichzeitig hält sie fest, dass eine realistische Planung von zentraler Bedeutung ist. Bewilligte Mittel entfalten nur dann einen Nutzen, wenn die Projekte anschliessend auch zeitgerecht umgesetzt werden können.

Kritisch beobachtet die Kommission zudem die weiterhin steigenden Informatik- und Lizenzkosten. Die Digitalisierung führt, das glaube ich, ist ein zentraler Punkt, nicht automatisch zu Einsparungen. Umso wichtiger ist es also, dass der Nutzen der einzelnen Projekte nachvollziehbar ausgewiesen wird und dass bei neuen Vorhaben wie auch bei Bauprojekten nicht nur die Investitionskosten, sondern auch die Betriebs- und Folgekosten berücksichtigt werden. Wir erwarten deshalb, dass die Informatikprojekte künftig noch stärker priorisiert werden und die vorhandenen Ressourcen gezielter eingesetzt und die Projekte konsequent hinsichtlich Kostennutzen und Umsetzbarkeit gesteuert werden.

Im GD befasste sich die Finanzkommission mit der generellen Entwicklung der Gesundheitskosten. Dabei zeigt sich zunächst ein erfreuliches Bild, über einen längeren Zeitraum betrachtet ist es dem Kanton gelungen, das Wachstum der Gesundheitsausgaben unter dem kantonalen Zielpfad von 1,5% zu halten. Gleichzeitig bestehen strukturelle Herausforderungen, besonders die Mitfinanzierung der stationären Spitalbehandlungen entwickelt sich seit Jahren zu einem der wichtigsten Kostentreiber. Die Einflussmöglichkeiten des Kantons sind dabei begrenzt, da diese Entwicklung wesentlich durch den demografischen Wandel, den medizinischen Fortschritt und die steigende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen geprägt wird.

Ähnliche Entwicklungen zeigen sich auch in der Spitex sowie in der Langzeitpflege. Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass diese Bereiche aufgrund der demografischen Entwicklung auch künftig mit steigenden Kosten konfrontiert sein werden. Zusätzliche Herausforderungen ergeben sich durch die bevorstehende Einführung der einheitlichen Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen, kurz EFAS. Diese wird die Finanzierungsströme im Gesundheitswesen grundlegend verändern und neue Anforderungen an die Steuerung und Transparenz der Gesundheitsausgaben mit sich bringen.

Die Finanzkommission befasste sich zudem mit der Finanzierung der Pflegeheime. Die Restfinanzierung der Pflegeheime stieg im Rechnungsjahr gegenüber dem Vorjahr erneut an und auch die Ergänzungsleistungen für Personen in Pflegeheimen entwickeln sich weiter nach oben. Die Kommission stellt fest, dass hier die demografische Entwicklung ganz speziell sich bemerkbar macht. Vertieft diskutiert wurde die besagte Einführung der einheitlichen Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen. Nach den heutigen Prognosen ist davon auszugehen, dass der kantonale Finanzierungsanteil bei der Pflegeheimfinanzierung ab dem Jahr 2032 deutlich sinken wird. Dies könnte zu einer spürbaren finanziellen Entlastung führen. Die Kommission erachtet die vorgenommenen Anpassungen und Regulierungen im Pflegeheimbereich als positiv, wichtig bleibt für die Kommission, dass mit Steuerungselementen wie der Maximaltaxe für die Betreuung sich die Kosten für die Betreuten und ihre Familien nicht weiter belastend auf dieselben auswirken.

Weiter befasste sich die Kommission mit der Entwicklung der Spitex-Finanzierung. Während die Restfinanzierung der Spitex mit Leistungsauftrag nahe beim Budget abschloss, zeigte sich bei der Restfinanzierung nach Krankenversicherungsgesetz eine deutliche Budgetüberschreitung. Auffällig ist insbesondere die starke Zunahme der kommerziell angebotenen Pflege durch Angehörige. Die entsprechenden Restfinanzierungskosten haben sich innert eines Jahres von rund 730'000 Franken auf über 1,5 Mio. Franken mehr als verdoppelt. Kritisch beurteilt die Kommission dabei insbesondere die im Vergleich deutlich höheren durchschnittlichen Einsatzdauern pro Fall. Vor diesem Hintergrund begrüsst die Finanzkommission die vom Regierungsrat per Anfang 2026 beschlossene Tarifiereduktion für KLV-Leistungen im Bereich der Angehörigenpflege. So erscheint sachgerecht, dass Kostenbestandteile wie Infrastruktur, Aus- und Weiterbildung oder Wegzeiten gegenüber klassischen Spitex-Organisationen entsprechend berücksichtigt werden, bei gleichbleibendem Leistungsvolumen werden dadurch Einsparungen von rund 775'000 Franken pro Jahr erwartet. Die Finanzkommission unterstützt die Bestrebungen des GD, diese Entwicklungen weiterhin eng zu beobachten und setzt sich für eine verstärkte Regulierung, Qualitätskontrolle und Harmonisierung auf nationaler Ebene ein.



Die Finanzkommission befasste sich zudem mit den gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Spitäler. Diese beliefen sich im Jahr 2025 auf 64 Mio. Franken und lagen damit leicht über Budget sowie über dem Vorjahreswert. Zusammen mit den stationären Spitalbeiträgen nach KVG machen sie rund 90% des gesamten kantonalen Transferaufwands in der Spitalfinanzierung aus. Die Kommission äussert dabei deutliche Vorbehalte gegenüber der heutigen Vergütungspraxis. Das bestehende System basiert auf einer Vielzahl von Einzelanträgen, im Berichtsjahr waren es 118, was die Nachvollziehbarkeit und politische Steuerung erschwert. Hinzu kam, dass einzelne Institutionen aufgrund nachträglicher Anpassungen bei Weiterbildungsbeiträgen höhere Vergütungen erhielt, als sie ursprünglich beantragt hatten. Aus Sicht der Finanzkommission ist dieser Zustand unbefriedigend, gemeinwirtschaftliche Leistungen stellen staatliche Abgeltungen dar, die nicht unkontrolliert anwachsen sollten und deren Bemessung transparent und überprüfbar sein müssen. Die Kommission begrüsst es deshalb, dass das GD die Kritik aufgenommen hat und derzeit an einer grundlegenden Überarbeitung der Bemessungsmethode arbeitet. Ziel muss es sein, künftig mehr Transparenz und eine bessere finanzielle Steuerung zu gewährleisten.

Zum JSD: Im JSD befasste sich die Kommission mit dem Projektmanagement. Aktuell werden 15 departementsübergreifende Projekte bearbeitet, darunter die vom Grossen Rat angestossene Reorganisation der Strafverfolgung, die Ablösung von Juris, das Projekt Vorgangsbearbeitung My Abi bei der Kantonspolizei sowie Justitia 4.0. Besonders die Projekte REOS, also Reorganisation der Strafverfolgung, und Justitia 4.0 werden aufgrund ihrer strategischen, politischen und finanziellen Bedeutung zentral durch das Generalsekretariat gesteuert. Die Finanzkommission begrüsst diese klare Priorisierung und verbindet damit die Erwartung, dass über Kosten- und Terminabweichungen künftig frühzeitig informiert wird. Positiv würdigt die Finanzkommission auch die Fokussierung innerhalb der Kantonspolizei, welche die Zahl ihrer eigenen Projekte von ursprünglich 27 auf noch 23 reduziert hat. Sie erwartet, dass diese Konzentration zu einer verbesserten Steuerung sowie zu weniger Verzögerungen und Mehrkosten führt.

Kritisch zur Kenntnis nimmt die Kommission hingegen zusätzliche Abschreibungen von insgesamt 2,5 Mio. Franken im Zusammenhang mit Informatikprojekten, während bei einzelnen Fachanwendungen lediglich zu tiefe Abschreibungen budgetiert waren und die Gesamtkosten eingehalten werden können, musste das Projekt CHRONOS für ein neues Zeitmanagement- und Dienstplanungssystem abgebrochen werden. Dies führte zu einer einmaligen Abschreibung von 1,4 Mio. Franken. Die Finanzkommission erwartet, dass Lehren aus diesem Projektabbruch gezogen werden und Informatikvorhaben künftig noch sorgfältiger gesteuert werden.

Selbstverständlich hat sich die Kommission auch mit der Kantonspolizei auseinandergesetzt. Bereits in den vergangenen Berichten wurde hier auf die verschiedenen Herausforderungen hingewiesen. Zwar resultierte auch im Rechnungsjahr 2025 wieder eine Budgetunterschreitung beim Personalaufwand. Diese ist jedoch nicht Ausdruck einer Entlastung, sondern weiterhin auf den erheblichen personalen Unterbestand zurückzuführen. Per Ende 2025 fehlen bei der Kantonspolizei insgesamt 135 Stellen gegenüber dem bewilligten Sollbestand, davon 112 bei den uniformierten Polizeikräften, gleichzeitig befinden sich 70 Mitarbeitende in Ausbildung, welche mittelfristig zur Entlastung beitragen sollen.

Besonders aufmerksam nahm die Kommission daher die Ausführungen des Polizeikommandanten zur Kenntnis und auch die Ausgangslage Ende 2024, die von hoher Belastung, zahlreichen Abgängen, Vorbehalt gegenüber der Polizeileitung sowie einer insgesamt schlechten Arbeitsstimmung geprägt gewesen sei. Besonders bemerkenswert war dabei die Feststellung, dass die Kantonspolizei ihren Grundauftrag teilweise nicht mehr vollständig wahrnehmen können und auf gewisse Anrufe nicht mehr mit einem Ausrücken reagiert worden sei. Die Finanzkommission erachtet dies als ernst zu nehmendes Warnsignal.

Gleichzeitig steht die Kantonspolizei vor einer weiteren Herausforderung. In den kommenden Jahren wird eine hohe Zahl von Pensionierungen erwartet. Gemäss den Ausführungen des Kommandanten müssen dauerhaft hohe Ausbildungszahlen sichergestellt werden, um den Personalbestand überhaupt stabil halten zu können. Die zweijährige Ausbildung sowie die starke Konkurrenz anderer Polizeikörpers erschweren diese Aufgabe zusätzlich.

Vor diesem Hintergrund begrüsst die Finanzkommission die eingeleiteten Transformations- und Reorganisationsmassnahmen. Dazu gehören insbesondere die Fokussierung auf die Grundversorgung, die Neuorganisation von Aufgaben und Verantwortlichkeiten, Anpassungen bei der Führungsstruktur sowie weitere Massnahmen im Bereich Führungskultur und im Personalbereich. Gemäss den Ausführungen des JSD zeigen sich auch erste Verbesserungen bei Stimmung, Belastung und Eigenverantwortung innerhalb des Korps.

Positiv zur Kenntnis nimmt die Kommission die verstärkten Rekrutierungsbemühungen sowie die Reduktion der Anzahl Projekte, gleichzeitig bleiben bei der Kantonspolizei erhebliche strukturelle Herausforderungen vorhanden. Sie erwartet deshalb, dass die eingeleiteten Reformen und der Kulturwandel konsequent weitergeführt und deren Wirkung laufend überprüft werden. Besondere Aufmerksamkeit wird die Kommission daher weiterhin auf die Entwicklung des Personalbestands, die Rekrutierungserfolge sowie die Zeitguthaben und die operative Leistungsfähigkeit der Kantonspolizei richten.

Die Finanzkommission hat sich bei den Grossanlässen auch spezifisch mit der Situation beim JSD befasst. Hier führten die Anlässe ESC und UEFA Women's Euro zu einer erheblichen Zusatzbelastung. Allein im Zusammenhang mit dem ESC



leistete die Polizei über 31'000 Einsatzstunden, davon rund 18'500 Stunden als Mehrarbeitszeit. Für die Women's Euro kamen weitere über 10'000 Einsatzstunden hinzu. Auch die Rettung Basel-Stadt, also nicht nur die Kantonspolizei, war bei beiden Anlässen stark gefordert. Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass ein Teil dieser Kosten weiterverrechnet werden konnte, gleichzeitig, und das gilt an die Adresse des gesamten Regierungsrates gerichtet, zeigt sich deutlich, dass internationale Grossanlässe erhebliche personale Ressourcen binden und insbesondere bei der Kantonspolizei den Abbau bestehender Zeitguthaben zusätzlich erschweren. Gerade vor dem Hintergrund dieses weiterhin bereits erwähnten bestehenden Personalunterbestands und der hohen Belastung innerhalb des Korps bleibt dieser Umstand als besonders relevant und die Finanzkommission erwartet deshalb, dass auch diese personellen und finanziellen Auswirkungen von Grossanlässen künftig nicht nur transparent ausgewiesen, sondern eben auch bei einer allfälligen Bewerbung bei der Ressourcenplanung angemessen berücksichtigt werden.

Auch die Entwicklung der Hilfsfristen bei Feuerwehr und Sanität war ein kurzes Thema in der Finanzkommission. Die positive Meldung ist, dass die vorgegebenen Zielwerte eingehalten werden konnten, sowohl die Feuerwehr als auch die Sanität lagen im Berichtsjahr deutlich über dem geforderten Mindestwert. Gleichzeitig zeigt der Mehrjahresvergleich eine Entwicklung, welche die Kommission aufmerksam verfolgt. Die Hilfsfristen haben sich in den vergangenen Jahren tendenziell verschlechtert, wenn auch weiterhin auf gutem oder hohem Niveau. Gemäss den Ausführungen des JSD sind dafür insbesondere die zunehmende Verkehrsbelastung, steigende Stauzeiten sowie die kontinuierlich wachsende Zahl von Einsätzen verantwortlich. Bei der Feuerwehr nahm die Zahl der Einsätze in den vergangenen zehn Jahren um rund 13% zu, bei der Sanität führten insbesondere die stark steigenden Einsatzzahlen während und nach der Covid-Pandemie zu einer zusätzlichen Belastung. Zwischenzeitlich erhöhte sich das Einsatzvolumen um rund einen Viertel. Wir nehmen zur Kenntnis, dass zusätzliche organisatorische Massnahmen zur Stabilisierung bei der Sanität, beispielsweise durch die Verstärkung, beigetragen haben, gleichzeitig hält die Kommission fest, dass die steigende Verkehrsbelastung und die zunehmende Einsatzintensität nicht ohne Folgen bleiben werden. Sie führen zu zusätzlichem Ressourcenbedarf und verursachen deutlich höhere Kosten. Die Entwicklung der Hilfsfristen sowie deren finanzielle Auswirkungen werden deshalb weiterhin aufmerksam zu beobachten sein.

Nun zum WSU: Im WSU beschäftigte sich die Finanzkommission unter anderem mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Nachdem die Arbeitslosenquote im Kanton Basel-Stadt seit 2023 kontinuierlich angestiegen ist, lag sie Ende 2025 bei beachtlichen 4,6% und damit auch sehr deutlich über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit hat auf diese Entwicklung reagiert und verschiedene Massnahmen ergriffen. Im Rahmen der schweizweiten Strategie der öffentlichen Arbeitsvermittlungen werden die arbeitsmarktlichen Massnahmen stärker individualisiert und vermehrt auf die konkrete Situation der Stellensuchenden ausgerichtet. Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass konjunkturelle und politische Entwicklungen die Weiterentwicklung des Arbeitsmarktes nur beschränkt vorhersehbar machen, gleichzeitig weist sie darauf hin, dass steigende Arbeitslosenzahlen, so wie sie im Kanton Basel-Stadt derzeit der Fall sind, erfahrungsgemäss mit zeitlicher Verzögerung auch zu höheren Belastungen bei der Sozialhilfe führen können. Die Finanzkommission nimmt deshalb diese Entwicklung der Arbeitslosigkeit mit Sorge zur Kenntnis und sie wird insbesondere die möglichen Auswirkungen auf die Sozialhilfe und die ohnehin hohen kantonalen Sozialausgaben weiterhin aufmerksam verfolgen.

Im Zusammenhang mit den steigenden Arbeitslosenzahlen befasste sich die Kommission auch mit dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Trotz der sehr hohen Arbeitslosigkeit im Kanton blieb die Ausschöpfung des Fonds unter dem budgetierten Betrag, was die Kommission erstaunte. Das WSU führte dazu aus, dass sich die Aufwendung des Fonds nicht unmittelbar parallel zu den jährlichen Schwankungen der Arbeitslosenzahlen entwickeln, vielmehr unterliegen sie teilweise erheblichen Schwankungen von Jahr zu Jahr. Entlastend wirkte sich zudem aus, dass verschiedene Massnahmen zur Kämpfung der Jugendarbeitslosigkeit inzwischen in das ordentliche Budget des ED überführt wurden. Die Finanzkommission nimmt dies zur Kenntnis, weist gleichzeitig aber darauf hin, dass die steigende Arbeitslosigkeit mit gezielten Massnahmen im Bereich dieser Instrumente, die bereits bestehen, nun auch ergriffen werden müssen. Positiv wertet die Kommission deshalb, dass das WSU für die kommenden Jahre zusätzliche Massnahmen im Rahmen der interdepartementalen Strategie Arbeitsmarktfähigkeit vorsieht.

Die Finanzkommission befasste sich zudem mit den Abweichungen bei der Sozialhilfe. Nachdem die Fallzahlen bis ins Jahr 2024 rückläufig waren, zeigte sich im Rechnungsjahr 2025 erstmals wieder ein Anstieg. Während für das Budget noch von rund 4'300 Fällen ausgegangen wurde, lag die tatsächliche Zahl bei rund 4'500. Diese Entwicklung führte zusammen mit einer deutlich höheren Teuerung als budgetiert zu Mehraufwendungen, hinzu kamen zusätzliche Kosten für Integrationsmassnahmen infolge dieser höheren Fallzahlen. Die Finanzkommission nimmt zur Kenntnis, dass die Budgetierung der Sozialhilfe naturgemäss auf Prognosen basiert und mit Unsicherheiten verbunden ist. Gleichzeitig hält sie fest, dass die Entwicklung aufmerksam beobachtet werden muss, der Wiederanstieg der Fallzahlen nach mehreren Jahren des Rückgangs könnte ein erstes Anzeichen dafür sein, dass sich die eingetrübte Lage am Arbeitsmarkt zunehmend auch in der Sozialhilfe bemerkbar macht. Die Kommission erwartet deshalb eine laufende Überprüfung der Prognosemodelle und eine möglichst frühzeitige Erkennung entsprechender Trends. Angesichts der bereits jetzt sehr hohen und weiterhin steigenden Arbeitslosigkeit wird entscheidend sein, ob es gelingt, die Betroffenen rasch wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren und damit einen weiteren Anstieg der Sozialhilfekosten zu begrenzen, die ja bei einer längeren Arbeitslosigkeit automatisch die Folge sind.



Zum Schluss gerne noch kurz zu den Gerichten: Die Finanzkommission hat sich mit der künftigen IT-Strategie der Gerichte befasst. Bereits in den vergangenen Jahren haben wir uns dabei mit der Organisation der Gerichtsinformatik, die in Zusammenarbeit mit IT-BS gesteht, dem Datenschutz und der Gewaltentrennung, aber auch mit den finanziellen Auswirkungen befasst. Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass nun zwischen den Gerichten und dem Regierungsrat eine gemeinsame Lösungsperspektive in Bezug auf die IT erarbeitet wurde. Anstelle der ursprünglich diskutierten Varianten All-in oder All-out bei den Gerichten soll künftig eine sogenannte All-out-light-Lösung umgesetzt werden. Dabei sollen besonders sensible Bereiche innerhalb der Gerichte betrieben werden, während zentrale Infrastruktur und Basisdienste weiterhin von IT BS erbracht werden. Die Finanzkommission anerkennt die besonderen Anforderungen der Gerichte hinsichtlich Datenschutz, IT-Sicherheit und der institutionellen Unabhängigkeit, sie hält aber fest, dass die gewählte Lösung weiterhin zahlreiche Schnittstellen zur kantonalen Informatik vorsieht und damit organisatorisch, technisch, aber auch finanziell anspruchsvoll bleibt. Wir erwarten deshalb eine transparente Darstellung der langfristigen Kostenfolgen, eine klare Governance-Struktur sowie ein konsequentes Projekt- und Risikocontrolling. Entscheidend wird aus Sicht der Kommission letztlich sein, dass die nun gefundene All-out-light-Lösung nicht zu einem kantonalen IT-Debakel führt, sondern die Anforderungen der Gerichte erfüllt und gleichzeitig wirtschaftlich und nachhaltig betrieben werden kann.

Trotz dieser Herausforderungen, meine Damen und Herren, kommt die Finanzkommission also zum Schluss, dass die Jahresrechnung 2025 insgesamt weiterhin ein solides Ergebnis ausweist und ein zutreffendes Bild der finanziellen Lage unseres Kantons vermittelt. Wir haben es im Bericht der Finanzkommission erwähnt, diese Rechnung hat noch einmal stabil abgeschlossen, wir sehen aber gleichzeitig verschiedene strukturelle Herausforderungen, die sich nun deutlich sichtbar machen. Wir unterstützen als Kommission deshalb im Sinne eines ausgeglichenen Finanzhaushalts eine verstärkte Priorisierung der Ausgaben sowie die besagten und von der Finanzkommission auch gewünschten Verbesserungen im Projektmanagement der Digitalisierung und der Investitionsplanung.

Zum Schluss möchte ich namens der Finanzkommission dem Regierungsrat, den Departementen, den Gerichten, der Finanzverwaltung sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung für die geleistete Arbeit im Berichtsjahr herzlich danken. Ein besonderer Dank gilt auch der Finanzkontrolle für ihre unabhängige und professionelle Prüftätigkeit und ebenso danke ich selbstverständlich unserem Kommissionssekretariat für die ausgezeichnete Unterstützung unserer Arbeiten sowie meinen Kolleginnen und Kollegen in der Finanzkommission für die engagierte, konstruktive und stets sachorientierte Zusammenarbeit. Die Finanzkommission beantragt Ihnen daher einstimmig mit 13 zu 0 Stimmen, die Jahresrechnung 2025 zu genehmigen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort geht an die Präsidentin der BKK, Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Im Namen der Bildungs- und Kulturkommission berichte ich über die Rechnungen 2025 der fünf kantonalen Museen. Die BKK hat die Rechnungen in fünf Subkommissionen beraten, die im April und Mai 2026 mit den Direktionen und Verwaltungsleitungen der Museen zusammengetroffen sind. Der schriftliche Mitbericht liegt Ihnen vor.

Erfreulich ist das Bild bei den Besuchendenzahlen. Alle fünf Museen haben ihre Leistungsziele erreicht oder deutlich übertroffen und die Gründe dafür zeigen sich klar. Es waren konkrete Ausstellungen und Vermittlungsangebote, die das Publikum angezogen haben.

Das Naturhistorische Museum verzeichnete mit über 176'300 Besuchenden ein absolutes Rekordjahr, massgeblich getrieben durch die Ausstellung Wild Life Photographer of the year, das Antikenmuseum übertraf die budgetierte Zielvorgabe von 42'000 Eintritten mit über 54'600 Besuchenden um rund 30%.

Das Museum der Kulturen zählte fast 62'000 Gäste, rund 24% mehr als erwartet. Die Ausstellung Hero Games war dabei der zentrale Publikumsmagnet. Die Sonderausstellungen Schöpfer:innen, der Weg ins jenseits und Schön spirituell haben diesen Erfolg getragen.

Das Historische Museum lag mit über 99'000 Besuchenden weit über dem Zielwert, einzig das Kunstmuseum lag unter dem Vorjahr, was angesichts der Schliessung des Hauses Gegenwart nach einem Wasserschaden sowie der bewussten Reduktion auf zwei Sonderausstellungen nachvollziehbar ist. Auch die Schulklassenzahlen und Führungen sind in mehreren Häusern deutlich höher ausgefallen als erwartet, was die BKK sehr freut.

Zum Kunstmuseum ist zu sagen, dass die Abweichungen gegenüber dem Budget im Zusammenhang mit der finanziellen Stabilisierung nach dem Nachtragskredit stehen. Das Haus hat mit Ausgabendisziplin und einem temporären Einstellungsstopp das Budget 2025 eingehalten. Die laufende Reorganisation sowie der anstehende Digitalisierungsbedarf bei Kasse, Onlineshop und Führungsmanagement bleiben zentrale Aufgaben für die kommenden Jahre. Die BKK nimmt positiv zur Kenntnis, dass die Abteilung Kultur diesen Themen ebenfalls hohe Priorität einräumt.



Das Historische Museum operiert gut, steht aber vor anhaltenden strukturellen Finanzierungs Herausforderungen. Dass die Generalinventur termingerecht und im Budget abgeschlossen werden konnte, ist ein bedeutendes Ergebnis. Beim Museum der Kulturen war 2025 ein Jahr des Übergangs, mit dem Direktorenwechsel im November und einem höheren Personalaufwand als budgetiert, bedingt durch Vertragsverlängerungen in der Provenienzforschung sowie temporäre Stellen zur Sicherstellung des Leistungsauftrags. Dank Drittmitteln und der Rahmenausgabenbewilligung konnte dennoch ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden.

Museumsübergreifend möchte ich drei Punkte hervorheben. Erstens die Provenienzforschung, sie ist in allen fünf Museen zu einer dauerhaften Kernaufgabe geworden und das zeigt sich auch in den konkreten Ergebnissen des Berichtsjahres. Das Museum der Kulturen hat eine ethnologische Provenienzforschung systematisch fortgeführt und im Oktober 2025 die Publikation «Jeder Fall liegt anders» veröffentlicht. Das Kunstmuseum hat ein mehrjähriges Forschungsprojekt zu Fluchtgut aus dem Zeitraum 1932 bis 2022 abgeschlossen, die Ergebnisse publiziert und in einer Ausstellung zugänglich gemacht. Das Naturhistorische Museum führt das Projekt «Human Remains 2024 bis 2026» planmässig fort, das Antikenmuseum ist ebenfalls in entsprechende Forschungsarbeiten eingebunden. Die Finanzierung all dieser Arbeiten erfolgt über die Rahmenausgabenbewilligung.

Diese Mittel sind für die Umsetzung zentral, doch sie laufen Ende 2026 aus. Alle Museumsleitungen betonen die Dringlichkeit einer nachhaltigen Anschlussfinanzierung. Die BKK teilt diese Einschätzung. Das aufgebaute Fachwissen, die internationalen Netzwerke und die laufenden Projekte können nur dann weitergeführt werden, wenn die Finanzierung verlässlich gesichert ist. Wir erwarten vom Regierungsrat, dass hierzu rechtzeitig Klarheit geschaffen wird.

In diesem Zusammenhang hat die Abteilung Kultur darauf hingewiesen, dass Mittel aus kantonalen Rahmenausgabenbewilligungen nicht als Drittmittel ausgewiesen werden dürfen und entsprechend nicht in die Berechnung des Eigenfinanzierungsgrads einfließen sollten. Die BKK erwartet, dass hier eine einheitliche Handhabung sichergestellt wird.

Zweitens, die Digitalisierung: Wachstum und neue Aufgaben erhöhen den Druck auf Personal und Budgets. Mehrere Museen berichten von steigendem Aufwand, insbesondere in den Bereichen Digitalisierung, Provenienzforschung und neuen Vermittlungsangeboten. Die Digitalisierung wird von vier von fünf Museen als herausforderndes Arbeitsfeld genannt. Sie umfasst die Digitalisierung von Sammlungen, neue Verwaltungs- und Kassensysteme sowie die Online-Bereitstellung von Beständen und wird in einzelnen Häusern nur verzögert umgesetzt, weil die dafür nötigen finanziellen und personellen Ressourcen fehlen oder durch andere Prioritäten gebunden sind. Die BKK hält fest, dass die Digitalisierung eine strukturelle Voraussetzung für einen nachhaltigen Museumsbetrieb ist.

Drittens, die laufenden Bau- und Infrastrukturprojekte: Das Naturhistorische Museum nähert sich der Schlüsselübergabe für den Neubau, das Antikenmuseum ist mit dem Berri-Bau-Projekt beschäftigt, das Kunstmuseum bereitet die Sanierung des Hauptbaus vor, dem Historischen Museum steht die Gesamtanierung des Hauses zum Kirschgarten und die Planung eines Sammlungs zentrums bevor. Diese Prozesse binden in allen Häusern erhebliche personelle Ressourcen. Das ist zu berücksichtigen, wenn man die Leistungen der Museen beurteilt.

Zur Umstellung auf die vier Jahresglobalbudgets. Diese ist für AMB, HMB und NMB seit 2026 in Kraft. Für das Kunstmuseum und das Museum der Kulturen gilt vorerst ein Einjahreskredit, bevor ab 2030 alle fünf Museen harmonisiert sein sollen. Die BKK begleitet diesen Übergang aufmerksam.

Ich danke den Museumsleitungen für die gute und konstruktive Zusammenarbeit mit den Subkommissionen. Ebenfalls danke ich den Museumsmitarbeitenden und der Abteilung Kultur für ihr Engagement und die gute Zusammenarbeit. Die Bildungs- und Kulturkommission empfiehlt einstimmig, die Rechnungen der fünf kantonalen Museen für das Jahr 2025 zu genehmigen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für das Finanzdepartement das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Aufgrund des ausführlichen Eintrittsvotums des Präsidenten der Finanzkommission, welches wir bei den allgemeinen Ausführungen teilen, erlaube ich mir, mich auf ein paar Schwerpunkte zu begnügen.

Die Rechnung 2025 schloss ab mit einem Überschuss von 12 Mio. Franken. Das ist ein ausgeglichenes Ergebnis. Das Budget sah nach der Verabschiedung im Grossen Rat ein Defizit von 16 Mio. Franken vor. Die Abweichung von 28 Mio. Franken zwischen Budget und Rechnung ist somit sehr gering, es liegt bei einem Gesamtertrag von 5,4 Mia. Franken eine Abweichung bei einem halben Prozent vor. Trotzdem scheint es mir wichtig, die Tendenzen aufzuzeigen, die wir hier jedes Jahr etwas mehr sehen.

Die kantonalen Steuereinnahmen lagen 59 Mio. Franken unter Budget. Warum? Die Einkommenssteuern sind zwar angestiegen, aber nicht so stark, wie wir das vermutet haben, wir haben zu optimistisch budgetiert. Die



Unternehmenssteuern fielen dafür 99 Mio. Franken über Budget aus, wir haben also fast 100 Mio. Franken mehr an Unternehmenssteuern, als wir das budgetiert haben, eingenommen.

Was zeigt das? Das zeigt, dass die Erträge stabil sind, die Einkommenssteuern auch weiterhin ansteigen, es zeigt aber vor allem, dass die Unternehmenssteuern tendenziell höher ausfallen, als wir das bisher vermutet haben. Da mag man sich freuen, das mache ich natürlich, wir sind auch froh, dass unser Standort wirtschaftlich so floriert, es zeigt aber auch, dass unser Standortpaket wichtig ist, dass unsere Investition in unseren Standort enorm wichtig ist, denn die Steuereinnahmen aus Unternehmenssteuern sind volatil. Wir haben kein Defizit, weil wir fast 100 Mio. Franken mehr von den Unternehmenssteuern erhalten haben. Ich möchte das herausstreichen, weil es mir wichtig ist und weil es eine Tendenz ist, die sich abzeigt, und weil ich hier auch nochmals würdigen möchte, warum der Regierungsrat es essenziell findet, dieses Standortpaket eingeführt zu haben und an diesem auch festzuhalten oder es auch auszubauen in dem Sinn, dass wir dort den Betrag aufgrund der Änderung des Grossen Rates bis auf 500 Mio. Franken erhöhen können.

Dann noch ein weiterer Punkt, der aufgefallen ist. Es ist wahrscheinlich eines fast der ersten Male, dass die Departemente ihr Budget um etwa 25 Mio. Franken überschritten haben. Es liegt vor allem an den höheren Ausgaben für Sozialhilfe, der Finanzkommissionspräsident hat die Zusammenhänge ausgeführt, und es liegt daran, dass wir mehr Schülerinnen und Schüler haben, das ist ja auch sehr positiv. Nichtsdestotrotz zeigt es, dass wir hier bei der Budgetierung wohl etwas zu eng waren, als wir das Budget geplant haben, das wird sicher ein Thema sein, welches uns jetzt für das Budget 2027 beschäftigt, weil wir eigentlich ja nicht möchten, dass wir das Budget des Grossen Rates überschreiten müssen.

Das weiterhin hohe Investitionsniveau möchte ich auch herausstreichen. Es betrug 417 Mio. Franken. Das ist sehr hoch und hat daher auch dazu geführt, dass es auch Verzögerungen gibt. Wir sind aber der Ansicht, dass ein Ausschöpfungsgrad von 82% sehr hoch ist.

Dann als Ausblick: Wir sind in einer stabilen finanziellen Ausgangslage, immer noch. Der Handlungsspielraum ist kleiner, das zeigen auch die kleineren Überschüsse, es zeigt sich auch, dass die Erträge stabil sind, auch bei den natürlichen Personen, aber dass wir hier vor allem bei den Unternehmenssteuern eine steigende Tendenz haben, die aber sehr volatil sein kann. Und was ich auch sagen muss, die Ergänzungssteuer ist jetzt zwar das erste Mal in der Rechnung abgegrenzt worden, aber die Steuererklärungen der Unternehmen kommen erst jetzt, die Frist läuft erst jetzt ab, das heisst, wir werden erst in ein bis zwei Jahren wissen, wie sich diese Ergänzungssteuer überhaupt verhält.

Daher freut es mich, dass wir hier trotzdem einen kleinen Überschuss haben, obwohl wir zuerst vermutet hatten, dass es ein Defizit gibt im 2025, vielleicht vor allem auch wegen dem ESC, so wie ich das damals vertreten habe. Aber ich möchte daran erinnern, dass neben den guten Erträgen, die wirklich auch höher ausfallen, auch die Ausgaben angestiegen sind und die Schwierigkeit in Zukunft sein wird, dass wir hier auch das Ausgabenwachstum priorisieren können und den Anstieg vielleicht auch etwas weniger stark machen können. Das ist unsere Aufgabe für die Zukunft, für das nächste Budget.

Ich möchte mich auch sehr bedanken bei der Finanzkommission für ihre Ausführungen, den sehr sorgfältigen Berichts, die Zusammenarbeit ist aus unserer Sicht sehr konstruktiv, wir sind auch immer dankbar um Hinweise und können daraus lernen und auch die Arbeit verbessern.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort geht an den Vorsitzenden des Gerichtsrats Stephan Wullschleger.

Stephan Wullschleger: Ich möchte der Finanzkommission danken für die unterstützende Begleitung unserer IT-Strategie, für die künftige Zusammenarbeit zwischen IT der Gerichte und IT Basel-Stadt. Das ist wie ausgeführt herausfordernd. Wir danken dafür, dass die besonderen Anforderungen, die wir an unsere IT stellen, von der Finanzkommission anerkannt werden. Weiter danke ich für die Sorge, die die Finanzkommission zum Ausdruck bringt, um das Vorhandensein genügender Personalressourcen an den Gerichten. Auch das ist eine ständige Herausforderung. Und schliesslich danke ich ebenfalls für die konstruktive Zusammenarbeit mit der Kommission, für die wir sehr froh sind.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen nun zu den Fraktionssprechenden. Als erster eingetragen hat sich Tobias Christ für die GLP.

Tobias Christ (GLP): Auch die GLP schliesst sich der Finanzkommission bei der Würdigung der Jahresrechnung an und im Übrigen auch der Finanzdirektorin. Die Rechnung 2025 schliesst mit einem Überschuss von 12 Mio. Franken ab, das ist gegenüber einem budgetierten Defizit von 16 Mio. Franken erfreulich, aber bei Gesamtausgaben von über 5,4 Mia. Franken und diversen Budgetüberschreitungen kein Grund für Euphorie. Wir sehen und anerkennen jedoch die solide Arbeit von



Regierung und Verwaltung und danken ganz ausdrücklich für die spürbaren Bemühungen der Regierung und Verwaltung um einen haushälterischen Umgang mit den finanziellen Mitteln.

Gleichzeitig zeigt ein nüchterner Blick auf die Zahlen die Grenzen unseres finanzpolitischen Spielraums. Der Betriebsaufwand ist innert eines Jahres um gut 19 Mio. Franken gestiegen, der Personalaufwand liegt bei knapp 1,6 Mia. Franken und wuchs um 5,6%. Die Bruttoschulden nahmen um rund 455 Millionen auf 3,8 Mia. Franken zu und der Selbstfinanzierungsgrad fiel auf 66,7%. Das positive Gesamtergebnis beruht wesentlich auf einem guten Finanzergebnis und anderen Sondereffekten.

Wir wollen keine Schmarzmalerei betreiben, im Gegenteil, viele Ausgaben sind politisch gewollt und in dem Sinne erfreulich und wurden auch von der GLP mitgetragen, die Ausweitung der Mietzinsbeiträge, die grosszügigen Beiträge an Eltern für die Kinderbetreuung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das sind Anliegen, hinter denen wir inhaltlich stehen. Ebenso unterstützen wir die hohen Investitionen in Infrastruktur, in Nachhaltigkeit, in den öffentlichen Verkehr. Diese sind richtig und wichtig.

Aber die Ausgaben und Investitionen müssen in einem gesunden Verhältnis zu unseren finanziellen Möglichkeiten stehen. Und da wird es eng. Was mich und was uns als GLP besonders beschäftigt, ist ein Thema, das im FKom-Bericht weniger im Vordergrund steht, das aber gesellschaftspolitisch wohl die grösste Herausforderung der kommenden Jahre darstellt, die psychische Gesundheit, ganz besonders von Jugendlichen und Kindern, aber auch zunehmend Erwachsenen. Die krankheitsbedingten Ausfälle bei den Lehrpersonen zeigen das exemplarisch. Sie sind seit 2020 um rund 27% gestiegen und verharren auf diesem hohen Niveau. Das ist ein Signal und es ist kein baselspezifisches Phänomen, das sehen wir weltweit. Aber die Kosten kommen irgendwann in der Staatskasse auch bei uns an oder sind schon angekommen über Stellvertretungskosten, über die Sozialhilfe, über das Gesundheitswesen.

Ein roter Faden im Bericht ist die Frage der Steuerung und Wirkung. Die Finanzkommission bemängelt in mehreren Bereichen fehlende Gesamtübersichten, ungenügende Kennzahlen und kaum ausgewiesene Effizienzgewinne, etwa bei der Digitalisierung. Die Digitalisierung ist ein Kernthema der GLP, sie soll den Alltag vereinfachen und Ressourcen freisetzen, nicht nur neue Projekte produzieren. Wir erwarten deshalb, dass bei grossen IT-Vorhaben von Anfang an klar definiert wird, welche konkreten Verbesserungen erreicht werden sollen und wie diese später überprüft werden.

Im Justiz- und Sicherheitsdepartement begrüssen wir die Priorisierung der Projekte und die Reduktion der Projektzahl, sorgen uns aber weiterhin um den deutlichen Unterbestand bei der Polizei. Hier sind wir dankbar, dass der Polizeieinsatz bei Grossanlässen und Kundgebungen in vernünftigem Ausmass erfolgt und dass bei der Rekrutierung insbesondere auf die Erhöhung des Frauenanteils Gewicht gelegt wird. Auch die zunehmende Belastung der Gerichte sowie die geplante IT-Lösung muss weiterhin gut beobachtet und eng begleitet werden.

Die GLP wird der Jahresrechnung 2025 zustimmen. Basel-Stadt steht weiterhin solide da, aber wir können uns nicht zurücklehnen. Die entscheidende Frage der nächsten Jahre wird sein, wie gut wir Prioritäten setzen und effizienter werden können, um für die grossen Herausforderungen gerüstet zu sein.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Balz Herter.

Balz Herter (Mitte-EVP): Im Namen der Fraktion Mitte-EVP beantrage ich Ihnen, die Grossratsbeschlüsse und die Jahresrechnung zu genehmigen. Zu Beginn gilt unser Dank den Departementen und den Gerichten, der gesamten Verwaltung für die seriöse Erarbeitung dieses umfassenden Rechenschaftsberichts sowie meinen Kolleginnen und Kollegen in der Finanzkommission, und der Finanzkontrolle für die detaillierte Prüfung.

Auf den ersten Blick dürfen wir uns über einen positiven Abschluss freuen. Die Erfolgsrechnung schliesst mit einem Gesamtergebnis von 11,9 Mio. Franken ab, während wir ursprünglich mit einem Defizit von 15,6 Mio. Franken gerechnet hatten. Doch werfen wir einen genaueren Blick auf das Zahlenwerk, wird rasch klar, der strukturelle Überschuss der vergangenen Jahre ist weitestgehend abgebaut. Dass wir überhaupt schwarze Zahlen schreiben, verdanken wir massgeblich Sondereffekten. Einerseits verzeichnen wir erfreulicherweise Unternehmenssteuern, die 98,8 Mio. Franken über dem Budget liegen, andererseits profitieren wir von einer starken Gewinnausschüttung der Basler Kantonalbank von insgesamt 125 Mio. Franken, was 44 Mio. Franken über dem Budget liegt und eine Jubiläumsausschüttung von 25 Mio. Franken beinhaltet. Bei den Einkommenssteuern, den Vermögenssteuern und den direkten Bundessteuern blieben die Einnahmen jedoch deutlich unter den Erwartungen. Für unsere Fraktion ist klar, wir dürfen uns von diesen positiven Ausreissern nicht blenden lassen. Die zukünftigen Ausgaben hier drin müssen sich zwingend wieder stärker am realen strukturellen Ertrag orientieren.

Unsere Unternehmenslandschaft ist das starke Rückgrat unserer Staatsfinanzen. Die Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung und das damit verbundene Standortförderpaket prägten das Rechnungsjahr 2025 massgeblich. Rund 300 Mio. Franken wurden entsprechend in Fonds eingelegt. Im vergangenen Jahr wurden Fördermittel in der Höhe von 246



Mio. Franken gesprochen. Die Mitte-EVP unterstützt diese gezielten Investitionen in die langfristige Wettbewerbsfähigkeit unseres Forschungsstandorts ausdrücklich. Es wird jedoch entscheidend sein, ob es gelingt, die langfristige steuerliche Attraktivität des Kantons zu sichern. Zudem dürfen wir unsere treibende Kraft im Kanton, das lokale Gewerbe und die KMU, nicht aus den Augen verlieren. Auch sie müssen im Zentrum einer guten Wirtschaftspolitik stehen.

Mit grosser Sorge betrachten wir das anhaltende Ausgabenwachstum. Der Betriebsaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um 619 Mio. Franken. Gleichzeitig belasten uns die Zahlungen in den nationalen Finanzausgleich, weil sie sich auf einen Rekordwert von 225 Mio. Franken erhöht haben und uns dem finanzpolitischen Handlungsspielraum entziehen. Ein wesentlicher struktureller Kostentreiber bleibt der Personalaufwand. Der kantonale Headcount hat sich 2025 deutlich auf insgesamt 13'294 Mitarbeitende erhöht. Wir anerkennen selbstverständlich, dass neue gesetzliche Aufgaben und demografische Entwicklungen personelle Ressourcen erfordern. Dennoch fordern wir den Regierungsrat auf, Effizienzgewinne durch die Digitalisierung endlich konsequent zu realisieren. Das Projekt E-Rechnung zum Beispiel hat keinen direkten Stellenabbau nach sich gezogen. Wir erwarten in Zukunft bei Digitalisierungsprojekten einen klaren Beleg für die sogenannte Digitalisierungsrendite.

Im Erziehungsdepartement bereiten uns die immens gestiegenen Kosten für Stellvertretungen grosse Sorgen. Die krankheitsbedingten Ausfälle in der Volksschule haben seit dem Jahr 2020 um 27% zugenommen und verharren seither konstant auf hohem Niveau. Die Mitte-EVP fordert hier ein wirksames und massgeblich verbessertes Gesundheitsmanagement an den Schulen, anstatt die Probleme lediglich durch den vermehrten Ausfall von Lektionen abzufedern.

Eine enorm kritische Situation zeigt sich auch bei der Kantonspolizei. Der personelle Unterbestand ist besorgniserregend. Gegenüber dem Sollbestand fehlen 135 Stellen, davon allein 112 bei den uniformierten Kräften. Die Belastung der Polizistinnen und Polizisten, zuletzt weiter verschärfter Grossanlässe wie den Eurovision Song Contest und die Women's Euro, ist grenzwertig. Sicherheit ist die absolute Kernaufgabe des Staates. Wir begrüssen daher die eingeleitete Reorganisation, den Kulturwandel und die verstärkten Rekrutierungsbemühungen, insbesondere der gezielten Erhöhung des Frauenanteils. Diese Massnahmen müssen rasch und nachhaltig greifen.

Auch im Sozial- und Gesundheitsbereich stehen wir vor Herausforderungen. Die Sozialkosten beliefen sich im 2025 auf 737 Mio. Franken. Wir begrüssen die Bemühungen des Gesundheitsdepartements, insbesondere die vom Regierungsrat in Kraft gesetzte Tarifiereduktion bei der kommerziell angebotenen Pflege durch Angehörige, um dortigen Fehlentwicklungen am Markt und rasanten Kostensteigerungen konsequent zu begegnen.

Der Kanton weist weiterhin ein erfreulich hohes Investitionsvolumen auf. Im Rechnungsjahr wurden netto 417 Mio. Franken investiert. Allerdings müssen wir konstatieren, dass der Selbstfinanzierungsgrad auf 66,7% gesunken ist. Das bedeutet schlichtweg, wir können einen Drittel unserer Investitionen nicht aus eigenen Mitteln finanzieren. Das Nettovermögen des Kantons ist folglich im vergangenen Jahr um 139 Mio. Franken gesunken. Hinzu kommt, dass das budgetierte Investitionsvolumen erneut nicht voll ausgeschöpft werden konnte. Der Ausschöpfungsgrad lag bei nur 82,4%. Wir sehen grosse Verzögerungen, etwa bei der Trambeschaffung Plus, wo eine Tranche von 41 Mio. Franken nicht abgerufen wurde, weil aus bekannten Gründen auf die Beschaffung neuer Trams verzichtet werden musste.

Solche Projektverschiebungen und auch unzureichende Ressourcenplanung bei IT-Vorhaben werfen zunehmend Fragen der Umsetzungsfähigkeit in der Verwaltung auf. Wir brauchen eine bessere Priorisierung und ein strafferes Projektcontrolling, um unsere Infrastruktur zukunftsfähig zu halten, ohne künftige Generationen mit ungedeckten Schulden zu belasten.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Jahresrechnung 2025 ist ein klares Signal. Die Zeiten fast schon unbegrenzten strukturellen Überschüsse sind vorbei. Die Fraktion Mitte-EVP fordert die kommenden Jahre eine verstärkte Priorisierung der Aufgaben. Wir müssen unsere Ressourcen gezielt für eine nachhaltige Infrastruktur, für Bildung, Sicherheit und einen starken Wirtschaftsstandort einsetzen, anstatt ein ungebremstes Kostenwachstum eines Staates zuzulassen. Wir werden dazu nach der Sommerpause auch noch einige Vorstösse lancieren.

Die Finanzkommission kommt zum Schluss, dass die Rechnung ordnungsmässig erstellt ist und empfiehlt sie zur Annahme. Im Namen der Fraktion Mitte-EVP betrage ich Ihnen deshalb, der Jahresrechnung des Kantons Basel-Stadt und den weiteren Grossratsbeschlüssen zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher ist Philip Karger für die LDP.

Philip Karger (LDP): Ein Überschuss von knapp 12 Mio. Franken in der Jahresrechnung klingt zunächst nach einem guten Ergebnis, doch ist es das wirklich? Bei einem Gesamtertrag von über 5,4 Mia. Franken ist dies kaum mehr als eine schwarze Null, ein Resultat, das uns nicht in falscher Sicherheit wiegen darf. Für uns als LDP ist dieses Ergebnis kein Grund zur Euphorie, sondern ein deutliches Warnsignal. Die Ausgaben wachsen schneller als unsere finanzielle Stabilität. Dazu tragen



nicht zuletzt die zahlreichen Nachtragskredite und Budgetpostulate bei, die wir von wenigen Ausnahmen abgesehen regelmässig bewilligen. Über die langfristigen Konsequenzen machen sich jedoch die wenigsten Gedanken. Gerade das wäre aber entscheidend für eine nachhaltige Finanzpolitik.

Das operative Betriebsergebnis mit einem Defizit von 348,5 Mio. Franken ist deutlich schlechter ausgefallen als geplant. Dass am Ende dennoch ein positives Gesamtergebnis ausgewiesen werden kann, ist ausschliesslich auf ausserordentliche Sondereffekte im Finanzergebnis zurückzuführen. Ohne die einmaligen Jubiläumsausschüttung der Basler Kantonalbank und die höheren Gewinnablieferungen der IWB und Buchgewinne durch Aufwertungen im Finanzvermögen sähe die Bilanz heute ganz anders aus. Diese Effekte haben das Ergebnis künstlich geschönt, während der strukturelle Überschuss der letzten Jahre faktisch aufgebraucht ist.

Besorgniserregend ist die Entwicklung der Verschuldung. Die Bruttoschulden sind im vergangenen Jahr markant auf über 3,7 Mia. Franken angestiegen. Das entspricht einer Verschuldung von 18'088 Franken pro Einwohnerin und Einwohner unseres Kantons. Gleichzeitig nimmt das Nettovermögen weiter ab, alleine im Berichtsjahr sank es um 139 Mio. Franken. Damit belasten wir kommende Generationen und schränken unseren finanziellen Handlungsspielraum zunehmend ein.

Auch das stetige Wachstum der Verwaltung bereitet uns Sorge. Im Jahr 2025 ist der kantonale Personalbestand wieder deutlich um 327,6 Stellen gestiegen. Zum personellen Wachstum kommt noch eine zusätzliche kostspielige Entwicklung hinzu, der massive Beizug externer Fachkräfte. In der IT müssen externe Spezialisten den Investitionsstau bewältigen. In Bereichen wie zum Beispiel dem LIF, Leben in Vielfalt, muss sogar auf teures Temporärpersonal zurückgegriffen werden, weil die internen Ressourcen nicht ausreichen. Es darf nicht sein, dass wir einerseits den internen Apparat immer weiter aufblähen und andererseits immer stärker von externen Beratern und Dienstleistern abhängig werden. Wir investieren Millionen in die Digitalisierung, doch die erhofften Effizienzgewinne sind in der Rechnung schlicht nicht spürbar. Die Ausgaben steigen, insbesondere in der Verwaltung und bei neuen Förderprogrammen. Vieles davon ist gut gemeint, doch gut gemeint bedeutet nicht automatisch gut für die Staatsfinanzen und schon gar nicht für deren langfristige Tragfähigkeit.

Wir müssen zu einer nachhaltigen Finanzpolitik zurückkehren, die sich an verfügbaren Ressourcen orientiert. Unser Leitfaden muss künftig lauten, brauchen wir das wirklich, nicht alles, was wünschbar ist, ist auch notwendig. Der Grundsatz Nice to have muss dem Grundsatz Must we really have weichen. Diese Frage sollte zentral bei jeder Ausgabenentscheidung gestellt werden. Jeder Franken, den der Staat ausgibt, muss zuerst erwirtschaftet werden von Menschen, die arbeiten, von Unternehmen, die investieren und von einer Wirtschaft, die auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen ist. Deshalb muss jede Ausgabe konsequent auf ihre Notwendigkeit, ihre Wirksamkeit und ihren Nutzen überprüft werden.

Im Namen der LDP-Fraktion danke ich der Finanzkommission, der Finanzkontrolle, der Verwaltung und der Regierung für die geleistete Arbeit. Unser grösster Dank gilt jedoch den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die diesen Haushalt überhaupt erst ermöglichen. Die Fraktion der LDP stimmt der Jahresrechnung 2025 und dem Bericht der Finanzkommission zu.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Die Jahresrechnung 2025 zeigt, Basel-Stadt steht finanziell auf einer soliden Grundlage. Trotz anspruchsvoller Rahmenbedingungen schliesst der Kanton mit einem Überschuss ab, das ist erfreulich, gleichzeitig wirft die Rechnung eine politische Grundsatzfrage auf: Wo setzen wir unsere Prioritäten? Für uns ist klar, die steigenden Ausgaben in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Bildung und öffentlicher Verkehr sind kein Problem, sondern Ausdruck realer Bedürfnisse. Eine älter werdende Bevölkerung, steigende Gesundheitskosten, der Bedarf an guten Schulen und die Herausforderungen der Klimakrise lassen sich nicht mit Ausgabendisziplin oder gar Sparprogrammen lösen, sie erfordern öffentliche Investitionen.

Deshalb greift die Diskussion über die Staatsfinanzen zu kurz, wenn sie sich fast ausschliesslich um Ausgabendisziplin dreht. Die Rechnung zeigt nämlich auch, dass die Unternehmenssteuern deutlich über Budget lagen, dass die Basler Kantonalbank einen wichtigen Beitrag zum Ergebnis leistet und dass die OECD-Ergänzungssteuer künftig zusätzliche Einnahmen bringen wird. Die Frage ist also nicht nur, was wir ausgeben, die Frage ist vor allem, wofür wir die vorhandenen Mittel einsetzen.

Besonders deutlich wird dies bei den Einnahmen aus der OECD-Mindestbesteuerung. Die Mehrheit dieses Parlaments hat sich für die Schaffung des Fonds entschieden und die Stimmbevölkerung hat diesen Entscheid bestätigt. Wir haben diese Lösung damals abgelehnt, akzeptieren das Abstimmungsergebnis, werden aber nicht aufhören, die Folgen und Schattenseite dieser Fondsbildung zu benennen und zu bekämpfen. Denn aus unserer Sicht hat sich bestätigt, was wir immer gesagt haben, ein erheblicher Teil der zusätzlichen Steuereinnahmen fliesst wieder in die Förderung grosser Unternehmen. Die Zahlen sprechen für sich. Bereits heute gehen 91% der Innovationsfördermittel an Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitenden, der überwiegende Teil davon, nämlich 82%, an Konzerne mit über 2'500 Mitarbeitenden.



Die Rechnung zeigt also ganz klar, die zusätzlichen Einnahmen sind vorhanden, Basel-Stadt verfügt über finanzielle Spielräume, der Regierungsrat muss den OECD-Fonds nicht vollfüllen. Ausserdem sind die 12 Mio. Franken Überschuss keine Peanuts. Der Regierungsrat wehrt sich immer gegen Budgetpostulate, die aber bei der Bevölkerung Wild bewirken können. Die Jahresrechnung bestätigt aber einmal mehr, dass die Realität oft besser aussieht als prognostiziert. Deshalb sollte die Diskussion nicht von angeblichen Sparzwängen oder Ausgabendisziplin geprägt sein, sondern von der Frage, welche Prioritäten wir setzen.

Unsere Prioritäten liegen ganz klar bei der Bevölkerung, zum Beispiel bei der sozialen Sicherheit. Die Arbeitslosenzahlen geben zu denken, die Zahlen steigen, insbesondere bei den Jugendlichen. Im Mai lag die Jugendarbeitslosigkeit sogar bei 5%. Diese Tendenz wirft Fragen auf: Wie viele Stellenverluste sind der KI geschuldet, welche Folgen hat die Langzeitarbeitslosigkeit, wie viele Menschen werden später auf Sozialhilfe angewiesen sein? Wir können hier nicht wegschauen und uns dann überrascht zeigen, wenn die Kosten steigen.

Fragen über Fragen, aber wichtige Themen, die prioritär angegangen werden müssen für einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt und für eine lebenswerte Zukunft für alle. Wir brauchen gute Schulen, die niemanden zurücklässt, wir brauchen auch ein belastungsfähiges Gesundheitswesen mit genügend und gut entlohntem Personal, schliesslich herrscht dort Personalmangel. Wir brauchen Investitionen in bezahlbaren Wohnraum und wir brauchen einen Regierungsrat, der sich nicht scheut, in den Wohnungsmarkt einzugreifen. Auch ein starker öffentlicher Verkehr muss priorisiert werden. Wir dürfen hier nicht einfach die Kosten bremsen und entsprechende Personalkündigungen akzeptieren, Kündigungen, die laut Finanzkommission unter Berücksichtigung von Leistung, Verhalten und sozialen Kriterien erfolgt sein sollen, was auch immer das heissen mag. Es hat viele langjährige Mitarbeitende betroffen, was den bereits leidierten Image der BVB nicht gut tut. Wir müssen den öffentlichen Verkehr stärken und fördern, nicht schwächen, wenn wir die Klimawende erreichen wollen. Und last but not least brauchen wir Investitionen, Grossinvestitionen, in den Klimaschutz und die Energiewende. Dieser Spätfürhling bzw. Frühsommer erinnert uns daran, dass die Klimakrise keine abstrakte Zukunftsfrage mehr ist.

In diesem Zusammenhang und am Rande noch eine kurze Bemerkung und eine Frage: Die Sonnenschirme im öffentlichen Raum werden rege benutzt, aber es gibt zu wenige davon. Zudem sind sie nur ein kleiner Tropfen auf dem heissen Pflaster. Wo sind die übrigen 32 Standorte, an denen die Installation der Sonnenschirme nicht stattgefunden hat? Da hätte ich gerne eine Antwort gehabt, vielleicht kriegen wir noch heute eine Antwort.

Zum Schluss: Wir stimmen dieser Jahresrechnung zu, sie zeigt, dass wir die Mittel haben, um die Herausforderungen unserer Zeit anzugehen. Entscheidend ist deshalb nicht, wie wir die Ausgaben um jeden Preis begrenzen, sondern wie wir unsere Ressourcen sinnvoll einsetzen. Setzen wir die Prioritäten dort, wo sie den Menschen in diesem Kanton zugutekommen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Anouk Feurer für die GRÜNE/jgb.

Anouk Feurer (GRÜNE/jgb): Sie haben es sicher auch bemerkt, es ist heiss da draussen, auch hier drin. Die aktuelle Hitzewelle führt uns einmal mehr vor Augen, dass Extremwetterereignisse längst keine ferne Zukunftsszenarien mehr sind, sondern spürbare Realität auch hier für uns in Basel. Nehmen wir diese Hitze als spürbaren Anlass, um einen Blick auf die Jahresrechnung 2025 und den Bericht der Finanzkommission zu werfen. Was hat der Kanton im vergangenen Jahr konkret gegen die Klimakrise und für die Klimaadaptionsmassnahmen getan?

Beginnen wir beim Präsidialdepartement, welches hier die Federführung innehat. Das neue Klimaportal ist ein tolles Tool, es zeigt transparent auf, wo wir auf dem Weg zum Netto-Null-Ziel 2037 stehen. Ein kleiner Fun Fact dazu, auf der Homepage steht, Basel möchte seine Emissionen von rund 700'000 Tonnen auf Netto-Null senken, präziser wäre, der Kanton muss und die Bevölkerung will es so, das ist ein klarer Auftrag. Das Tool ist nützlich, aber führt uns auch vor Augen, wie langsam wir in den entscheidenden Bereichen wie zum Beispiel beim Bauen oder beim motorisierten Individualverkehr vorwärtskommen. Immerhin arbeitet das Portal mit einer transparenten Ampel von schnell über Fortschritt auf langsam.

Beim parallel geführten Klimaportal für die klimaneutrale Verwaltung fehlt eine solche Einteilung ganz. Hier bleibt die Frage offen, wie weit wir dort eigentlich sind. Eine prominente Massnahme des letzten Jahres war das Standortpaket. Wenn wir dort hinschauen, sehen wir, 20% der Mittel waren für Gesellschaft und Umwelt vorgesehen. Es wurden 34 Gesuche in diesem Bereich bewilligt, wovon die Umweltprojekte wiederum nur eine Minderheit ausmachten. Insgesamt wurden knapp 6 Mio. Franken gesprochen. Bei einem Gesamtvolumen des Standortpakets von 246 Mio. Franken ist das ein verschwindend geringer Anteil für den ökologischen Umbau. Angesichts der massiven Auswirkungen der Klimakrise auf unsere Gesundheit und die Gesellschaft muss hier künftig einfach mehr möglich sein.

Hitzeschutz ist primär eine bauliche Aufgabe, wie man zum Beispiel bei der Entwicklung der Transformationsareale sieht. Wir müssen Massnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas sowohl im Verwaltungsvermögen als auch im Finanzvermögen, namentlich bei den Immobilien Basel-Stadt, konsequenter vorantreiben. Aktuell sehen wir da vor allem auch



Sensibilisierungsmassnahmen, Sonnenschirme oder Sprühnebelverdunster. Das ist nett und wirklich auch hilfreich, reicht aber bei weitem nicht aus.

Positiv zu erwähnen ist, dass die Arbeitsgruppe Hitzeminderung an Schulen ihre Arbeit aufgenommen hat. Das ist ebenfalls schön und beruhigend, aber es stimmt auch nachdenklich, dass eine solche Struktur erst im Jahr 2025 geschaffen wurde. Die Klimakrise und ihre Folgen für Schulkinder sind schliesslich nicht erst seit gestern bekannt, sondern spätestens seit dem Klimastreik an den Schulen im Jahr 2018.

Besonders augenfällig ist das Fehlen der Themen Hitze und Klima im Gesundheitsdepartement. Da stellt sich für uns die grundsätzliche Frage: Ist Hitze in Basel kein Gesundheitsthema? Wissenschaftlich ist längst erwiesen, dass anhaltende Hitze ein massiver Risikofaktor ist, sie führt zu Hitzeschlägen, verstärkt psychische Störungen und korreliert nachweislich mit einer erhöhten Suizidrate. Klimaschutz ist deshalb Gesundheitsschutz. Doch eine ressortübergreifende, institutionalisierte Zusammenarbeit der Departemente scheint hier noch zu fehlen.

Die Hitze hat zudem gesellschaftliche Nebeneffekte, die auch das Sicherheitsdepartement betreffen. Mit steigenden Temperaturen nimmt statistisch die Zahl der Gewaltdelikte, spezifisch die häusliche und verbale Gewalt, zu. Wenn wir also den aktuellen Polizeiunterbestand entlasten wollen, gehört dazu auch die präventive Minimierung des Faktors Hitze im urbanen Raum.

Das Wort Hitze kommt im Bericht der Finanzkommission genau ein einziges Mal vor. Das ist auch ein Stück Selbstkritik an uns als Kommission, beim Budget müssen und werden wir das genauer angehen. Im Jahresbericht der Regierung taucht das Wort immerhin achtmal auf. Vielleicht fragen Sie sich jetzt: Ist ihr die Hitze so in den Kopf gestiegen oder wieso spricht sie fünf Minuten lang über das Klima, dabei geht es hier um die Jahresrechnung? Wir alle wissen, dass die Klimakrise ein milliardenschweres finanzielles Risiko für unsere Gesellschaft, die Wirtschaft und letztlich auch die Staatsfinanzen darstellt. Das Thema Klimaanpassung muss eine weitaus stärkere strategische Bedeutung erhalten, und zwar dauerhaft und nicht nur dann, wenn unser Thermometer die 35-Grad-Marke erreicht und wir die Auswirkungen am eigenen Körper spüren. Würden wir die Klimakrise mit der notwendigen Konsequenz priorisieren, würden wir heute alles tun, was möglich ist. Das würde die Jahresrechnung vielleicht den einen oder anderen Gewinn kosten oder gar vielleicht zu einem Defizit führen, aber es würde uns allen und gerade den verletzlichsten Gruppen unserer Bevölkerung das Leben während solchen Hitzewellen erträglicher machen. Und letztlich werden wir auch nur so unserer Verantwortung den kommenden Generationen gegenüber gerecht.

Selbstverständlich geht es aber im Jahresbericht nicht nur ums Klima, deshalb werden wir uns zu den einzelnen Departementen auch später noch äussern. An dieser Stelle möchten wir uns herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kantons und speziell bei Matthias Wiesinger für seine Arbeit in der Finanzkommission, bei den Gerichten und bei der Finanzkontrolle bedanken. Ausserdem bedanke ich mich herzlich bei den Mitgliedern der Finanzkommission für die gute Zusammenarbeit. Im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb bitten wir Sie deshalb, den Jahresbericht 2025 des Regierungsrats, den Bericht des Gerichtsrats und Gerichte des Jahres 2025 sowie den Bericht der Finanzkommission zu genehmigen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher ist Daniel Seiler für die FDP.

Daniel Seiler (FDP): Vorab: Hitzeschutz in Räumlichkeiten machen wir am besten mit Klimaanlagen. Kommen wir aber zurück zur Jahresrechnung. Unser Betrieb, also ich spreche jetzt nicht vom Ratsbetrieb, sondern ich spreche vom Betrieb von unserem schönen Kanton, kostet mittlerweile 5,2 Mia. Franken und macht in der Betriebsrechnung ein Defizit von 350 Mio. Franken. Also wir nehmen 350 Mio. Franken zu wenig ein oder geben 350 Mio. Franken zu viel aus. Ohne das Finanzergebnis hätten wir eben dieses Betriebsdefizit.

Dieses Betriebsdefizit hat sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt, es waren noch 160 Millionen und wie das die Regierungsrätin auch ausgeführt hat, wir haben da kein Einnahmeproblem, sondern wir haben ein Ausgabeproblem. Der Betriebsaufwand ist um 13,5% gestiegen. Vielleicht ist das eine abstrakte Zahl für einige, wenn wir die Referenzgrössen anschauen, die Teuerung liegt bei 0,5%, die Zinsbelastung bei 1,2% und das Bevölkerungswachstum bei 1%. Wir können natürlich jetzt das Standortpaket noch herausrechnen. Aber auch das dann im Vergleich mit dem 1% Bevölkerungswachstum zeigt, wir haben ein Problem auf der Ausgabenseite. Der Personalaufwand ist um 5,6% gestiegen. Auch wenn wir das vergleichen mit dem einen Prozentpunkt, dann ist das eine Verfünffachung.

Es wurde vorher auch einiges schon gesagt über unseren Standort und die Standortattraktivität und die Wirkung. Das Bruttosozialprodukt wächst in unserer Region überdurchschnittlich, das sind 3,6%, auch hier wieder der Vergleich zum Wachstum der Personalkosten von 5,6%. Ein sehr gutes Wirtschaftswachstum liegt deutlich unter dem Wachstum, das wir haben beim Personalaufwand. Wir kennen die Treiber von Wirtschaftswachstum und wir sehen auch zu Recht, das sehen wir auch, die Arbeitslosigkeit ist bei 4,5 mittlerweile, die liegt ein Prozentpunkt über der Stadt Zürich, nicht Kanton Zürich, das sind Zahlen, mit denen wir vorsichtig sein müssen. Wir sehen seit Jahren, dass die Beschäftigung in Basel-Stadt stagniert,



das müssen wir wirklich im Auge behalten, da bin ich einverstanden. Aber was sind die Konsequenzen von diesem Ausgabenwachstum? Wir können die Investitionen nur noch mit 67% selber finanzieren, das waren letztes Jahr noch 90%. Das Nettovermögen ist um ein Drittel gesunken, die Bruttoschulden um 14% gestiegen, das sind 2000 Franken mehr Bruttoschulden pro Person in dieser Stadt, und pro Kopf 18'100 Franken. Das sind absolute Spitzenwerte, und wenn man das vergleicht mit den besten Werten beim Brutto sozialprodukt, dann stimmen doch die Dimensionen hier nicht. Ich weiss, ich wiederhole mich zu dem Thema, aber ich glaube, wir müssen jetzt wirklich langsam anfangen, mit diesen Ausgaben sorgfältig umzugehen und auch uns einmal fragen, ob wir alles wirklich zusätzlich hier drin genehmigen müssen. Ich kann hier noch die Worten von Jean-Paul Getty, ein Industrieller aus Amerika, zitieren: Sparmassnahmen muss man ergreifen, wenn man viel Geld verdient. Sobald man in den roten Zahlen ist, ist es zu spät.

Ob es schon zu spät ist, weiss ich nicht, aber wenn wir die negativen Kennzahlen vom Finanzplan anschauen, wenn wir dann über das Budget diskutieren, haben wir da schon relativ viele rote Lampen. Die FDP begrüsst denn auch die Aussagen der Regierung, wonach sie eben auch die Herausforderung nicht auf der Einnahmeseite sieht, sondern eher auf der Ausgabenseite und dass diese zu priorisieren seien. Priorisierung ist aus meinem Verständnis nicht, noch mehr auszugeben und zu priorisieren, was wir zusätzlich mehr ausgeben, sondern vielleicht wirklich mal darüber diskutieren, wo wir auch einmal ein bisschen weniger ausgeben können.

Ein Beispiel dafür sind die Einsparungen, die man jetzt gemacht hat beim öffentlichen Verkehr. Interessanterweise wurde da die 1% definiert, dass das BVD nur noch 1% wachsen darf, also was den öffentlichen Verkehr betrifft. Ich nehme mal an, die 1% sind mit dem 1% Bevölkerungswachstum verbunden. Die BVB hat die Untersuchung gemacht und hat Effizienzsteigerungen eingeleitet. Dass dabei natürlich Kündigungen nicht erfreulich sind, das ist uns allen klar und das wollen wir eigentlich nicht. Darum müssen wir eben vorher anfangen zu überlegen, ob wir all diese zusätzlichen Ausgaben und Stellen schaffen wollen.

Noch ein Wort zu der Priorisierung auch beim BVD. Da geht es um das Geschäftsmodell Infrastruktur. Da haben wir festgestellt, dass 190 Projekte in der Phase der Vorprojektphase sich befinden. Was das genau kostenmässig und zeitmässig heisst wissen wir nicht. Aber dass diese 190 Projekte am Schluss natürlich auch einen Einfluss haben auf die Dauer der Projekte, das sehen wir an den ganzen Projektdiskussionen und Planungsdiskussionen in der Rosental-Anlage, wo wir seit 25 Jahren dran sind. Darüber diskutieren wir dann morgen.

Über die weiteren Departemente wurde einiges schon gesagt, das muss ich nicht wiederholen. Für die FDP ist klar, wenn der Betriebsaufwand weiter überproportional wächst und es keine Priorisierung gibt, dann werden wir auch in Zukunft drängen, dass wir auf der Einnahmeseite ansetzen, das heisst für uns weiterhin Steuersenkungen. Regierungsrätin Tanja Soland hat es noch gesagt, das Budget wurde vielleicht ein bisschen zu eng budgetiert. Ich hoffe nicht, dass das eine Motivation ist, dass man in Zukunft weniger eng budgetiert und damit das Budget steigt. Die FDP ist dafür zu haben, in der nächsten Diskussion auch wieder darüber zu diskutieren, dass wir kein negatives Budget haben werden und wir werden das auch nicht akzeptieren. Die FDP stimmt dem Jahresbericht zu und bedankt sich beim Regierungsrat und der Verwaltung und den Mitarbeitenden für die Auskunft und die Zeit.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Julia Baumgartner für die SP.

Julia Baumgartner (SP): Wie Sie dem Bericht entnehmen können, schliesst die Rechnung mit einem Überschuss von knapp 12 Mio. Franken ab. Es handelt sich um ein ausgeglichenes Ergebnis. Generell können wir heute festhalten, dass sich der Kanton weiterhin in einer finanziell soliden Lage befindet. Der Bericht zeigt auf, dass Basel-Stadt wirtschaftlich stärker wächst als die Schweiz, und ein Kanton, der so dynamisch wächst, braucht erst recht eine leistungsfähige öffentliche Hand. Gute Schulen, eine funktionierende Gesundheitsversorgung, bezahlbaren Wohnraum, eine Verwaltung, die mit all dem mithalten kann, statt hinterherzurrennen. Wirtschaftliche Dynamik und starker Service public bedingen sich gegenseitig.

Wer in Basel-Stadt investieren will, sucht nicht in erster Linie tiefe Steuern, sondern vor allem auch einen funktionierenden Kanton. Und ein funktionierender Kanton, der wächst, hat logischerweise auch wachsende Bedürfnisse und wachsende Ausgaben. Dies hält auch die Finanzkommission in ihrem Bericht so fest. Ebenfalls zu lesen im Bericht ist die Aussage, dass sich das Ausgabenwachstum im Verhältnis zu den Einnahmen bewegen sollte. Die logische Schlussfolgerung zu dieser Aussage ist aber eben nicht, die Ausgaben dort zu kürzen, wo die Bedürfnisse wachsen. Was wir machen müssen, ist, die Einnahmenseite zu sichern. Steuersenkungen, wie sie von bürgerlicher Seite so erwartbar wie das Amen in der Kirche gefordert werden, sind das genaue Gegenteil davon. Der Kanton hat auch 2025 wichtige Investitionen getätigt in Schulhäuser, Infrastruktur, Klimaschutz, Digitalisierung, Wohnraum und öffentliche Einrichtungen, und trotz hohem Investitionsvolumen verfügt der Kanton weiterhin über ein Nettovermögen. Es zeigt, ein hohes Investitionsvolumen ist mit dieser soliden Finanzlage vereinbar.

Wo sich für uns jedoch ein paar Fragezeichen stellen, ist die wiederholt sinkende Ausschöpfung der Investitionsrechnung. Dies hat natürlich auch mit Verzögerungen, unter anderem auch wegen Einsparungen, zu tun. Es stellt sich für uns trotzdem



auch die Frage, ob es allenfalls in gewissen Bereichen mehr Personal und Ressourcen in der Projektabwicklung braucht, damit budgetierte und politisch beschlossene Vorhaben auch tatsächlich umgesetzt werden. Letztendlich geht es darum, dass die Mittel auch dort ankommen, wo sie der Bevölkerung etwas nützen.

Wir haben heute schon einiges gehört zum Headcount, dass der kantonale Personalbestand erneut gewachsen ist. Das stimmt, aber das musste er auch. Auf bürgerlicher Seite wird diese Zunahme aber oft pauschal kritisiert. Es stellt sich hier aber eine grundsätzliche Frage, was diese Zahl eigentlich aussagt. Der Headcount isoliert sagt nichts darüber aus, ob der Kanton gut arbeitet oder ob die Bevölkerung gut versorgt wird, auch wenn die Bürgerlichen dies oft suggerieren. Es leuchtet allen ein, wenn die Schüler:innenzahl steigt, braucht es auch mehr Lehrpersonen, wenn neue gesetzliche Aufgaben hinzukommen, braucht es dafür das nötige Personal. Im Bericht hält die Kommission selbst fest, dass der Grossteil des Stellenwachstums sachlich begründet ist. Wichtig ist aus unserer Sicht, dass man den Befund nicht vom Erklärungsabteil abtrennen darf, nur weil einem halt die Schlagzeile, dass der Personalbestand wächst, besser passt als die Erklärung dahinter.

Zum Standortförderpaket: Die SP-Fraktion hat diesem Paket im Grossen Rat zugestimmt, nun geht es um die Umsetzung und da lässt sich festhalten, dass 91% der gesprochenen Fördermittel an Unternehmen flossen mit mehr als 250 Mitarbeitenden, der grösste Teil davon an Firmen mit über 2'500 Beschäftigten. Für die SP ist zentral, dass darauf hingearbeitet wird, dass auch vermehrt kleinere Unternehmen von den Fördermitteln profitieren können. Wir schliessen uns ausserdem der Aussage der Finanzkommission an, dass die Wirkung der Mittel sorgfältig zu überprüfen und transparent auszuweisen ist. Ebenfalls wichtig für die SP-Fraktion ist, dass es in diesem Jahr nun auch im Bereich Forschungsk Kooperationen vorwärtsgelht. Dies war neben der Elternzeit und dem Klimaschutz doch auch ein wichtiges Argument, weshalb wir letztlich dem Paket zugestimmt haben. Und die letztgenannten Punkte müssen jetzt breiter bekanntgemacht werden und die Antragstellung muss möglichst niederschwellig sein.

Zu den Museen: Die SP-Fraktion freut sich über die starken Besucher:innen-Zahlen in mehreren Museen. Das Naturhistorische Museum hat mit über 176'000 Besuchenden einen historischen Rekord erzielt. Das zeigt, dass unsere Museen lebendige Orte sind und die Bevölkerung erreichen. Ein besonderes Anliegen ist uns die Provenienzforschung. Das wurde im letzten Kulturleitbild auch so gefordert, also die Museen wurden ausdrücklich dazu aufgefordert, Provenienzforschung zu etablieren, die Aufarbeitung von kolonialer Sammlungsgeschichte und die Frage nach der Herkunft von Werken sind Fragen von historischer Verantwortung und auch der Glaubwürdigkeit unserer Institutionen. Was uns dabei jedoch Sorgen bereitet, ist die Finanzierung. Diese hängt in mehreren Häusern stark an befristeten Rahmenausgabenbewilligungen und Drittmitteln. Wir erwarten, dass die Provenienzforschung strukturell verankert wird. Wer einen politischen Auftrag erteilt, muss auch für dessen langfristige Finanzierung eintreten.

Zur Kantonspolizei: Ich mache jetzt ein paar Sprünge, ich werde nicht im Detail alles aus dem Bericht wiederholen, dazu haben wir heute ja auch schon viel gehört. Die SP-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass bei der Kantonspolizei und beim Kulturwandel erste Schritte unternommen wurden, neue Führungsstrukturen, verpflichtende Workshops, eine stärkere Konzentration auf die Grundversorgung. Das anerkennen wir, aber es reicht noch nicht. Der Frauenanteil bleibt tief und die Rekrutierungsbemühungen in diese Richtung sind richtig, müssen aber konsequenter verfolgt werden. Und ein vertrauensvolles, gesundes Arbeitsklima intern ist zentrale Voraussetzung dafür, dass eine Polizei ihren Auftrag gegenüber der Bevölkerung überhaupt erfüllen kann.

Zum BVD würde ich gerne einfach etwas Kurzes zum U-Abo sagen. Die Finanzkommission hat im Februar 2026 aus den Medien erfahren, dass es bei den Kantonsbeiträgen an das U-Abo für die Jahre 2020 bis 2023 eine IT-Panne gab. Dies hatte eine Nachzahlung von 7,5 Mio. Franken zur Folge. Der BVB war dieser Fehler seit 2024 bekannt. Dass ein Fehler dieser Grössenordnung so lange bekannt war, ohne dass er zeitnah kommuniziert wurde, ist aus unserer Sicht fragwürdig. Wir erwarten, dass solche Pannen künftig umgehend offengelegt werden gegenüber dem Parlament, aber auch gegenüber der Öffentlichkeit.

Zum Erziehungsdepartement und zum Gesundheitsdepartement wird nachher meine Kollegin Jessica Brandenburger noch etwas sagen.

Zum Schluss möchte ich im Namen der SP-Fraktion auch eine Würdigung für die Arbeit von Regierung und Verwaltung und insbesondere Finanzdirektorin Tanja Soland aussprechen. Die Rechnung 2025 entstand in einem Jahr mit aussergewöhnlichen Herausforderungen, der Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung, volatilen Steuererträgen, einem hohen Investitionsvolumen. Dass der Kanton trotzdem so nahe am Budget abschliesst, ist keine Selbstverständlichkeit.

Abschliessend möchte ich daran erinnern, dass wir mit unseren finanzpolitischen Entscheiden immer im Blick haben müssen, was für ein Kanton wir sein wollen. Für uns ist klar, wir wollen einen klimafreundlichen Kanton mit guter Bildung, mit einem starken sozialen Netz, das niemanden zurücklässt, und wir stehen für hohe Lebensqualität für alle Generationen. Dass eine gute Infrastruktur kostet, ist klar, dass wir alle davon profitieren, ebenfalls. Deshalb stimmt die SP-Fraktion der Genehmigung der Jahresrechnung 2025 zu und wird weiter dafür eintreten, dass dieser Kanton die Mittel, die er hat, dort einsetzt, wo sie wirken, bei den Menschen, die hier leben.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher ist Pascal Messerli für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Auch die SVP-Fraktion nimmt die Rechnung zur Kenntnis und wird diese so genehmigen. Auf den ersten Blick scheint alles in Ordnung zu sein, der Kanton schliesst mit einem Überschuss ab, die Steuererträge bleiben hoch, die Basler Kantonalbank liefert eine Rekordausschüttung, die Bilanz des Kantons ist weiterhin solide. Doch die eigentliche Frage lautet aus Sicht der SVP-Fraktion, weshalb bei diesen Rekordeinnahmen überhaupt nur noch ein Überschuss von 12 Mio. Franken übrig bleibt, und die Antwort darauf ist klar: Wir haben nicht zu wenig Einnahmen, wir haben zu viele Ausgaben. Das plädiert die SVP-Fraktion schon seit Jahren in der Budgetdebatte und redet hier offensichtlich an eine Wand.

Der Kanton Basel-Stadt wächst uferlos und nicht nachhaltig. Mittlerweile beschäftigt der Kanton 13'000 Mitarbeiter und es ist jetzt schon so sicher wie das Amen in der Kirche, dass auch beim nächsten Budget dies wieder klar überboten wird. Der Kanton schafft beliebig neue Programme, Projekte, Förderinstrumente und Verwaltungsstrukturen. Für die SVP-Fraktion ist es klar, dass es nicht so weitergehen kann, deshalb werden wir uns auch in Zukunft für neue Steuersenkungen einsetzen und auch die Initiative «Bürokratie-Stopp» der bürgerlichen Jungparteien mit grosser Überzeugung unterstützen.

Und als sei das uferlose Wachstum nicht alleine genug besorgniserregend, plant der Regierungsrat noch zusätzlich einen kostspieligen Umzug des Präsidialdepartements in ein Prestigeprojekt mitten in der Innenstadt. Die Bevölkerung fragt sich dabei zu Recht, ob das die dringendste Aufgabe des Kantons ist und ob der Kanton wirklich neue Verwaltungsflächen und Bürokomplexe für die Verwaltung an zentralster Lage benötigt. Wir von der SVP-Fraktion sind der Meinung, dass weniger mehr gewesen wäre, allerdings nehmen wir auch zur Kenntnis, dass die Selbstinszenierung offensichtlich wichtiger zu sein scheint als die Realpolitik. Man muss im Regierungspräsidium offensichtlich gefühlt täglich neue Botschafter aus Usbekistan, Kongo oder Curaçao in einem noch würdigeren Rahmen für lustige Social-Media-Posts empfangen, adäquate Kausalität zu einer Kantonsaufgabe – Fehlanzeige.

Und während die Verwaltung in den Büros uferlos wächst, fehlt es paradoxerweise ausgerechnet bei der zentralsten Staatsaufgabe Sicherheit an Personal. Der Unterbestand bei der Polizei ist immer noch bei über 100 und der Polizeikommandant muss sogar einräumen, dass bei gewissen Notrufen gar nicht mehr ausgerückt wird. Das ist nicht nur ein Alarmsignal im wahrsten Sinne des Wortes, wir befinden uns in einer Sicherheitskrise. Und hier auch gerne der Hinweis an die Regierungsrätinnen Tanja Soland und Stephanie Eymann: Es bringt dann halt auch nichts, wenn Sie jedes Mal bei der Rechnung oder bei Behandlung von sicherheitspolitischen Vorstössen das Problem abwürgen und die Situation schönreden. Der Kanton kann den Sicherheitsauftrag aktuell nicht wunschgemäss und ordnungsgemäss ausführen. Das ist ein Fakt bei einem konstanten Unterbestand von 100 und gleichzeitig der Tatsache, dass wir der kriminellste Kanton sind. Nehmen Sie doch das bitte endlich ernst und suchen Sie hier schnelle Lösungen. Dann bekommen Sie auch von der SVP-Fraktion vielleicht in Zukunft einmal ein positives Feedback im Bereich der Sicherheit, aktuell kann ich Ihnen aber auch garantieren, sind Sie davon so weit entfernt wie der FC Basel vom ersten Platz in der letzten Saison.

Ebenfalls besorgniserregend sind die Zahlen aus dem WSU. Die Arbeitslosenquote liegt inzwischen bei 4,6% im Kanton Basel-Stadt und damit deutlich über dem schweizerischen Durchschnitt. Die Sozialkosten sind jährlich ebenfalls auf einem hohen Niveau, wir haben wieder höhere Kosten bei der Sozialhilfe. Auch hier pflegt der Regierungsrat das Motto «Hauptsache das Problem nicht benennen», erinnert sich die SVP-Fraktion doch gut daran, wie die Interpellation von Joël Thüring bezüglich Arbeitslosigkeit und Zuwanderung im Rahmen der Abstimmung zur 10-Millionen-Schweiz mündlich abgewürgt wurde und man offenbar bewusst keine genauen Zahlen liefern konnte oder wollte. Lieber macht man auch hier lustige Videos auf Instagram, um wieder den Kreis zum Präsidialdepartement zu schliessen.

Fazit: Die SVP-Fraktion stellt hier falsche Prioritätensetzungen fest und fordert einen Fokus auf die Kernaufgaben. Diese Kernaufgaben bestehen selbstverständlich nicht nur aus der Sicherheit, es ist aber diese zentrale Staatsaufgabe, welche am meisten vernachlässigt wird und da müssen jetzt endlich Lösungen her. Die Rechnung wird von der SVP zur Kenntnis genommen und so genehmigt. Wie gesagt, wir fordern hier diese Priorisierung auf den Kernauftrag.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Das ist meine einzige Rede an meinem heutigen Geburtstag, ich danke für die Gratulationen und ich begrüsse auch meinen Gast Navi Hofstetter.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Kommen Sie bitte zur Sache, Eric Weber.



Eric Weber (Fraktionslos): Danke für den Besuch. Schön, dass du dich freust.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eric Weber, kommen Sie bitte zur Sache.

Eric Weber (Fraktionslos): Als Ein-Thema-Partei muss ich zu diesem Thema reden. Die grüne Vorrednerin hat ja über das Wetter gesprochen, dass es heiss ist, über ihr Thema Klima. Das war meine Vorrednerin von den Grünen, über ihr Thema, das im Parteinamen steht. Und auch ich muss natürlich über mein Thema reden, als Ein-Thema-Partei und als Präsident der Liste Ausländer Stopp muss ich natürlich sprechen. Und wie schön es ist, ich muss nur zu einem Thema komplex sprechen, Ausländer und Wirtschaftsasylanten, so ist es und so bleibt es.

Nach der verlorenen Abstimmung vom 14. Juni 2026 bekam ich viele Kondolenzschreiben und Nachrichten. 46% der Bevölkerung sagen, wir machen weiter. Und so sehe ich es auch. In den Emiraten, in Abu Dhabi...

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eric Weber, das hat nichts mit der Jahresrechnung zu tun. Sprechen Sie zum Thema. Das ist die letzte Verwarnung sonst gibt es einen Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte einfach feststellen als Steuerzahler, der wirklich Steuern bezahlt hat, dass es Länder gibt, in denen man keine Steuern zahlen muss. In Abu Dhabi bezahlt man keine Steuern, auch keine Krankenkasse. Und ich muss einfach feststellen als Grossrat seit 43 Jahren, würden wir nicht Milliarden an Franken für Wirtschaftsasylanten ausgeben, würde es uns Schweizer und den eingebürgerten Schweizer besser gehen. Wir wären von den Steuern befreit, wir wären von der Krankenkasse befreit. Aber, ich komme schon zum Schluss, wir haben ja Leute, die sagen, es sollen noch mehr kommen, noch mehr Fachkräfte. Aber es kommen die Falschen, sagt meine Schwesterpartei, die SVP.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eric Weber, das ist der erste Ordnungsruf. Das hat nichts mit der Jahresrechnung zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich stelle Antrag auf Rückweisung der Jahresrechnung, ich stelle Antrag auf Nichteintreten. Ich stelle fest, unsere Bevölkerung ist tief gespalten und ich muss feststellen, es gibt nur noch zwei Lager. Ich kann gut in die Zukunft blicken und ich sage Ihnen, in 50 Jahren gibt es nur noch zwei Parteien, die SP und SVP, alles andere ist weg. Ich darf sagen, was ich denke als gewählter Grossrat, wir sind in keiner Diktatur, und ich stelle einfach fest, dass die kleinen Parteien alle verschwinden. Nehmen Sie als Beispiel alle, diese Läden, die verschwinden und die wir als Kinder gesehen haben. Es gab zehnmal mehr Coop- und Migros-Filialen, das ist alles weg.

Ich danke dem Vorredner der SVP. Wir haben zu viel Personal, weltweit sind wir an der Spitze in unserem Kanton mit dem Staatspersonal. Dann hat mein Vorredner auch die Social Media angesprochen. Da muss ich ihn aber beruhigen, die Regierung hat keine Klicks bei Social Media, das sind unbedeutende Klicks. Traurig ist, das haben Sie richtig gesagt, dass wir der kriminellste Kanton sind. Das sind wirklich Sachen, die einen nachdenklich stimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort geht an den Gerichtsrat Stephan Wullschleger. Er verzichtet auf ein Votum. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Vielen Dank für die konstruktive Diskussion. Auch die Voten, die zum Teil kritisch waren, nehmen wir gerne auf. Ich finde es eine gute Ebene, um zu diskutieren. Dabei muss ich wahrscheinlich Pascal Messerli etwas herausnehmen. Ich habe von Ihnen mitgenommen, dass wir eher schlechte Arbeit machen und einfach alles schönreden. Ich finde das etwas schwierig. Ich schätze es, wenn wir auf einer Ebene bleiben, wo wir konstruktiv sind und wirklich etwas verändern können, weil wir doch alle das gleiche Ziel haben, nämlich dass dieser Kanton lebenswert ist. Und wir haben ja die Rechnung 2025 vor uns, das ist ja das Schöne, da haben wir Fakten, da haben wir Zahlen.

Und eine Präzisierung, die ich noch anbringen möchte zu Daniel Seiler. Ich wollte damit nicht sagen, dass wir nun das Budget einfach so ausweiten, es ging mir darum, dass die Departemente zum Teil das Budget überschritten haben. Und es ist natürlich nicht korrekt, wenn wir zu tief budgetieren und nachher das Budget einfach überschritten wird. Das wollen wir so nicht, das heisst, das Budget muss eingehalten werden, muss realistisch budgetiert werden.



Ansonsten habe ich mir die Punkte aufgeschrieben, wir werden die Diskussion dann sicher beim Budget weiterführen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat die Präsidentin der BKK, Michela Seggiani. Sie verzichtet. Das Wort geht an den Präsidenten der FKom Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Auch von meiner Seite vielen Dank für die angeregte Diskussion. Die Voten waren in etwa, was den Inhalt bezüglich der Frage zu den Ausgaben und zu den Einnahmen anbelangt, vorhersehbar. Sie bilden ziemlich die Diskussion ab, die wir in der Finanzkommission dazu führen. Wir haben diese Diskussion nicht erst jetzt anlässlich der Rechnung 2025 geführt, wir haben sie auch schon beim Budget 2026 geführt, und ich bin sicher, wir werden sie auch in den kommenden Jahren weiterführen, auch weiterführen mit der Regierung, dem Finanzdepartement. Regierungsrätin Tanja Soland mahnt von Zeit zu Zeit nicht nur hier in diesem Hohen Hause, sondern auch in der Finanzkommission bezüglich diese Frage, wo wir bei den Ausgaben stehen, wo wir priorisieren. Es gibt diese Haltung auch des Regierungsrates, dass wir eine Situation haben, bei der wir eher bei den Ausgaben schauen müssen. Regierungsrätin Tanja Soland hat das heute auch noch einmal bestätigt. Und zu dieser Wahrheit gehört eben auch, das habe ich auch in der Vergangenheit schon wieder gesagt, dass auch wir als Parlament dies selbstverständlich in der Hand haben. Wir entscheiden letztlich über die Ausgaben und wenn wir ein ausgabenfreudiges Parlament sind, wenn wir es denn sind, dann sind wir es und dann muss auch der Regierungsrat damit arbeiten, dann bleibt ihm auch nichts anderes übrig.

Deshalb wird diese Diskussion auch über die langfristige Finanzplanung, wie sie Daniel Seiler angesprochen hat, sicher bestehen bleiben, diese Diskussion wird geführt werden müssen, sowohl in der Finanzkommission als auch im Regierungsrat als auch hier in diesem Plenum. Dafür hat der Regierungsrat ja auch konkrete Aufträge überwiesen bekommen seitens des Grossen Rates. Das ist beispielsweise diese Schärfung des Auftrags bei der generellen Aufgabenüberprüfung. Hier wird der Regierungsrat, das hat er auch der Finanzkommission zugesichert, mit Vorschlägen kommen, wie dies künftig vorstattengehen soll, in Übereinstimmung mit der Erfüllung der Motion von Tobias Christ und Konsorten. Das wird ein Thema sein, anlässlich dessen man sicher auch diese Diskussion vertieft führen kann über die künftige Ausgaben- und Aufgabenpolitik dieses Kantons.

Ich bin aber froh, dass Sie grossmehrheitlich die Rechnung und den Bericht der Finanzkommission zur Rechnung heute wohlwollend zur Kenntnis genommen haben und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde von Eric Weber beantragt. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

0 Ja, 92 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009199, 24.06.26 11:17:57]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 92 Nein-Stimmen die Rückweisung nicht bewilligt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Berichts der Finanzkommission. Zuerst behandeln wir die allgemeinen Kapitel 1 bis 4 des Jahresberichts und des Berichts der Finanzkommission. Danach kommen wir zu den einzelnen Departementen. Bei jedem Departement erhalten zuerst die Vorsteherin oder der Vorsteher des jeweiligen Departements das Wort, dann allfällige Fraktionsvotierende, danach Einzelvotierende und schliesslich nochmals die Vertreterin oder der Vertreter des Regierungsrats. Bei den Gerichten spricht der Präsident des Gerichtsrates.



Allgemeine Bemerkungen, Kapitel 1 bis 4 des Berichts der Finanzkommission sowie des Jahresberichts des Regierungsrats, ausser Kapitel 4.2. Wir kommen damit zu den Wortmeldungen. Das Wort geht an den Präsidenten der Finanzkommission, Joël Thüring. Er verzichtet. Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet ebenfalls. Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen.

Wir kommen damit zum Präsidialdepartement, Seite 28 des Berichts der Finanzkommission. Die Globalbudgets der Museen werden am Schluss bei der Beratung des Mitberichts der BKK behandelt. Das Wort hat der Regierungspräsident Conradin Cramer. Er verzichtet, ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Bau- und Verkehrsdepartement, Seite 30 des Berichts der Finanzkommission. Hier gibt es auch keine Wortmeldungen.

Wir kommen zum Erziehungsdepartement, Seite 33 des Berichts der Finanzkommission. Hier hat Regierungsrat Mustafa Atici das Wort. Er verzichtet. Jessica Brandenburger hat sich eingetragen.

Jessica Brandenburger (SP): Beim ED fallen natürlich vor allem die hohen Stellvertretungskosten auf und wir schauen heute aus finanzpolitischer Sicht auf diesen Umstand. Aber eigentlich ist es kein finanzpolitisches Problem, denn hinter jeder Zahl stecken ja Menschen. Wir von der SP finden es alarmierend, wenn die Menschen, die unsere Kinder unterrichten, ausbrennen und im schlimmsten Fall den Beruf verlassen, weil sie nicht mehr können. Dass das ED nun genauer hinschauen will, finden wir richtig, das Problem ist nicht neu und es wurde unter der alten Führung des Departements vernachlässigt. Wir sind darum dankbar, dass Regierungsrat Mustafa Atici und sein Departement nun genauer hinschauen will und auch mit dem Datenschutz eine Lösung finden wird, wie man dieses Problem so auffangen kann, dass sich etwas ändert.

Und auch wir als Parlament müssen unsere Verantwortung wahrnehmen, auch wir müssen bereit sein, genauer hinzuschauen und zuzuhören und Probleme nicht einfach vom Tisch zu wischen und zu sagen, ja, reissen Sie sich zusammen oder so schlimm ist es auch nicht. Wenn Leute, die für uns arbeiten, sagen, es geht nicht mehr, dann müssen wir zuhören und da müssen wir vor allem auch etwas ändern. Ausserdem müssen wir auch bereit sein, die nötigen finanziellen Ressourcen aufzubringen. Es hilft nicht, einfach Geld auf ein Problem zu werfen, aber wenn es mehr Leute braucht oder strukturelle Änderungen, dann braucht es auch einen finanziellen Aufwand, den wir aufbringen müssen. Wir sind kein Land, das viele Rohstoffe zu bieten hat, was uns stark macht, sind unsere schlaunen Köpfe und wir fänden es gut, wenn wir bereits früh, also im Kindergarten und in der Primarschule damit anfangen, die Kinder zu fördern und auch die Personen, die das jeden Tag machen, zu unterstützen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Anouk Feurer.

Anouk Feurer (GRÜNE/jgb): Beim Erziehungsdepartement fallen als erstes die spürbaren Kosten für Stellvertretungen auf, insbesondere bei den krankheitsbedingten Ausfällen an den Volksschulen. Es ist ein wichtiges Zeichen, dass das Departement nun damit beginnt, eine solide Datenbasis zu erarbeiten, um den Ursachen auf den Grund zu gehen. Allerdings müssen wir auch festhalten, im Jahr 2025 können wir die Nachwirkungen der Pandemie nicht mehr als alleinige Begründung heranziehen und dass eine Erklärung erst jetzt gesucht wird, ist auch etwas spät. Die Vergangenheit lässt sich aber nicht mehr ändern, deshalb wünschen wir uns für die Zukunft eine schnellere Reaktionszeit, gerade wenn es um die Gesundheit und Unterstützung unseres Lehrpersonals geht.

Ein Blick auf die Massnahmen zeigen Licht und Schatten. Dass im Primarschulbereich darauf geachtet wird, dass keine Lektionen ausfallen, ist sehr erfreulich. Idealerweise schaffen wir es hier künftig noch besser, diese Lektionen auch vollumfänglich gemäss Lehrplan durchzuführen. Auf der Sekundarstufe gibt es allerdings noch Optimierungspotenzial. Unterrichtsstunden ausfallen zu lassen, entlastet zwar das Budget und mag auch eine Freude für Schülerinnen und Schüler sein, aber längerfristig können wir uns diesen Verzicht im Sinne der Bildungsqualität kaum leisten. Unser gemeinsames Ziel sollte es sein, den hohen Stellvertretungskosten in erster Linie mit einem starken, proaktiven Gesundheitsmanagement zu begegnen, statt Unterrichtszeit zu reduzieren.

Ein zweiter Punkt, der uns beschäftigt, sind die Lehrmittelkosten. Trotz der erfreulichen Budgeterhöhung in der Vergangenheit hören wir im Austausch mit Lehrpersonen immer wieder, dass die Mittel vor Ort knapp sind. Das liegt vermutlich auch an einer uneinheitlichen Handhabung und an einer herausfordernden Kommunikation zwischen den autonomen Schulen und dem Departement. Beim damaligen Budgetantrag wurden die Kosten pro Kind und Schulstufe transparent ausgewiesen. Der Gedanke dahinter war, die gestiegenen Kosten durch die Teuerung und die neuen Lizenzgebühren direkt bei den Lehrmitteln abzufedern.

In der Finanzkommission haben wir nun erfahren, dass diese Gelder teilweise auch für die Eltern-App Klapp eingesetzt werden. Klapp ist wirklich ein praktisches Tool, es erleichtert die Kommunikation mit den Eltern, ist datenschutzkonform und



es wäre absolut begrüssenswert, wenn das ED diese App allen Schulen zentral zur Verfügung stellen würde. Aber eine Kommunikations-App ist halt kein Lehrmittel. Hier braucht es künftig eine saubere budgetäre Trennung, damit das Geld auch wirklich dort ankommt, wo die Kinder als erstes profitieren.

Schliesslich hat uns in der Kommission die Information überrascht, dass die interne Materialzentrale an der Münchensteinerstrasse eine Marge berechnet. Da es sich hier um eine departementsinterne Dienstleistung für unsere eigenen Lehrpersonen handelt, wäre es für uns hilfreich, die genauere Verrechnungslogik dahinter besser zu verstehen.

Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Damit dieses Geld aber auch die maximale Wirkung erzielt, müssen wir die Rahmenbedingungen für die Lehrpersonen stärken durch ein verlässliches Gesundheitsmanagement statt Unterrichtsausfällen und bei dem Budget klare Transparenz zeigen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Wir kommen damit zum Finanzdepartement. Auch hier habe ich keine Wortmeldungen eingetragen.

Wir kommen zum Gesundheitsdepartement, Seite 39 des Berichts der Finanzkommission. Wünscht Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort? Er verzichtet. Als Fraktionssprecherin für die SP eingetragen hat sich Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Die Jahresrechnung des GD zeigt auf den ersten Blick ein erfreuliches Bild, die Kosten bleiben im Griff, das Betriebsergebnis liegt nur leicht über dem Budget. Doch hinter diesen Zahlen stecken strukturelle Fragen, die uns als Parlament beschäftigen müssen. Die Kosten in der Spitex und den Pflegeheimen steigen, und das aus gutem Grund. Die Bevölkerung altert und der Bedarf wächst. Dass die Ergänzungsleistungen für Pflegeheimbewohnende das Budget um über 4% übersteigen, ist kein Versagen des Departements, es ist Ausdruck einer Gesellschaft, die älter wird. Wir von der SP erwarten vom Departement, dass die Maximaltaxe für Betreuungskosten konsequent angewendet wird, damit Pflegebedürftige und ihre Familien nicht durch Gebühren belastet werden oder gar in eine Schuldenspirale rutschen.

Besonders kritisch sehen wir die rasante Zunahme kommerzieller Angehörigenpflege. Die Kosten haben sich innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt. Hier wurden offensichtlich Gewinne auf Kosten der öffentlichen Hand gemacht. Die Tarifiereduktion per Anfang 2026 finden wir deshalb richtig, aber es braucht mehr, echte Qualitätskontrolle, klare Standards und eine nationale Harmonisierung. Pflege darf kein Spekulationsfeld sein.

Bei den gemeinwirtschaftlichen Leistungen teilen wir die Kritik der Finanzkommission. 118 Einzelanträge intransparente Berechnungen und Institutionen, die mehr ausbezahlt bekommen, als sie beantragt haben, das ist kein Zustand, der so fortgeführt werden sollte. Staatsgeld muss nachvollziehbar fliessen. Wir erwarten, dass die angekündigten Überarbeitungen der Bemessungsmethoden rasch und ernsthaft erfolgen und den zuständigen Kommissionen transparent dargelegt werden.

Eine starke öffentliche Gesundheitsversorgung ist kein Luxus, sie ist soziale Sicherheit. Wir erwarten deshalb vom Departement klare Fortschritte bei der Transparenz, Qualitätssicherung in der Pflege und einen fairen Zugang zur Versorgung für alle Bevölkerungsgruppen. Dazu gehört auch, dass es nun endlich vorwärtsgeht bei der kantonalen Umsetzung der Pflegeinitiative.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Anouk Feurer.

Anouk Feurer (GRÜNE/jgb): Beim Gesundheitsdepartement möchte ich drei spezifische Punkte herausgreifen, bei denen wir genau hinschauen möchten.

Erstens, der Markt der ambulanten Pflegedienstleister hat sich stark verändert, insbesondere im Bereich der Angehörigenspitex. Es ist sehr zu begrüßen, dass der Kanton hier bereits mit Anpassungen reagiert hat. Der Eindruck, dass es sich aber eher um einen undurchsichtigen Markt handelt, ist leider noch nicht ganz vom Tisch. Wir hoffen sehr, dass hier bald auch auf Bundesebene reagiert wird, um klare Regelungen zu schaffen, die die Situation bei pflegenden Angehörigen adäquat widerspiegeln.

Zweitens sorgt die Intransparenz bei den gemeinwirtschaftlichen Leistungen für Diskussionsstoff. Aus Sicht der Fraktion GRÜNE/jgb besteht hier dringender Regelungsbedarf. Das Ziel muss sein, dass unsere Spitäler fair und gleich behandelt werden, wo sie die gleichen Voraussetzungen mitbringen und differenziert dort, wo sie sich unterscheiden.

Drittens bereitet uns die Situation rund um die Spitalfreiheit in unserer Gesundheitsregion Sorge. Geografisch und im Alltag der Menschen sind Baselland und Basel-Stadt längst eine Region. Auf politischer Ebene gelingt es uns aber leider noch zu wenig, das abzubilden. Dass wir künftig keine gemeinsame Spitalliste mehr haben und Nachbarn aus der Region nicht mehr ohne weiteres in unsere Spitäler kommen können, wird der Realität nicht gerecht. Es muss das erklärte Ziel der



Gesundheitsdirektion beider Kantone sein, alles daran zu setzen, damit wir eine echte, funktionierende Gesundheitsregion bleiben.

Und lassen Sie mich hier nochmal einen Bogen zurück zum Eintretensvotum schlagen. Wir haben es bereits betont, für uns gilt klar, Klimaschutz ist Gesundheitsschutz. Die Auswirkungen der Klimakrise auf die Gesundheit der Basler Bevölkerung muss im GD eine viel zentralere Rolle spielen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich nehme die Hinweise der Debatte sehr gerne entgegen. Ich möchte einfach einen Punkt hier klarstellen, weil ich nicht möchte, dass sich das festsetzt. Es ist nicht entschieden, in Zukunft keine gemeinsamen, gleichlautenden Spitalisten mehr zu haben. Wir haben eine Vernehmlassung gehabt über einen Versorgungsplanungsbericht, in der dieses Konzept skizziert war, aber wir haben das zurückgenommen, auch aufgrund kritischer Hinweise in der Vernehmlassung und sind an einer Überarbeitung und ich darf BS-seitig selbstverständlich unterstreichen, dass wir weiterhin an gleichlautenden Spitalisten interessiert sind und auf dieses Ziel weiterhin hinarbeiten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Wir kommen nun zum Justiz- und Sicherheitsdepartement, Seite 41 des Berichts der Finanzkommission. Regierungsrätin Stephanie Eymann verzichtet. Als Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb eingetragen hat sich Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Beim Justizdepartement möchten wir insbesondere auf die aktuelle Situation bei der Polizei eingehen. Der Sollbestand beim Personal ist nach wie vor nicht erreicht, wir haben es gehört. Angesichts der Tatsache, dass vergangenes Jahr für die Polizei ein ausserordentliches Jahr war, geprägt von zahlreichen Grossveranstaltungen, gebührt dem gesamten Polizeikorps ein besonderer Respekt. Es ist daher richtig, dass die Anzahl der Aspirantinnen und Aspiranten auch in den kommenden Jahren konstant hochgehalten wird mit rund 50 neuen Rekrut:innen pro Jahr.

Ebenso unterstützt die Fraktion GRÜNE/jgb die Bemühungen, gezielt Frauen zu rekrutieren. Wir möchten aber anregen, dass der Hauptfokus zurzeit darauf liegt, das Arbeitsumfeld bei der Polizei zu verbessern. Die im Bericht der GPK geschilderten Vorfälle sind schockierend. Es wird nicht reichen, einfach Frauen zu rekrutieren, es wäre auch den Frauen gegenüber nicht fair, sie einzustellen, damit das Betriebsklima besser wird. Es ist darum auch primär eine Frage der Reihenfolge. Die Kultur muss zuerst geändert werden, damit die Rekrutierung nachhaltig wirkt.

Ein weiterer Sorgepunkt ist die hohe Zahl an anstehenden Pensionierungen. Dies wird die ohnehin schwierige Situation verschärfen. Und a propos Pensionierungen, hier geht mein Blick zu Departementsvorsteherin: Die Fraktion GRÜNE/jgb würde es begrüssen, wenn die Departementsvorsteherin zeitnah über die Personalie des Polizeikommandanten informiert, er ist ja bereits deutlich über dem Pensionsalter.

In einem gewissen Zusammenhang mit der Unterbesetzung sehen wir auch den Rückgang bei den Bussgeldern, das sei hier auch noch erwähnt. Es wurden dieses Jahr deutlich weniger Bussgelder eingenommen, 2,7 Millionen insgesamt als in den Vorjahren. Dies ist nicht nur für die Kantonskasse ein Problem, sondern betrifft auch die Sicherheit. Parkierte Fahrzeuge auf Trottoirs können ein Ärgernis und eine Gefahrenstelle und, besonders aktuell und im Einklang mit dem Eintretensvotum von Anouk Feurer, auch eine Hitzequelle sein. Mag dies auch weniger gravierend sein als ein Raubüberfall, eine konsequente Ahndung von Falschparkiererinnen und Falschparkieren ist essenziell für die Verkehrssicherheit und für die Lebensqualität in der Stadt. Wir wünschen uns daher, dass auch dies die notwendige Aufmerksamkeit erhält.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Fordern Sie in Zukunft auch mehr Polizeieinsatz gegenüber Velofahrern, die sich nicht an die Regeln halten?

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Ich nehme das «sehr» zurück von vorhin, immer dort, wo es die Verhältnismässigkeit gebührt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.



Wir kommen damit zum Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Seite 47 des Berichts der Finanzkommission. Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen.

Wir kommen damit zu den Gerichten, Seite 52 des Berichts der Finanzkommission. Auch hier habe ich keine Wortmeldungen eingetragen.

Damit kommen wir zu den Behörden und Parlament, Seite 55 des Berichts der Finanzkommission. Auch hier habe ich keine Wortmeldungen eingetragen.

Dann kommen wir zum Regierungsrat, Seite 55 des Berichts der Finanzkommission. Hier hat Regierungspräsident Cramer das Wort, auch er verzichtet. Damit ist die Detailberatung des Berichts der Finanzkommission abgeschlossen.

Wir kommen damit noch zur Detailberatung des Mitberichts der Bildungs- und Kulturkommission. Globalbudget Museum, hier hätte die Präsidentin der BKK das Wort. Auch sie verzichtet. Auch sonst habe ich keine Wortmeldungen eingetragen.

Wir kommen damit zum Grossratsbeschluss zur Jahresrechnung 2025 und zur Schlussabstimmung über die Jahresrechnung. Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, die Jahresrechnung 2025 des Kantons Basel-Stadt, bestehend aus der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung sowie der Bilanz per Ende letzten Jahres zu genehmigen. Die Geldflussrechnung, der Eigenkapitalnachweis und der Anhang zur Jahresrechnung werden ebenfalls genehmigt. Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Antrag zustimmt und die Jahresrechnung 2025 genehmigt, stimmt JA, wer die Genehmigung ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009201, 24.06.26 11:36:43]

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zur Jahresrechnung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben die Jahresrechnung 2025 mit 92 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung genehmigt.

9. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2025 des Regierungsrats

[24.06.26 11:36:59, 26.5189.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Geschäftsprüfungskommission beantragt, die Jahresberichte des Regierungsrates, des Gerichtsrates und der Gerichte zu genehmigen. Ausserdem beantragt sie, ihre Empfehlungen und Erwartungen zu den vorliegenden Berichten in zustimmendem Sinne zur Kenntnis zu nehmen und ihren Bericht zu genehmigen. Die Sachkommissionen des Grossen Rates haben auf eine schriftliche Stellungnahme zum Jahresbericht verzichtet. Ich gebe Ihnen bekannt, wie wir bei diesem Geschäft vorangehen.

Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht der GPK und den Jahresbericht, in welcher zunächst der Präsident der Geschäftsprüfungskommission das Wort erhält. Anschliessend sprechen die Präsidien allfälliger Sachkommissionen, sofern sie das Wort wünschen. Dann erhalten der Vertreter des Regierungsrats, also der Regierungspräsident, und der Vorsitzende des Gerichtsrates das Wort, anschliessend die Fraktionen je maximal 10 Minuten und die Einzelvotierenden je maximal 5 Minuten. Das erste Schlusswort zum Eintreten hat der Vorsitzende des Gerichtsrates, das zweite der Regierungspräsident und das ultimative Schlusswort wieder der Präsident der Geschäftsprüfungskommission. Nach dem



Eintreten folgt eine departementsweise Detailberatung. Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Grossratsbeschlusses auf Seite 63 des Berichts der GPK und die Schlussabstimmung.

Gibt es zu diesem Ablauf Wortmeldungen? Der Grosse Rat beschliesst stillschweigend, wie vom Präsidenten vorgeschlagen, vorzugehen. Das Wort hat nun der Präsident der GPK Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Auch in diesem Jahr präsentieren wir Ihnen unseren Rechenschaftsbericht sowie unseren Bericht zum Jahresbericht des Regierungsrates. Der Rechenschaftsbericht, also der erste Teil unseres Berichtes, ist kürzer ausgefallen als sonst, denn wir waren stark mit der Erarbeitung von zwei Spezialberichten beschäftigt und haben darüber nun separat berichtet. Dafür war die Auseinandersetzung mit dem Jahresbericht dieses Mal besonders ergiebig und die GPK hat insgesamt 36 Feststellungen, 55 Empfehlungen und 18 Forderungen an den Regierungsrat formuliert. Keine Sorge, ich werde jetzt nicht jeden einzelnen dieser 109 Punkte erläutern, zwar besteht in diesem hohen Hause kein Risiko, dass die Decke uns auf den Kopf fällt, aber da ich nun alleine noch zwischen Ihnen und der Mittagspause stehe, erscheint es mir ratsam, relativ prägnant zu sein und ich versuche um 12 Uhr fertig zu sein. Sie haben unseren Bericht und die Medienberichte dazu auch lesen können.

Hinzu kommt, dass unsere Feststellungen, Empfehlungen und Forderungen jeweils auch vom Regierungsrat und den betroffenen Verwaltungseinheiten meist sorgfältig geprüft werden. Wir erhalten als GPK zu den Ergebnissen dieser Prüfung jeweils ein paar Monate nach der Publikation unseres Berichtes ein ausführliches Schreiben. Meine Aufgabe, Ihnen unseren Bericht vorzustellen, verstehe ich in diesem Kontext so, dass ich bei meinen Ausführungen auf einige besonders wichtige Feststellungen eingehen werde.

Zuallererst zum Legislaturplan des Regierungsrates 2025 bis 2029: Wir waren verärgert, als wir diesen zur Kenntnis genommen haben. Er widersprach unserer klar und deutlich formulierten Erwartungshaltung. Der Legislaturplan ist gerade mal elf Seiten lang und ist voll mit schönen Fotos von Zielen. Ob und wie der Regierungsrat diese erreicht oder nicht, war wenig zu sehen, von quantitativ messbaren Zielen gar nichts. Immerhin hat der Regierungsrat auf unsere Nachfrage hin seine konkreten Massnahmepakete zu diesem Legislaturplan publik gemacht, was ein gewisses Controlling ermöglicht. Diese Massnahmepakete finden Sie im Anhang unseres Berichtes.

Diesbezüglich sind unsere Forderungen als GPK sehr klar. Diese Massnahmepakete sollen in Zukunft mit dem Legislaturplan publik gemacht werden. Nach wie vor ein Anliegen wären uns klare, messbare Ziele und damit verbunden eine Kultur, in der der Regierungsrat als Ganzes wie auch die sieben Departementsvorsteherinnen und Departementsvorsteher sich öffentlich zu Beginn einer Legislatur klare Ziele geben und dann Rechenschaft ablegen über getroffene Massnahmen sowie ihre Handlungen im Umgang auch mit überraschenden Komplikationen und Problemen. Es gibt also Fortschritte, wir sind aber noch nicht am gewünschten Punkt. Ich erlaube mir an dieser Stelle auch ein Appell an uns alle hier, messen wir Regierungsrätinnen, Regierungsräte und Verwaltungseinheiten nicht einfach nur in performativen Fähigkeiten und ihren Fehlern und Schwächen, sondern auch daran, wie klar ihre Ziele sind, wie sie diese verfolgen und wie viel sie letztlich im Interesse unseres Kantons bewegen.

Ein zweites Schwerpunktthema unseres Berichtes ist die organisierte Kriminalität und konkret die Geldwäscherei im Zusammenhang mit sogenannten Fassadenbetrieben. Gemeint sind damit Unternehmen, die einen wesentlichen Teil ihrer Einnahmen nicht mit ihrer offiziellen Geschäftstätigkeit erzielen. Aufgrund von Medienberichten, eigener Beobachtung und diverser Rückmeldungen aus der Bevölkerung kamen wir zum Eindruck, dass es in Basel mutmasslich viele solche Betriebe gibt. Dafür gibt es klassische Beispiele wie Barbershops, Nagelstudios, Shisha-Bars und Cafés mit geringem Umsatz, dabei ist aber auch klar, bei weitem nicht jeder Betrieb der genannten Sorte in den genannten Branchen macht wenig Umsatz und betreibt Geldwäscherei, und es findet mit Sicherheit auch Geldwäscherei durch Geschäfte statt, bei denen man dies nicht unbedingt auf den ersten Blick vermuten würde.

Auf jeden Fall haben wir der Staatsanwaltschaft hierzu einige Fragen und Rückfragen zukommen lassen. Erschreckend war aus unserer Sicht, dass nach Aussagen der Staatsanwaltschaft aufgrund von Hinweisen aus der Kantonspolizei im letzten Jahr kein einziges Verfahren gegen einen sogenannten Fassadenbetrieb eröffnet worden ist. Die einzigen Verfahren, die die Staatsanwaltschaft im letzten und diesem Jahr wegen Geldwäscherei verfolgt hat, stehen im Zusammenhang mit Widerhandlungen gegen das Geldspielgesetz. Zuletzt hat die Staatsanwaltschaft am 28. Mai dieses Jahres gemeinsam mit der Kantonspolizei im Kanton Basel-Stadt eine grössere, konzentrierte Aktion wegen Verdachts auf gewerbs- und bandenmässige Widerhandlungen gegen das Geldspielgesetz sowie auf gewerbs- und bandenmässige Geldwäscherei durchgeführt.

Aber von Geldwäscherei im Zusammenhang mit Fassadenbetrieben war nirgends die Rede. Wir wollen hier nicht entweder der Kantonspolizei oder der Staatsanwaltschaft den schwarzen Peter verteilen, wir erwarten einfach, dass man diese Problematik gemeinsam angeht, auch im Zusammenhang mit anderen in diesem Kontext wichtigen Akteuren wie zum Beispiel mit bestimmten Abteilungen der Steuerverwaltung oder dem Amt für Wirtschaft und Arbeit. Wichtig ist uns dies auch,



weil mit der Geldwäscherei auch andere Formen der organisierten Kriminalität sowie auch der kleinen Kriminalität oft verbunden sind.

Zur Staatsanwaltschaft haben wir in unserem diesjährigen Bericht auch noch einige weitere Empfehlungen formuliert. So empfehlen wir im Rahmen der neuen Geschäftsverwaltung ein Kennzahlensystem einzuführen, das eine parlamentarische Wirkungskontrolle der eingesetzten Ressourcen ermöglicht. Dass nicht schon längst ein solches Kennzahlensystem besteht, hat uns ein wenig irritiert. Wir empfehlen zudem, die Schaffung eines regionalen Kompetenzzentrums für die digitale Forensik zu prüfen und wir fordern auch ein, im Rahmen der sogenannten Reorganisation der Staatsanwaltschaft, kurz REOS, die Aufsichtskommission der Staatsanwaltschaft in ihren Mitteln und Ressourcen zu stärken.

Etwas, das bei unserem Bericht sichtbar auch ins Auge sticht, sind die Zahlen zum externen Personal, das bei IT BS tätig ist. Ausgehend von Budgetüberschreitungen bei IT BS haben unsere Nachfragen ergeben, dass im vergangenen Jahr insgesamt 172 Externe bei IT BS gearbeitet haben, das waren 41 mehr als im Vorjahr, von diesen 172 waren 100 im Rahmen von Projekten im Einsatz und 72 im operativen Betrieb. Das heisst, diese 72 waren ausschliesslich für IT BS tätig. Die 100 Projektangestellten sind schon auch sehr viel, aber diese bereiten uns insofern weniger Sorgen, als es ganz offensichtlich branchenüblich ist, dass bei Projekten viele Externe zum Zug kommen. Sinnvollerweise sind das oft Leute, die bereits an ähnlichen Projekten in anderen Gebietskörperschaften beteiligt waren. Die 72 im operativen Betrieb tätigen, werfen aber grundsätzliche Fragen auf und das bringt auch Herausforderungen mit sich. Diese haben wir in unserem Bericht klar aufgelistet. Zu nennen sind die mögliche Umgehung des Personalgesetzes und des Lohngesetzes, die Gewährleistung des Know-how-Transfers, das verstärkte Risiko von Interessenkonflikten der externen Fachpersonen, die langfristige Abhängigkeit des Kantons im operativen Betrieb von Externen und auch grundsätzlich Fragen zur Wettbewerbsfähigkeit des Kantons als Arbeitgeber in der IT. Wir empfehlen daher eine grundsätzliche Überprüfung der externen Dienstleistungen bei IT BS. Die von uns wesentlich mit angestossene Zentralisierung der IT unterstützen wir weiterhin explizit. Bei diesem notwendigen Prozess ist aber sehr wichtig, die Nutzerdepartemente und ihre IT-Abteilung frühzeitig in die Projektplanungen einzubeziehen. Wir erwarten zudem eine regelmässige Berichterstattung über den Projektfortschritt.

Bei der IT bereiten uns zudem Fragen der Systemstabilität Sorgen. Ich habe jetzt auch persönlich nach der Publikation unseres Berichts einige Meldungen bekommen, von Verwaltungseinheiten, bei denen es immer wieder vorkommt, dass sie längere Zeit nicht arbeiten können, zum Teil tagelang, weil gewisse IT-Funktionen nicht funktionieren. Es ist schwierig zu sagen, wer da zuständig ist, aber das wirft doch auch grundsätzliche Fragen auf.

Ins Auge gesprungen ist uns bei der Lektüre des Regierungsrates der Rückgang der Steuererträge bei den natürlichen Personen. Da wir aus der Bevölkerung recht viele Meldungen über stark verspätete Steuerveranlagungen hatten, haben wir uns die Frage gestellt, ob dieser Rückgang auch damit in Zusammenhang steht. Hauptgrund für den Rückgang sind die Auswirkungen der Steuersenkung, die wir hier im Grossen Rat und die Basler Bevölkerung beschlossen haben, und ein Einmaleffekt bei den Quellensteuern hier ansässiger Personen. Daneben ist es aber tatsächlich so, dass nach Aussagen des Finanzdepartements ein bestimmter Rückstand bei den Steuerveranlagungen von ca. zwei bis drei Monaten besteht. Die Verspätungen bewegen sich in einem rechtskonformen Rahmen, trotzdem wirkt es ärgerlich, wenn 23% der eingegangenen Veranlagungen für das Steuerjahr 2024 per Ende März 2026 noch nicht veranlagt wurden, auch wenn natürlich manche der noch nicht veranlagten erst im September 2025 ihre Steuererklärung eingereicht haben.

Klar ist, die Umstellung auf die Individualbesteuerung wird bei der Steuerverwaltung zumindest einmalig zu sehr viel Zusatzaufwand führen. Deswegen ist wichtig, dass der Rückstand bei den Steuerveranlagungen bis dahin möglichst vollständig abgebaut worden ist. Um dieses Ziel zu erreichen, empfehlen wir als GPK verstärkte Massnahmen wie automatische Veranlagung oder das vermehrte Ausnutzen der vielfältigen Möglichkeit der eingesetzten Software NEST.

Beim Erziehungsdepartement ging es uns dieses Mal schwergewichtig um den Hitzeschutz und die Gesundheitssituation der Lehrpersonen. Die Zahl der Hitzetage hat in den letzten Jahren zugenommen. Dies beeinträchtigt nachweislich die Leistungsfähigkeit von Schüler:innen wie auch von Lehrpersonen. Das gilt ganz besonders dann, wenn die baulichen Gegebenheiten besonders ungünstig sind. Dem Hitzeschutz und den notwendigen baulichen Anpassungsmassnahmen an die Klimaerwärmung wurde und wird zu wenig Gewicht beigemessen. Es braucht aus unserer Sicht wirksame Massnahmen, die nicht zu einer Mehrbelastung von Lehrkörpern und Schulhausleitungen führen. Bei möglichen kurzfristigen Massnahmen, wie zum Beispiel dem Einbau von Ventilatoren in besonders betroffenen Schulzimmern, ist allein das Erziehungsdepartement in der Pflicht, in Bezug auf grössere bauliche Massnahmen, also wir denken dabei an Kühlsysteme und sanfte Formen der Klimatisierung, braucht es im Rahmen des Drei-Rollen-Modells auch eine interdepartementale Zusammenarbeit und das aktive Mitwirken des Bau- und Verkehrsdepartements sowie von Immobilien Basel-Stadt im Finanzdepartement.

Aufgrund zahlreicher Rückmeldungen aus der öffentlichen Verwaltung nach Publikation unseres Berichtes möchte ich mir hier auch eine persönliche Bemerkung erlauben. Nicht nur bei den Schulen besteht Anpassungsbedarf an die Klimaerwärmung und beim Hitzeschutz. Auch bei Erwachsenen wirkt die grosse Hitze belastend und deutlich leistungsmindernd, zumindest müsste man in den nächsten Jahren systematisch Räumlichkeiten anschauen, in denen es besonders heiss werden kann.



Alarmierend sind, und darauf hat auch schon die Finanzkommission in ihrem Bericht zu Recht hingewiesen, die vielen krankheitsbedingten Absenzen von Lehrpersonen. Die Ursachen für dieses Phänomen sind noch nicht hinreichend klar. Als GPK empfehlen wir mit Unterstützung der Sozialpartner und mittels einer anonymisierten Befragung der Lehrpersonen zu eruieren, wo die besonderen Belastungen für die Lehrpersonen liegen und wie sie entschärft werden können.

Bei den Gerichten haben wir uns dieses Jahr insbesondere mit dem FU sowie dem Jugendgericht beschäftigt. Wir verhehlen nicht, dass es im Berichtsjahr zwischen dem Gerichtsrat und dem Jugendgericht zu Friktionen gekommen ist und ein gewisses Misstrauen entstanden ist, ohne hier auf die Einzelheiten eingehen zu wollen. Auf jeden Fall empfehlen wir, die institutionelle Einbindung von FU und Jugendgerichten im Gerichtsrat im Rahmen der geltenden Bestimmung zu überprüfen, damit diese trotz ihrer geringen Grösse angemessen an Entscheidungen des Gerichtsrats partizipieren können. Ferner hält die GPK eine stärkere organisatorische Anbindung des Jugendgerichts an das Strafgericht für eine Option zur Bewältigung der Herausforderungen im Gerichtsbetrieb.

Zuletzt ist es mir nun ein Anliegen, dem Regierungsrat, dem Gerichtsrat sowie der öffentlichen Verwaltung für die meist sehr angenehme und stets sehr konstruktive Zusammenarbeit zu danken. Ein Dank gilt auch den Kleeblattdiensten, also neben unserem Parlamentsdienst der Ombudsstelle, der Finanzkontrolle und der Datenschutzbeauftragten. Alle sind für uns wichtige Partnerinnen und Partner, die sehr gute Arbeit leisten und mit denen wir eng und gut zusammenarbeiten. Ein Dank gilt schliesslich auch meinen 12 Kommissionskolleginnen und -kollegen für die grosse Arbeit, die sie im letzten Jahr einzeln und im Team geleistet haben. Das war ein Bravourritt mit diesen zwei Spezialberichten und jetzt dem Jahresbericht. Es haben uns schon einige langjährige Kommissionsmitglieder und wichtige Stützende der GPK verlassen, zwei weitere werden es nach den Sommerferien auch noch tun. Trotzdem sind und bleiben wir auch in Bezug auf unsere eigene Kommissionsarbeit zuversichtlich und das hat viel zu tun mit einer Person, der ich im Namen aller Mitglieder der GPK auch an dieser Stelle und im ganzen Plenum unseren ausdrücklichen Dank aussprechen möchte, unserer absolut herausragenden Kommissionssekretärin Kathrin Pavic.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Mit dem Dank möchte ich auch gerne weiterfahren bzw. ihn auch erwidern. Der Regierungsrat dankt ausdrücklich der Geschäftsprüfungskommission für den Bericht und für die grosse Arbeit im vergangenen Jahr. Wir haben gelesen, 78 ordentliche Sitzungen mit 16 Anhörungen, das ist eine grosse Arbeit für ein Milizamt und ich glaube, das verdient wirklich höchsten Respekt, dass Sie diese Arbeit leisten.

Der Regierungsrat freut sich, dass die GPK in ihrem Bericht ihm überwiegend gute Arbeit bescheinigt, vor allem natürlich auch den vielen Mitarbeitenden in der Verwaltung, auch dafür möchte ich danken. Zum andern danke ich auch für die kritischen Feststellungen und die Empfehlungen der GPK, für die Hinweise, wo wir uns verbessern können und verbessern müssen, wir sind bereit, natürlich aus diesen Hinweisen und Erkenntnissen zu lernen und Empfehlungen zu prüfen und dann auch umzusetzen.

Die GPK gibt uns auch in diesem Jahr Anregungen, konkret sind es 36 Feststellungen, 55 Empfehlungen und 18 Forderungen. Ich kann jetzt in diesem einleitenden Votum nicht auf alle diese Hinweise eingehen, das ist auch jetzt nicht der Zeitpunkt, der Regierungsrat wird das ja schriftlich dann machen im September. Ich möchte auf drei Punkte eingehen, die die GPK in ihrer Medienmitteilung auch speziell hervorgehoben hat und die der Präsident in seinem Votum jetzt auch nochmals beleuchtet hat.

Zunächst zum Legislaturplan 2025 bis 2029. Zu diesem Thema steht der Regierungsrat in einem konstanten Austausch mit der GPK und die GPK hat zuletzt mehrfach moniert, dass eben Ziele im Legislaturplan zu wenig verbindlich formuliert seien und es zu wenig messbare Indikatoren gebe. Nun hat der Regierungsrat im neuen Legislaturplan durchaus konkrete Massnahmenpakete definiert. Der Regierungsrat stellt fest, dass die GPK dies ja auch begrüsst, er stellt auch fest allerdings, dass die GPK irritiert war über die Gestaltung, über die Verkürzung des Legislaturplans. Und um hier einem möglichen Missverständnis vorzubeugen: Der Regierungsrat hat seinen ausführlichen Legislaturplan mit den konkret formulierten Massnahmenpaketen von Beginn an online publiziert. Im Unterschied zu den letzten Jahren verzichten wir aber neu auf eine Printpublikation des ganzen Dokuments in der langen Version. Das ganze Dokument ist also nur noch online publiziert und in der Printform gibt es eben diese Kurzfassung. Klar, das Ziel ist damit auch, Ressourcen zu schonen. Wir werden auch weiterhin unsere konkreten Massnahmenpakete publizieren, so wie die GPK das zu Recht von uns erwartet, so eben, dass der GPK auch ein Controlling darüber möglich ist, wie wir seitens Regierungsrat, seitens Verwaltung unsere Ziele erreichen.

Dann zu einem weiteren Thema, das die GPK in ihrem Bericht aufgreift und das ja auch jetzt in der Debatte zum Rechnungsbericht der Finanzkommission schon thematisiert wurde, nämlich zum Gesundheitsschutz an den Schulen. Konkret geht es um die Zahl von Krankheitstagen bei Lehrpersonen und um den Hitzeschutz an den Schulen. Zunächst zum Hitzeschutz. Das Thema ist virulent und in diesen Tagen natürlich nochmals besonders stark bewusst. Und auch wenn wir nun vor den grossen Sommerferien stehen und das Entlastung an den Schulen bringt, ist das Problem damit



selbstverständlich nicht gelöst. Aktuell setzt der Kanton verschiedene Massnahmen um, mit denen die Hitze in den Schulzimmern im Sommer reduziert werden soll. So wird neu während besonders heissen Phasen an den Mittel- und Berufsschulen sowie an zwei Sekundarschulen nachts und frühmorgens systematisch gelüftet. Dann testen wir während der Sommerferien an verschiedenen Schulstandorten, was mit Anpassungen an bestehenden Lüftungsanlagen erreicht werden kann, auch die Wirkung von Deckenventilatoren wird geprüft. Da ist also einiges schon im Gang im Sinne von kurzfristigen Massnahmen, langfristigen Massnahmen natürlich sind dann auch zu ergreifen.

Zur Anzahl von Krankheitstagen von Lehrpersonen: Dem Regierungsrat ist die steigende Zahl von Krankheitstagen von Lehrpersonen sehr bewusst. Diese Entwicklung bereitet auch uns Sorgen. In einem ersten Schritt soll eine Umfrage nun zeigen, was zu diesen Krankheitsfällen führt und die Analyse dieser Ergebnisse soll dann ermöglichen, zielgerichtete Massnahmen zu entwickeln.

Und drittens schliesslich noch zu einem Thema aus dem IT-Bereich, das die GPK in ihrem Jahresbericht aufgreift, in der Medienmitteilung erwähnt und jetzt auch der Präsident der GPK nochmals mündlich aufgegriffen hat. Es geht um die Anzahl externer Mitarbeitenden bei IT BS. Hier empfiehlt ja die GPK, die externen Dienstleistungen zu überprüfen. Tatsächlich ist es so, dass IT BS im letzten Jahr auf die Expertise von mehr externen Mitarbeitenden zurückgegriffen hat als im Vorjahr. Dies ist mit Grossprojekten zu erklären, die derzeit umgesetzt werden. Dazu zählt vor allem Infra 21 Plus, das ist die Modernisierung der gesamten Informatikbasisstruktur. Projekte dieser Art fordern vorübergehend einen grossen Einsatz von Fachleuten. Wir haben aber auch gehört, es geht der GPK nicht nur um die projektbezogenen externen Mitarbeitenden. Entsprechend nehmen wir die Empfehlung ernst und werden das Ausmass der externen Dienstleistungen gezielt prüfen.

Wie schon gesagt, wird sich der Regierungsrat gegenüber der GPK wie üblich dann im Herbst ausführlich und schriftlich zu allen Empfehlungen äussern. Bis zum kommenden Frühjahr wird der Regierungsrat gegenüber der GPK eine Standortbestimmung vornehmen und festhalten, wo wir bei der Umsetzung der Empfehlung stehen. Mit nochmaligem Dank an die grosse Arbeit der GPK freue ich mich jetzt auf die Debatte.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Da es bereits 12 Uhr ist, schliesse ich die Sitzung jetzt und wir fahren um 15 Uhr weiter. Ich habe die Rednerliste aufgenommen, all jene, die bereits das Kärtchen herausgezogen haben, sind selbstverständlich nicht mehr auf der Rednerliste, aber ich habe es bereits vorab notiert.

Schluss der 21. Sitzung

12:01 Uhr



Protokoll

der 22. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 24. Juni 2026, um 15:00 Uhr

Vorsitz: *Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Textfassung

Abwesende: *Raffaela Hanauer (Grüne/Jgb), Lea Wirz (Grüne/Jgb), Lorenz Amiet (SVP), Fleur Weibel (Grüne/Jgb).*

Verhandlungsgegenstände:

9.	Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2025 des Regierungsrats	2
10.	Kantonale Volksinitiative "50 Meter Hallenbad für Basel! - JETZT!" - Antrag auf Fristverlängerung, Bericht der JSSK.....	18
11.	Stand und Entwicklung der Immissionen nichtionisierender Strahlung (NIS) im Jahr 2023; Jährliche Berichterstattung an den Grossen Rat gemäss § 19b Umweltschutzgesetz Basel-Stadt (USG BS), Bericht des RR	21
12.	Umsetzung von mobilen Elementen zur Freiraumverbesserung auf der Rosentalanlage und im Rosentalquartier, Ausgabenbericht des RR	22
13.	Durchführung eines Wettbewerbs zur Sanierung und Neugestaltung der Rosentalanlage und die Weiterbearbeitung des Siegerprojekts, Ausgabenbericht des RR	30
14.	Petition P485 "Fernwärme auch für Grossbasel-West", Bericht der PetKo	32
15.	Petition P499 "Höhere Kinderabzüge Jetzt!", Bericht der PetKo.....	33



Beginn der 22. Sitzung

Mittwoch, 24. Juni 2026, 15:00 Uhr

9. Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2025 des Regierungsrats

[24.06.26 15:00:15, 26.5189.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zu unserer Nachmittagssitzung und erinnere Sie gerne daran, dass Sie noch das Kärtli einstecken.

Wir fahren fort mit Traktandum 9. Die Rednerliste ist wie folgt, wir kommen jetzt zum Gerichtsrat. Herr Wullschleger hat das Wort.

Stephan Wullschleger: Auch von meiner Seite her besten Dank für den konstruktiven Dialog mit der GPK. Zu beiden Empfehlungen und zur Feststellung werden wir uns ebenfalls schriftlich vernehmen lassen. Zum Thema Einbindung des Jugendgerichts, da liegt mir doch daran, etwas klarzustellen. Es ergibt den Eindruck, als sei das eine Initiative des Jugendgerichts gewesen, das war es nicht. Das Jugendgericht ist nie mit diesem Anliegen an den Gerichtsrat gelangt, es war vielmehr das FU-Gericht, das diese Trennung gewünscht hat und wir haben das dann sofort aufgenommen und eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die bereits Ergebnisse hat und das Anliegen ist am Laufen. Das Strafgericht ist bereits daran, Konzepte, auch räumliche Konzepte, obwohl sie keinen Platz haben, zu erarbeiten, damit das verfolgt werden kann. Einfach damit nicht der Eindruck entsteht, wir haben da irgendetwas, das das Jugendgericht schon lange gewollt hätte, nicht gemacht. Das Gegenteil ist wahr.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Bevor wir jetzt fortfahren mit den Fraktionssprechenden, begrüsse ich auf der Tribüne eine 9. Klasse der Sekundarschule Allschwil mit Lehrperson Kira Hafner. Die Klasse konnte sich vorher bereits mit Jo Vergeat austauschen. Schön, interessiert ihr euch für die Basler Politik.

Wir kommen nun zu den Fraktionssprechenden, Lukas Faesch für die LDP.

Lukas Faesch (LDP): Die LDP-Fraktion folgt allen Anträgen der GPK und wird den vorliegenden Jahresbericht vorbehaltlos genehmigen. Die GPK hat in 78 Sitzungen, 16 Hearings und unzähligen Nachfragen das staatliche Handeln im Berichtsjahr überprüft. Dazu kommen zwei überaus anspruchsvolle Spezialberichte zur Polizei und zum BGI. Das Resultat ist quantitativ und qualitativ eindrucklich. Die LDP anerkennt diese Leistung ausdrücklich und verbindet dies mit dem herzlichen Dank an die GPK für diese grosse und wertvolle Arbeit. Mein spezieller persönlicher Dank als Mitglied der GPK geht an unsere unermüdliche Kommissionssekretärin, Frau Dr. Kathrin Pavic, ohne ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihren riesigen Aufwand wäre das vorliegende Resultat nicht möglich gewesen. Dieser fundierte und sorgfältige Jahresbericht der GPK ist für die LDP Spiegel und Richtschnur zur Beurteilung staatlichen Handelns. Die LDP steht hinter den Feststellungen, Empfehlungen und Erwartungen der GPK und erwartet auch, dass diese vom Kanton aufgenommen bzw. umgesetzt werden.

Dieses Jahr gibt es nach Ansicht der LDP-Fraktion keinen richtigen Hauptknaller und so möchte ich im Folgenden nicht die grossen Fragestellungen beleuchten, sondern kleinere Feststellungen aufnehmen, sozusagen als Mümpfeli, die das Wirken unserer Verwaltung durchaus treffend charakterisieren, im Positiven wie auch im Negativen. Ich werde also die Dauersorge über die unkoordinierte Silo-gefangene IT-Politik unserer Regierung nicht weiter beleuchten, auch nicht auf die besorgniserregende hohe Anzahl von 172 externen Mitarbeitenden bei IT Basel, was ja bekanntlich arbeitsrechtliche Fragen, Sicherheitsfragen, Knowhow-Transferfragen, Abhängigkeitsfragen etc. aufwirft.

Ich werde mich auch zur Problematik der Geheimhaltung des kantonalen Risikoberichtes nicht äussern, denn mit allem Verständnis für den Schutzbedarf dieser Erkenntnisse, wie soll dann eine politische Diskussion bzw. eine Auseinandersetzung mit diesen wichtigen Fragen stattfinden, wenn der gesamte Bericht geheim ist? Auch auf die peinliche E-Voting-Panne und die weiteren Missgeschicke bei Urnengängen werde ich nicht weiter eingehen, aber hier besteht mit



Sicherheit Handlungsbedarf und die LDP wird das genau verfolgen. Und auch die mangelnde Zusammenarbeit zwischen ED, BVD und IBS bei der Bekämpfung der Hitzebelastung in Schulhäusern soll unerwähnt bleiben, aber ist ein grosses Problem.

Also kommen wir zu den Mümpfeli. Im WSU führte eine technische Panne dazu, dass es beim Stromsparbonus versehentlich zu 9'000 Doppelzahlungen kam, was immerhin fast eine Million Franken ausmachte. Die glücklichen, doppelt bedachten Haushalte erhielten die Möglichkeit, den zu viel erhaltenen Betrag zurückzuzahlen oder im nächsten Jahr anrechnen zu lassen. Infolge Wegzuges aus dem Kanton resultiert immerhin noch ein geschätzter Schaden von nur noch 58'000 Franken. Das ist eine gute Geschichte, aber auch mit gutem Ausgang.

Beim Präsidialdepartement gab der Umzug in die ehemalige Hauptpost viel Redestoff. Die internen Mietkosten belaufen sich neu auf 815'000 Franken und sind lediglich 35'000 Franken höher als die bisherigen Kosten. Wenn man bedenkt, dass bisher die fünf Fachabteilungen des Präsidialdepartementes an vier Standorten verteilt waren, werden diese kleinen Mehrkosten mit Sicherheit durch bedeutende kostenrelevante Synergieeffekte mehr als wettgemacht. Diese Rechnung geht auf.

Trotz dem kürzlich revidierten Gleichstellungsgesetz und dem vom Regierungsrat klar formulierten Ziel, die Vielfalt nach aussen, aber auch intern zu fördern und vorzuleben, arbeiteten im Berichtszeitpunkt auf der Fachstelle 17 Frauen, ein Mann und eine nonbinäre Person, was ein eklatantes Ungleichgewicht darstellt. Das ist nicht das, was sich die LDP vorgestellt hat.

Gemäss Behindertengesetz sollte die autonome Benutzung des öffentlichen Verkehrs von Menschen mit Behinderung bis 2023 abgeschlossen sein. Von den vom Grossen Rat bewilligten Ausgaben von über 30 Mio. Franken wurden bis Ende 2025 19.9 Mio. Franken ausgeschöpft, der Rest soll 2028 aufgebraucht sein. Das BVD schätzt nun den Gesamtaufwand für die Umsetzung aller Massnahmen neu auf 50 bis 60 Millionen und eine Umsetzung erst in den späten 2030er-Jahren. Das ist satt daneben kalkuliert und wer verspricht uns, dass das nicht noch viel teurer kommt.

Beim GD fällt die nach wie vor fehlende Akzeptanz des elektronischen Patientendossiers auf. Lediglich 1.2% unserer Bevölkerung nutzt diese Möglichkeit. Da ist noch viel Luft nach oben.

Dass im Zusammenhang mit dem neuen Standort des FD an der Viaduktstrasse trotz massiver Wohnungsnot in der Stadt nicht einmal geprüft wurde, ob eine Umnutzung des alten Standortes am Fischmarkt in eine Wohnliegenschaft möglich ist, ist für die LDP mehr als bedenklich.

Und zu guter Letzt gibt es bei der Stawa in der Strafbefehlsabteilung eine Erledigungspraxis, die, gelinde gesagt, staatsrechtlich bedenklich ist. Gemäss Artikel 352a Strafprozessordnung wäre die Stawa verpflichtet, zwingend eine Einvernahme der beschuldigten Person durchzuführen, wenn zu erwarten ist, dass ein Strafbefehl eine unbedingte Freiheitsstrafe zur Folge haben wird. Aus Kapazitätsgründen wird aber nur in einem Viertel dieser Fälle die vorgeschriebene Einvernahme durchgeführt, während in allen anderen Fällen praktisch zur Umgehung der Strafprozessordnung unbedingte Geldstrafen verhängt werden, die dann früher oder später wegen Nichtbezahlung in eine Ersatzfreiheitsstrafe umgewandelt werden. Diese Praxis ist inakzeptabel und wird von der Aufsichtsbehörde über die Stawa zu Recht als rechtswidrig bezeichnet.

Ich bedanke mich noch einmal bei der GPK für die wertvolle, unverzichtbare Arbeit und die LDP wird allen Anträgen folgen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb dankt dem Gerichtsrat und dem Regierungsrat, allen Angestellten der kantonalen Verwaltung und der ausgelagerten Betriebe sowie den Mitgliedern der Kleeblattorganisationen. Sie alle vollbrachten für unseren Kanton auch im letzten Jahr wahre Herkulestaten. Schauen wir uns einige dieser Taten oder auch Untätigkeiten an.

Wenn wir uns im Erziehungsdepartement die Situation der Lehrpersonen anschauen, so müssen wir denken, dass diese sich wie der Nemeische Löwe fühlen. Sie ringen um Luft. Seit Jahren nimmt die Zahl der Krankheitsausfälle an den Basler Schulen zu und das Departement weiss nicht, wie es dazu kommt, so dass die GPK empfehlen muss, dass zuerst mal Zahlen her müssen. Die horrenden Kosten und das System der Stellvertretungen wurden an anderer Stelle schon im Rat diskutiert.

Besonders besorgniserregend ist aber eine andere Untat des Erziehungsdepartements, denn obwohl seit langem bekannt ist, dass die Hitzebelastung an Schulen, vor allem auch vor den Sommerferien ein Problem ist, wurde das Thema über Jahre zu wenig energisch angegangen. Und so wünschte sich wohl manche Lehrperson und manche Schülerin und mancher Schüler, sie wäre der erymanthische Eber und würde irgendwo in den Schnee getrieben, fernab der heissen Klassenzimmer.

Apropos getrieben, wahrscheinlich so manche steuerzahlende Person fühlt sich in Basel-Stadt wie die Kerynitischen Hirschkuh. Da gibt sich eine Person die Mühe und reicht möglichst bald im März die Steuererklärung ein, so muss sie doch



nicht selten ein Jahr lang oder mehr sich gedulden und abwarten, ob zwar nicht ein Pfeil, aber doch wenigstens endlich die Steuerveranlagung im Briefkasten eintrifft.

Wer sich noch tiefer in das Finanzdepartement wagt, wird bald einer inzwischen 172-köpfigen Hydra begegnen. So viele externe Fachleute stehen bei diesem Departement unter Vertrag, eine Zahl, die in den letzten Jahren stark gestiegen ist. 72 Köpfe sind sogar nicht ersetzbar, weil sie im operativen Bereich oder fast ausschliesslich für den Kanton arbeiten. Das wirft doch einige Fragen auf bezüglich Knowhow-Sicherung, der Rolle des Personalgesetzes, der Wettbewerbsfähigkeit, aber auch der Abhängigkeit.

Vielleicht auch deshalb hat sich die Departementsvorsteherin einen neuen Wachhund angeschafft. Der Zerberos mit Namen Microsoft 365 soll den Kanton besser vor Angriffen schützen. Während aber Herkules eine Exitstrategie aus dem Hades hatte für den Höllenhund, fehlte das strategische Fundament hier und wie die Finanzkommission schon bemerkte, wird sich wohl bald auch die Kostenfrage stellen. Die digitale Versorgung ist eine Kernaufgabe des Staates und die GPK stellt sich hier die Frage, warum nicht mehr mit Bundes- oder anderen kantonalen Behörden Lösungen gesucht werden, um gemeinsam die Souveränität aufrechtzuerhalten.

Und wenn wir hier schon bei diesen Lösungen und Bändigten sind, so hoffen wir doch alle, dass irgendwann auch die Dienststellen des BVD gebändigt werden, dass all die Infrastruktur, Gebäude und alles andere, das sie planen und bauen sollten, dass wir als Parlament oder die Regierung in Auftrag gegeben hat. Das ist keine leichte Aufgabe. Bei der Behindertengleichstellung glaubten wir über Jahre immer wieder, dieser kretische Stier sei gebändigt, aber doch kommt es immer wieder zu Verzögerungen, zu Mehrkosten und deren Gründe sind Legion.

In völlig anderen Sphären ist dagegen das Präsidialdepartement. Wir wissen zwar nicht, was Lumo war, vielleicht ein Stymphalischer Vogel, denn das PD gefällt sich oft mit hochfliegenden Ideen, vielfliegenden Beamten und Magistraten, so dass es tatsächlich vielleicht auch Sinn ergibt, wenn sich das PD ein Rooftop als Horst einrichtet. Ob es weitere solche Horste braucht, stellen wir als Fraktion in Frage. Der Departementsvorsteher, statt sich um das Klima zu kümmern, repräsentiert sehr gerne, aber die repräsentativen Räume wie das Wildt'sche Haus sind eigentlich Leerstände, bei welchen wir uns als Fraktion fragen, ob hier auch das Fair Pay gilt.

Da ist die Börse schon etwas ehrlicher, wenn es um akkurate Preisbildung geht, und das merkt man auch beim WSU mit der Messe Schweiz. Hierbei fragt sich unsere Fraktion aber, wie die Strategie aussieht. Zuweilen kommt das Gefühl auf, dass wir auf der ganzen Welt nach den goldenen Äpfeln der Hesperiden suchen und uns damit die ganze Last der Welt auf die Schultern legen. Wir unterstützen die GPK darin, dass es hier mehr Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit, dem Grossen Rat braucht und klar sein muss, wie der Regierungsrat die Interessen von Basel-Stadt im Verwaltungsrat vertritt.

Die Anbindung und Strategie müssen auch Thema bei den Gerichten sein. Der Vorsitzende des Gerichtsrats hat dies ja bereits gesagt. Während des Hearings in der GPK konnte der Eindruck entstehen, dass es bald zum Kampf zwischen dem Gerichtsrat und Hippolyte kommt. Dabei ist die Lösung offensichtlich. Zur Entlastung des Jugendgerichts und des FU-Gerichts müssen diese anders gegürtet werden. Mit einer Anbindung ans Strafgericht bzw. ans Appellationsgericht könnte hier vielleicht etwas entschärft werden.

Dagegen ist das Schicksal des Claraspitals inzwischen besiegelt. Gleich Diomedes wurde es dem spitalfressenden Ross namens USB vorgeworfen, im Idealfall hat das Gesundheitsdepartement ein grosses Spital mit zwei Standorten geschaffen, das exzellent und effizient unsere Gesundheitsversorgung verbessert und Milliardeninvestitionen zumindest vorerst nicht nötig machen. Aber ob wir als Parlament dieses Spital dann doch noch sehen können und vielleicht entgegen dem Vermögen der beiden Vorsteher der Gesundheitsdepartemente auch die Zusammenarbeit zwischen Baselland und Basel-Stadt ernsthaft neu angehen, wir werden es sehen.

Und Neues braucht es auch bei der Staatsanwaltschaft, die manchmal das Gefühl vermittelt, mit der Verschiebung der Kriminalpolizei zur Kantonspolizei würde auch gleich die Rinderherde des Geryons gestohlen. Obwohl die GPK seit Jahren auf mögliche Verbesserungen in der Geschäftsleitung und der Geschäftsprozesse hinweist, obwohl die Aufsichtskommission der Stawa jedes Jahr ähnliche und wahrscheinlich noch bessere Empfehlungen als die der GPK macht, braucht es nun eine externe Studie, um den Optimierungsbedarf nochmals zu unterstreichen. Und die Stawa bleibt passiv und erweckt den Eindruck, als würde sie ReoS nicht als Chance nutzen wollen, sondern als habe sie in gewissen Abteilungen eher ein Kulturproblem.

Schliesslich sind wir schon bei der letzten der 12. Tat, dem Augiasstall bei der Polizei ausmisten. Dieser Aufgabe wollte sich offensichtlich das JSD annehmen. Die GPK hat dies in ihrem Spezialbericht bereits ausgeführt. Wie auch die Finanzkommission festgestellt hat, ist der Unterbestand immer noch vorhanden. Die Situation hat sich nicht entschärft, zudem stellt sich eine Pensionierungswelle an. Wie dies weitergehen soll, ist für unsere Fraktion zumindest so unklar wie die Situation an der Spitze. Bei der Polizeileitung wurde zwar ausgemistet, aber noch immer warten wir auf eine Nachfolgeplanung für eine Kommandantin oder einen Kommandanten. Unseres Wissens steht im Personalgesetz § 35 Abs. 2 immer noch das maximale Alter von 70 Jahren.



Zum Schluss, das Schöne an einer Demokratie ist, niemand kommt aufgrund seiner Taten in den Olymp und schon gar nicht in den Hades, ausser vielleicht die GPK, welche auch nächstes Jahr die Sisyphusarbeit wieder aufnehmen wird.

Die Fraktion GRÜNE/jgb bittet Sie, den Jahresbericht des Regierungsrats, den Bericht des Gerichtsrats und die Gerichte für das Jahr 2025 und den Bericht der GPK zu genehmigen sowie die Empfehlungen und Forderungen im Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Zur Reinigung des Augiasstalles wurden zwei Flüsse benötigt. Setzen Sie sich daher für die Öffnung des Birsig ein?

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ja, weil es ist in Zwischenzeit so heiss, dass mein Hemd nicht nur nass ist, sondern sich auch wie ein Nassos-Hemd anfühlt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Franziska Stier für die BastA.

Franziska Stier (BastA): Zunächst möchte auch ich den Kantonsangestellten danken, die eben auch in schwierigen Situationen dranbleiben und ihr Bestes geben. Der Bericht zeigt, dass bestimmte Probleme sich durch fast alle Departemente ziehen, in unterschiedlichem Ausmass. Es geht um Ressourcen, um Steuerung und darum, ob es gelingt, die Menschen, die mit den Folgen politischer Entscheide leben müssen, frühzeitig und genügend einzubeziehen. Und ich finde, man kann den Bericht auch so lesen, viele Probleme entstehen, weil Dinge zu spät, zu kompliziert, unsystematisch oder mit zu wenig Ressourcen angegangen werden.

Das zeigt sich etwa beim Bau- und Verkehrsdepartement, wenn die GPK erneut fordert, dass die Nutzerdepartemente zum Beispiel mit Blick auf Schulraumplanung, sichere Velowege und Hitzeschutz stärker einbezogen werden müssen. Wir finden, diese Kritik ist ernst zu nehmen, denn schliesslich geht es darum, ob Schulen funktionieren, ob Menschen vernünftige Arbeitsplätze haben und ob die öffentliche Infrastruktur ihren Zweck erfüllt. Wir sehen, dass gerade beim Thema Hitzeschutz einfach zu wenig gemacht wird. Das betrifft nicht nur das ED. Gerade in diesen Tagen leiden nicht nur Schüler*innen oder Lehrpersonen, sondern ziemlich viele Kantonsangestellte, ja, und sogar die ganze Bevölkerung.

Ein zweiter roter Faden, der sich durch den Bericht zieht, betrifft Ressourcen und das Personal. Die personelle Situation in der Gesundheitsversorgung stellt uns für grössere Herausforderungen, grösser noch als die finanzielle Nachhaltigkeit, und das, obwohl wir mit EFAS vor einer ganz neuen Finanzierung stehen, deren Folgen unklar sind. Wir steuern auf einen Mangel bei Hausärztinnen und Hausärzten zu, gleichzeitig brauchen Kinder und Jugendliche mehr niederschwellige Angebote. Nicht jedes Problem darf erst dann sichtbar werden, wenn es bereits eskaliert ist. Prävention und niederschwellige Unterstützung sind eben keine Luxusangebote.

Auch im Bereich der Schulen stehen wir vor grossen Herausforderungen, aber dazu wird sich Heidi Mück später vertiefter äussern.

Auch die Abhängigkeit von externem Knowhow im IT-Bereich sollte uns zu denken geben. Wie mein Vorredner Oliver Thommen gezeigt hat, haben wir 172 externe Spezialist*innen, 72 davon arbeiten im operativen Bereich bei IT BS. Das zeigt, wie schwierig es geworden ist, genügend Fachkräfte dauerhaft an den Kanton zu binden.

Den Personalnotstand bei der Kantonspolizei gleicht der Kanton womöglich mit privaten Sicherheitsfirmen aus. Das mag als temporäre Massnahme zur Bewältigung des Personalnotstands nachvollziehbar sein, aber im Grundsatz dürfen wir hoheitliche Aufgaben nicht outsourcen. Es ist nicht so lange her, dass wir wegen massiver Probleme im Strafvollzug wieder eingegliedert haben. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist klar, gute öffentliche Leistungen entstehen nicht durch Selbstausbeutung und Überstunden und wenn wir Fachkräfte wollen, müssen wir auch bereit sein, in Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen zu investieren.

Ein weiteres Thema, das im Bericht auffällt, ist auch die Frage der Teilhabe. Die GPK weist darauf hin, dass Nutzerinteressen stärker berücksichtigt werden müssen. Das gilt aus Sicht der Fraktion BastA nicht nur für Bauprojekte. Wenn Einsprachen zunehmen, dann ist das auch ein Hinweis darauf, dass Mitwirkungsverfahren früher und besser gestaltet werden müssen, und da reicht es eben nicht, wenn man ein bis zwei Nachmittage oder Abende zusammenkommt. Die Quartierbevölkerung einzubeziehen bedeutet aufsuchende Arbeit und Bedenken ernst nehmen und gemeinsam nach Lösungen suchen.



Zur Teilhabe gehört eben auch der Bereich zur Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes. Lukas Faesch hat es ebenfalls erwähnt, Menschen mit Behinderung warten seit Jahren darauf, dass ihre Gleichstellung im öffentlichen Raum nicht nur versprochen, sondern auch umgesetzt wird. Wir hätten diesen Auftrag bei der BVB 2023 erfüllen müssen, in Aussicht gestellt wird es nun Ende der 2030er-Jahre. Vielleicht hilft es, wenn ich daran erinnere, dass Mobilitätseinschränkungen die meisten von uns früher oder später treffen werden.

Der dritte wichtige Punkt betrifft Steuerung, Planung oder eben Fehlplanung. Die GPK weist darauf hin, dass die Entwicklung beim motorisierten Individualverkehr in die falsche Richtung geht. Das Ziel, den motorisierten Individualverkehr nicht über das Niveau von 2019 ansteigen zu lassen, ist ohne zusätzliche Massnahmen gefährdet, hält die GPK fest. Wer den Verkehr also reduzieren will, wird um gezielte Planung zur Reduktion nicht herumkommen und um es auch hier nochmal zu sagen, die Neuauflage des Rheintunnels wird dabei nicht helfen.

Ich könnte jetzt auch noch drei Minuten über die IT reden, versuche es aber zu kürzen und springe stattdessen zu einem weiteren problematischen Punkt um, zum Bereich der Sicherheit. Im Zuge des Personalnotstands bei der Kantonspolizei kam immer wieder die Frage auf, ob Basel ein Sicherheitsproblem habe. Diese Frage ist berechtigt. Der GPK-Bericht zeigt aber auch, das eigentliche Sicherheitsproblem liegt bei der Staatsanwaltschaft. Trotz massiver Aufstockung in den letzten Jahren hängt die Staatsanwaltschaft ihren Aufgaben hinterher. Von den 106'359 pendenten Verfahren werden lediglich 5'734 aktiv bearbeitet. Das erweckt den Eindruck, dass Strafverfahren in Basel eine Art Glücksspiel sind. Auf der einen Seite haben wir Intensivermittlungen rund um den 1. Mai 2023 und auf der anderen Seite haben sich Geldwäschefälle vermutlich als Teil der organisierten Kriminalität in den letzten Jahren verdreifacht und 2025 passierte dazu genau nichts. Es gibt weder Kennzahlen noch eine systematische Erfassung der Anzeigen in diesem Bereich und auch ein dringend nötiger systematischer Austausch mit der Kantonspolizei fehlt dazu.

Aber es wird noch schlimmer. Einer der wichtigsten Punkte in einem Justizsystem ist der Glaube, dass das System gerecht ist oder zumindest in Ansätzen Gerechtigkeit herstellen kann, dass es Ausgleich und Anerkennung für erfahrenes Leid schafft. Aber wir sind an einem Punkt, an dem das nicht mehr so passiert. Die Sanktionswahl unseres Rechtssystems wird systematisch an die Ressourcenlage angepasst. Wer eigentlich eine Freiheitsstrafe kriegen müsste, erhält eine Geldstrafe, weil es keine Einvernahme gab. Verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin keine Freundin von Haftstrafen und das letzte, was ich sehen möchte, sind überfüllte Gefängnisse, aber es kann doch nicht sein, dass Strafbemessung ein bisschen wie Glücksspiel ist. Hat die Staatsanwaltschaft Ressourcen oder hat sie sie nicht? Angesichts von über 100'000 pendenten Verfahren müssen wir Prioritäten, Struktur und Schnittstellen schaffen und priorisieren heisst, dass wir uns auch die Frage stellen müssen, welche Delikte mit welcher Priorität verfolgt werden sollen. Strafverfahren wegen Schwarzfahren im Zug, die Anordnung von Ersatzfreiheitsstrafen, das sind Delikte, die in der aktuellen Situation von der Agenda gehören.

Für uns als Fraktion BastA ist die wichtige Botschaft dieses Berichts eigentlich eine sehr einfache. Die GPK fordert an vielen Stellen bessere Mitwirkung, bessere Planung, frühere Korrekturen und ausreichende Ressourcen, denn ein starker Service Public entsteht nicht von selbst, es braucht Menschen, die ihn tragen und einen Staat, der ihnen die nötigen Mittel zur Verfügung stellt. In diesem Sinne beantragt die Fraktion die Genehmigung des Berichts.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Gerne würdige ich namens der Fraktion Mitte-EVP den Rechenschaftsbericht der GPK und damit auch den Jahresbericht des Regierungsrates. Dem Dank an die verschiedenen Amtsstellen und involvierten Gremien schliessen wir uns an, unsere Fraktion dankt aber auch insbesondere der GPK für die gründliche Arbeit und den umfassenden Rechenschaftsbericht. Bei diesem Fraktionsvotum konzentriere ich mich nicht primär auf Einzelbefunde im Bericht, sondern auf gewisse Muster, die sich über die Departemente hinwegziehen.

Vorweg das Erfreuliche, denn es gehört zur Redlichkeit, auch solches festzuhalten, unser Kanton funktioniert. Die Verwaltung erbringt Tag für Tag verlässliche Leistungen, noch ist die Finanzlage stabil und in mehreren Bereichen anerkennt die GPK ausdrücklich gute Arbeit. Etwa bei der zwar erzwungenen, aber gelungenen Integration des Lufthygieneamtes, bei der frühen Deutschförderung, deren Nutzen nun wissenschaftlich belegt ist, oder bei der Jugendanwaltschaft, die das Beschleunigungsgebot einhält. Auf diesem Fundament dürfen wir aufbauen, aber wir tun dem Kanton keinen Dienst, wenn wir die strukturellen Schwächen schönreden.

Der erste rote Faden, der unsere Fraktion beschäftigt, ist das Kostenmanagement. Und ich sage bewusst, es ist im Kern kein technisches, sondern ein Haltungsproblem. Es fehlt zu oft am Kostenbewusstsein und an der Ausgabendisziplin, an der schlichten Einsicht, dass ein bewilligtes Budget eine Obergrenze ist und kein Betrag, den man ausschöpfen muss. Ein Beispiel steht exemplarisch für vieles, das Fallführungssystem der Sozialhilfe Citysoftnet. 2015 hat dieser Rat dafür 7,5 Mio. Franken bewilligt. Inzwischen sind die Ausgaben in zwei Etappen auf 27 Mio. Franken angewachsen, eine Steigerung von 259%. Eingeführt wird das System frühestens 2027. Die Verwaltung räumt selbst ein, sie habe die Komplexität unterschätzt und die Anforderungen mit zu geringer Planungstiefe beschrieben.



Und das ist kein Einzelfall. Die Mietkosten des Kantons sind seit 2022 bei den externen Mietern um fast 20 Mio. Franken auf über 50 Mio. Franken gestiegen. Die Kosten für die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes, ein berechtigtes Anliegen, sind von 30 auf geschätzte 50 bis 60 Mio. Franken angewachsen und die Umsetzung zieht sich bis in die späten 2030er-Jahre. Bei IT BS lag allein der Sach- und Betriebsaufwand 5.3 Mio. Franken über Budget. Jede Zahl mag für sich erklärbar sein, in der Summe zeigen sie eine Verwaltung, die beim Planen, Schätzen und vor allem beim Beherrschen ihrer Kosten zu viele Schwächen zeigt. Was es braucht, ist kein neues Instrument, sondern eine Kultur der Ausgabendisziplin. Die Bereitschaft, ein Projekt auch zu stoppen, wenn es aus dem Ruder läuft, statt den Point of no Return abzuwarten. Und es braucht ergänzend endlich ein verlässliches und konsequentes Benchmarking mit anderen Kantonen, damit wir Kosten und Effizienz überhaupt einordnen können. Aber das Benchmarking ist die Kontrolle, die eigentliche Aufgabe ist die Disziplin davor.

Damit verbunden ist eine Grundsatzfrage, nämlich die der Ressourcenallokation. Tut der Kanton genug, um vorhandene Mittel richtig einzusetzen und Synergien zu nutzen? Die GPK hat das am Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt aufgezeigt. Auf die schriftliche Frage nach Doppelspurigkeiten hiess es zunächst, es bestünden keine wesentlichen. Auf mündliche Nachfrage räumte der Departementsvorsteher dann ein, dass KESB und ABES doch sehr nahe beieinander liegen und dort die grössten Synergien zu realisieren wären. Genau hier erwarten wir mehr, dass die Verwaltung Synergiepotenziale aktiv und von sich aus und ergebnisoffen sucht, statt sie auf Nachfrage erst als möglich einzuräumen.

Der zweite rote Faden, der uns beunruhigt, ist die Informatik und sie ist mehr als ein technisches Thema. Der Entscheid des Regierungsrats für eine Cloud-Lösung führt zu Spannungen, die bis in die Justiz reichen. Die Gerichte bauen inzwischen eine eigene IT-Organisation ausserhalb des Kantons auf für 2 Mio. Franken Investition und 1 Mio. Franken jährlich. Ich werte hier nicht den einzelnen Technologieentscheid, aber wenn ein Teil des Staates dem anderen die gemeinsame Datenhaltung nicht mehr anvertraut, deutet das auf eine fehlende Gesamtstrategie für datenschutzkonforme Lösungen hin.

Und hier liegt uns ein Punkt am Herzen, der über den Bericht hinaus weist. Wir dürfen den Datenschutz nicht so eng auslegen, dass unser Kanton bei der Entwicklung und beim Einsatz künstlicher Intelligenz zum Beispiel den Anschluss verliert. Datenschutz ist ein hohes Gut, aber falsch verstanden oder überschüssig umgesetzt, wird er zur Innovationsbremse. Was es braucht, ist eine Strategie, die Sicherheit und Fortschritt zusammenbringt, statt sie gegeneinander auszuspielen. Die IT-Zentralisierung im Projekt Pharos unterstützen wir, wir erwarten aber eine Antwort, die den Kanton wieder zum souveränen Herr seiner Systeme macht und ihn zugleich zukunftsfähig hält.

Lassen Sie mich, wie schon zwei meiner Vorredner*innen, noch einen Moment beim heikelsten Kapitel verweilen, der Strafverfolgung. Hier geht es nicht lediglich um Effizienz, sondern um das Strafverfolgungsversprechen unseres Rechtsstaats und dieses Versprechen wird derzeit nicht eingelöst. Bemerkenswert ist, die Feststellungen der GPK decken sich mit dem diesjährigen Bericht der Aufsichtskommission Staatsanwaltschaft, der mittlerweile auf der Webseite des Justiz- und Sicherheitsdepartements öffentlich zugänglich ist. Zwei unabhängige Aufsichtsorgane kommen zum selben ernüchternden Befund. Die Kriminalpolizei führt über 106'000 pendente Verfahren. Sie müssen sich diese Zahl auf der Zunge zergehen lassen, 106'000 pendente Verfahren, von denen nur ein Bruchteil aktiv bearbeitet wird. So mussten 2025 fast 3'500 Verfahren wegen Verjährung eingestellt werden, 94 davon mit namentlich bekannter Täterschaft. Ich will hier fair bleiben, es handelt sich dabei überwiegend um Antragsdelikte wie Ehrverletzungen und die Staatsanwaltschaft priorisiert die schweren Delikte zu Recht, aber jeder einzelne dieser 94 Fälle bedeutet, dass der Staat einen Täter kannte und ihn dennoch laufen lassen musste, weil die Zeit fehlte. Das ist die Nichteinlösung des Strafverfolgungsversprechens in ihrer konkretesten Form und ein Alarmzeichen dafür, wie überfordert die Strafverfolgungsbehörden derzeit sind.

Noch schwerer als die Verjährung liegt die Untätigkeit, es wurde auch schon genannt, bei der organisierten Kriminalität und der Geldwäscherei. Bei der organisierten Kriminalität gibt es laut Aufsichtskommission mangels Ressourcen faktisch keine Bekämpfung und bei der Geldwäscherei, insbesondere über sogenannte Fassadenbetriebe, sie wurden genannt, wurde im Berichtsjahr trotz fast verdreifachter Verdachtsmeldungen kein einziges Verfahren eröffnet. Es fehlt an der interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei und anderen Ämtern, wie sie andere Kantone längst kennen. Die zuständige Departementsvorsteherin hat vor der GPK selbst eingeräumt, hier sei tatsächlich zu wenig gemacht worden. Gerade hier zeigt sich, effiziente Strafverfolgung ist kein Selbstzweck und keine blosse Ordnungsfrage, sondern Schutz vor objektiv schwerer organisierter Kriminalität und damit auch Opferschutz.

Dazu kommt drittens, auch schon erwähnt, Artikel 252a der Strafprozessordnung, die gesetzlich vorgeschriebene Einvernahme wird in drei von vier Fällen nicht durchgeführt mit der Folge einer mildernden Strafe. Die Aufsichtskommission nennt diese Praxis unmissverständlich rechtswidrig. So weit wollte die GPK gar nicht gehen, sie nannte es rechtsstaatlich problematisch. Wir sind froh, dass die Aufsichtskommission deutlicher wurde, es ist eine rechtswidrige Praxis.

Verjährte Fälle, trotz bekannter Täter, faktisch keine Verfolgung von Geldwäscherei, eine nur zu einem Viertel erfüllte gesetzliche Pflicht, in der Summe ist die Strafverfolgung in unserem Kanton in besorgniserregendem Zustand. Es geht um ein drohendes Systemversagen, das wir nicht hinnehmen dürfen. Aber, meine Damen und Herren, und das gehört zur Ehrlichkeit dazu, dieser Rat muss sich einen Teil davon selbst zuschreiben. Wir wählen die Spitzen dieser Strafverfolgungsbehörden. Sie sind unabhängig von Regierung und Verwaltung. Die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft



nehmen wir ernst, aber Unabhängigkeit ist nicht Verantwortungsfreiheit. Wir erwarten von dieser Behörde, dass sie auch mit beschränkten Mitteln, mit einer anspruchsvollen Strafprozessordnung und unter schwierigen Begleitumständen ihre Tätigkeit konsequent optimiert, dass sie Pendenzen gezielt abbaut, Engpässe bei besonders belasteten Stellen aktiv angeht und die heute verfügbaren Hilfsmittel nutzt, bis hin zu modernen und leistungsfähigen Werkzeugen zur Verarbeitung grosser Datenmengen.

In diesem Sinne genehmigt die Fraktion Mitte-EVP antragsgemäss den Jahresbericht des Regierungsrates, den Bericht der Gerichte und den GPK-Bericht und nimmt die Empfehlungen und Forderungen der GPK im zustimmenden Sinne zur Kenntnis, mit der Erwartung, dass diese von den Verantwortlichen nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern umgesetzt werden. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, soweit vorhanden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Viel wurde schon gesagt, noch mehr wird gesagt werden, ich halte mich entsprechend kurz. Zusammen mit Kollega Miozzari bin ich in der GPK Ressortverantwortlicher für das BVD und werde mich in diesem Votum im Wesentlichen auf das BVD beschränken. Dieses Departements ist ja verantwortlich für die Baustellen im Kanton und damit wird ihm in vielen Jahren die Arbeit nicht ausgehen. Aber neben diesen externen, sichtbaren Baustellen gibt es eben auch departementsinterne Baustellen. Eine ganz grosse Baustelle wurde ja gestern im GPK-Sonderbericht zum Bau- und Gastgewerbeinspektorat thematisiert, worauf wir dann nach den Sommerferien im Grossen Rat ausführlich eingehen werden. Ich freue mich jetzt schon auf die Debatte, aber an dieser Stelle jetzt verzichte ich auf Ausführungen zu dieser Baustelle.

Für uns in der SVP ist ja die Entwicklung des Stellenetats des Kantons immer ein besonderes Augenmerk wert. Wir fragten deshalb die Regierung, wie sich im BVD die festen und die befristeten Stellen entwickelt haben und zu allen neuen Stellen, fest und befristet, fragten wir, welcher Grossratsbeschluss diesen Stellen zugrunde liege. Fazit: Im 2025 ist das BVD um 5.8 feste Vollzeitstellen gewachsen, bei den befristeten Stellen ist eine Abnahme von 1.6 Vollzeitstellen ausgewiesen.

Auffällig bei diesem Thema sind zwei Punkte. Auf unsere Frage, aufgrund welcher Grossratsbeschlüsse die neuen Stellen geschaffen worden seien, erhielten wir keine konkrete Antwort. Die einzige Aussage des BVD war, dass die Stellen im ordentlichen Budgetprozess bewilligt worden waren. Danach war aber überhaupt gar nicht gefragt worden, wir haben keine Zweifel daran, dass diese Stellen in einem rechtlich zulässigen Rahmen geschaffen worden sind. Vielmehr wurde uns gesagt, dass sie Stellen nicht immer einem bestimmten Grossratsbeschluss zuordnen lassen. Ja, das erstaunt aber doch sehr, müssen doch für alle Staatsausgaben ein Gesetz, ein Budget und ein Grossratsbeschluss vorliegen. Das kann ein Einzelbeschluss sein, kann auch eine Rahmenbewilligung sein, aber dieser Beschluss, das muss sich nachvollziehen lassen. Die SVP hält es für die Transparenz der Staatsausgaben, speziell der Personalausgaben, für essenziell, dass der Regierungsrat hier detailliert Auskunft geben kann. Das war hier im gewünschten Masse nicht der Fall und wir bleiben am Ball. Ich hoffe, der Regierungsrat hört hier genau zu und wird uns nächstes Jahr bessere, vor allem vollständige Antworten geben können.

Der zweite Punkt ist, dass von den total bewilligten Stellen im BVD 16 Stellen nicht besetzt worden sind. Man könnte das so auslegen, dass das BVD Probleme habe, Stellen zu besetzen, aus welchen Gründen auch immer. Wir in der SVP sehen das positiv, dass 16 Stellen nicht besetzt worden sind, heisst, dass das BVD seine Ausgaben mit weniger als den geforderten Stellen ausführen kann. Mir jedenfalls sind keine Klagen zu Ohren gekommen, dass das BVD seine Aufgaben nicht erfüllen könne wegen fehlender Stellenbesetzung. Ein kleiner Lichtblick, geniessen wir den Moment und freuen uns darauf, dass das BVD auch im nächsten Jahr mit weniger als den geforderten Stellen auskommt, kann sich dann ein gutes Beispiel am 2025 nehmen.

Weniger erfreulich ist, dass im BVD im 2025 deutlich weniger Lehrstellen und Praktika besetzt worden sind als im Vorjahr und als prognostiziert. Waren es im 2024 noch 51 Stellen, sind es im 2025 anstelle der prognostizierten 60 Stellen noch 44. Die Verantwortlichen erklärten, es handle sich um ein schweizweites Problem. Ja, meine Damen und Herren, ich bitte Sie, es ist doch völlig egal, ob das Problem auch in anderen Kantonen besteht oder nicht. Wenn es in anderen Kantonen nicht funktioniert, wenn Sie Probleme haben, heisst das doch nicht, dass wir in Basel auch die gleichen Probleme haben sollen. Schlecht und schlecht ist nicht gut, es ist zweimal schlecht. Die Verantwortlichen sagten uns, sie seien daran, die WMS-Praktika und Lehrstellen so zu gestalten, dass sie für die Lehrlinge interessant seien. Ja, das wollen wir doch hoffen. Sie seien bemüht, dass sie gut aufgestellt sind. Dann wurden sie auf konkrete Massnahmen angesprochen, da kam keine Antwort. Es wurden uns keine konkreten Massnahmen genannt, das ist doch überraschend, vor allem bedenklich. Die SVP erwartet hier zeitnah konkrete Massnahmen zur Förderung von Jugendlichen im Bereich Praktika und Lehrstellen.

Ein weiteres leidiges Thema sind die Verzögerungen, welche die GPK im Bericht beim Tiefbauamt anspricht. Ein Grund für die Verzögerungen, wenn auch nicht der einzige, sind Einsprachen und Rekurse. Hier hat das BVD im Januar dieses Jahres öffentlich reagiert. Immerhin, man hat das Problem in diesem Fall erkannt und hat sich dem Problem gestellt und will Verbesserungen machen. Wir anerkennen diese Bemühungen, wir erwarten aber, dass nicht nur geprüft wird, die BVD sagt,



es werde geprüft, wir erwarten, dass umgesetzt wird. Ich persönlich habe den Eindruck, hier in Basel sind wir Weltmeister im Prüfen. Wenn die Regierung im Umsetzen gleich gut wäre wie im Prüfen, wäre das ein sehr grosser Beitrag zu einem lebenswerten Kanton.

Aber zum Abschluss doch noch ein paar allgemeine Bemerkungen zur Arbeit des Regierungsrats in der Berichtsperiode. Es zieht sich wie ein roter Faden durch alle Projekte, dass Verzögerungen entstehen und vor allem das Budget überschritten wird. Der Regierungsrat hat es in vielen Jahren fertiggebracht, uns Parlamentarier darauf zu trimmen, dass wir Nachtragskredite wie ein gottgegebenes Ereignis über uns ergehen lassen und als «Courant normal» abnicken. Das ist eine Fehlentwicklung, der dringend begegnet werden muss.

Dazu kommen, dass in letzter Zeit diverse gravierende Fehlleistungen passiert sind, ich erinnere an den Fauxpas der Staatskanzlei, Fehler, die nicht entschuldbar sind. Das ganze Fiasko mit den immensen Mehraufgaben der Hafenbahn, das passt sehr gut ins Bild. All diesen Vorkommnissen ist gemeinsam, dass sie immense negative Auswirkungen auf das Vertrauen der Öffentlichkeit in unser Staatswesen und das Funktionieren von Regierung und Verwaltung haben. Es sind nicht einfach die Fehler, die passiert sind, ja, die Fehler, die sind menschlich, das ist Teil des Menschen, schlimm sind die negativen Langzeitwirkungen, die sie auslösen. Vertrauen verlieren geht schnell, es wieder aufbauen ist ein langer Prozess. Die SVP fordert den Regierungsrat auf, gerade bei diesem Thema seine Verantwortung wahrzunehmen. Die Führung eines Departements, das ist Handwerk. Die vornehmste Aufgabe des Regierungsrates ist, das Vertrauen der Bevölkerung in Regierung und Verwaltung zu fördern und zu erhalten. Es nimmt mich wunder, wie sich dieses Thema im jetzigen Berichtsjahr entwickeln wird. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir dazu auch Kommentare abgeben werden.

Zum Abschluss trotz dieser Ausführung bitte ich Sie namens der Fraktion der SVP, dem Bericht zuzustimmen, den Grossratsbeschluss anzunehmen und danke Ihnen dafür.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Die GLP dankt der Geschäftsprüfungskommission für ihren ausführlichen Bericht und die grosse Arbeit, die dahintersteckt. Persönlich bedanke ich mich bei der Kommission, dass ich kurzfristig so herzlich aufgenommen wurde.

Der Bericht würdigt viele positive Entwicklungen, gleichzeitig zeigt die GPK auf, wie wichtig es ist, die Wirkung der getroffenen Massnahmen systematisch zu prüfen. Es muss erkennbar sein, ob die angestrebten Ziele erreicht werden. 109 Feststellungen legt die GPK vor, die im Grunde dieselbe Geschichte erzählen. Basel-Stadt hat nicht in erster Linie ein Erkenntnisproblem. Strategien gibt es, Konzepte gibt es, politische Beschlüsse ebenfalls. Die eigentliche Herausforderung beginnt danach, nämlich bei der Umsetzung, bei der Überprüfung der Wirkung und bei der Bereitschaft, daran die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Das ist für die GLP der Kern dieses Berichts.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Broschüre vom Legislaturplan. Politische Ziele müssen überprüfbar sein. Fehlen klare Indikatoren und Erfolgskontrollen, kann der Grosse Rat am Ende nicht beurteilen, ob die vom Regierungsrat gesetzten Ziele erreicht werden. Dieses Muster begegnet uns im Bericht immer wieder. Fehlende Datengrundlagen, ungenügende Kennzahlen, mangelnde Transparenz oder fehlende Erfolgskontrollen. Das wirkt auf den ersten Blick vielleicht ein wenig technisch. Tatsächlich geht es aber um etwas Grundsätzliches. Strategien und Konzepte nützen wenig, wenn am Ende niemand weiss, ob sie das Problem tatsächlich lösen.

Gerade bei der Digitalisierung zeigt sich das besonders deutlich. Digitalisierung braucht Innovation, aber genauso braucht es Datensicherheit, digitale Souveränität, langfristige Planung und eine verantwortungsvolle Steuerung. Dass Basel-Stadt sich zunehmend auf externe Fachkräfte stützt, gibt uns darum zu denken. Externe Expertise kann bei grossen Projekten sinnvoll sein, wenn strategisch wichtiges Wissen jedoch dauerhaft ausserhalb der Verwaltung liegt, stellt sich für uns die Frage, wie unabhängig und steuerfähig der Kanton langfristig bleibt. Wie wichtig eine professionelle Steuerung digitaler Projekte aber ist, zeigt exemplarisch das Projekt Citysoftnet. Die massiven Mehrkosten machen deutlich, dass eine realistische Projektgrundlage, eine konsequente Projektsteuerung, eine laufende Überprüfung von Kostenrisiken und Zielerreichung entscheidend sind. Und wenn Projekte in eine falsche Richtung laufen, müssen Verantwortlichkeiten klar sein und Korrekturen rechtzeitig erfolgen.

Besonders nachdenklich stimmen auch uns die hohen krankheitsbedingten Absenzen bei den Lehrpersonen. Auch wenn das Thema heute schon oft thematisiert wurde, nehme ich es hier kurz auf. Für uns ist das nicht mehr einfach eine Personalfrage, sondern ein gewichtiges Warnsignal. Wenn die hohe Belastung trotz zusätzlicher Ressourcen weiter zunimmt, ist das ein klares Zeichen, dass wir unbedingt genau hinschauen, vor allem aber handeln müssen. Hohe Krankheitsausfälle können auch darauf hindeuten, dass Arbeitsorganisationen, Führungsstrukturen oder Prioritätssetzungen überprüft werden müssen. Wir unterstützen deshalb die Forderung der GPK nach einer vertieften Ursachenanalyse ausdrücklich. Es braucht die Entwicklung nachhaltig wirksamer Lösungen und dann die Umsetzung wirksamer Massnahmen.



Auch der Hitzeschutz an Schulen zeigt exemplarisch, dass komplexe Herausforderungen nicht isoliert gelöst werden können. Dass die GPK eine engere Zusammenarbeit der zuständigen Stellen departementsübergreifend fordert, müsste doch seit langem eine Selbstverständlichkeit sein. Wie sonst sollen auf Erkenntnisse endlich konkrete, kurz- und langfristige Massnahmen folgen, die die Schulen auch wirklich entlasten. Und natürlich stimme ich unserem Regierungspräsidenten zu, auch in anderen Bereichen wie zum Beispiel den Spitälern und Altersheimen braucht es einen wirksamen Hitzeschutz.

Die GPK hat in ihrem Bericht viele weitere wichtige Themen und Schwerpunkte vertieft untersucht, nicht alle können wir heute ansprechen. Hier verweise ich auf das Eingangsvotum vom GPK-Präsidenten. Für die GLP ist der Bericht insofern weit mehr als eine Sammlung von Feststellungen, er ist ein klarer Auftrag, staatliches Handeln wirksamer zu steuern. Wir unterstützen die Stossrichtung der Geschäftsprüfungskommission ausdrücklich und erwarten vom Regierungsrat, dass die Empfehlungen konsequent aufgenommen und umgesetzt werden.

Wir bitten den Grossen Rat, den Bericht der GPK zu genehmigen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Christophe Haller.

Christophe Haller (FDP): Fehler machen ist menschlich, auch Firmen und Organisationen machen Fehler. Wichtig ist, diese allerdings rasch zu erkennen und entsprechend zu handeln und so besser zu werden. Um besser zu werden, ist das Benchmarking mit ähnlich gelagerten Organisationen die richtige Methode. Man hat allerdings in Basel-Stadt etwas, und das über alle Departemente hinweg, das Gefühl, der Grundsatz von Best Practice, also schauen, wer eine ähnlich gelagerte Auflage wie löst, diesem Grundsatz wird wenig nachgelebt. Die FDP schliesst sich deshalb mit Nachdruck der GPK an und fordert periodische Vergleiche mit anderen Kantonen in verschiedenen Bereichen. Der Bericht der GPK zeigt exemplarisch, dass es wichtig ist, dass wir als Parlament einen Blick auf die Tätigkeiten der Verwaltung werfen. Die allergrösste Mehrheit unserer Kantonsangestellten macht einen guten Job zugunsten der Bevölkerung. Ihnen sei an dieser Stelle herzlich dafür gedankt.

Dennoch werden einige richtige Fragen im Bericht aufgeworfen. Die Zunahme der Mietkosten für vom Kanton genutzte Büroräumlichkeiten in den letzten zehn Jahren um rund 100% wirft Fragen auf. Werden die Räumlichkeiten effizient genutzt, sind gewisse Dienste in Räumlichkeiten untergebracht, die sinnvollerweise zu Wohnzwecken verwendet werden könnten. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Forderung der GPK, die eine Praxisänderung wünscht, indem bei Leerstand von Verwaltungsliegenschaften zu prüfen ist, ob eine Umnutzung in Wohnen möglich ist. Das könnte zu einer gewissen Entlastung bei der sogenannten Wohnungsnot führen. Wenn durch das Anmieten von Büros in Fremdliegenschaften bestehender Büroraum in Wohnraum umgenutzt werden kann, so ist das für die FDP ein unterstützenswerter Schritt. Wir erwarten dabei aber eine gewisse Sensibilität und können nicht richtig nachvollziehen, wieso sich Ämter wie das Stadtmarketing oder Messen und Märkte an eine der teuersten Lagen der Stadt einmieten.

Bei der Mobilität stellen wir fest, dass die vielen Disziplinierungsversuche der Regierung zur Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs den Interessen der Bevölkerung zuwiderlaufen. Der Motorisierungsgrad in Basel-Stadt nimmt nach wie vor zu. Vielleicht wäre es an der Zeit, in diesem Punkt sich zu überlegen, ob man statt Disziplinierung auf eine den Wünschen der Bevölkerung angepasste Politik setzen sollte und den motorisierten Individualverkehr nicht behindern, sondern so kanalisieren sollte, dass der lange Umweg und Parkplatzsuchverkehr auf ein Minimum reduziert werden könnte. Auf jeden Fall unterstützen wir die Erwartung der GPK bezüglich Quartierparkings.

Auf drei kleine Punkte möchte ich noch speziell eingehen. Die Veranlagungsrückstände bei den Einkommens- und Vermögenssteuern sind seit Jahren hoch. Die Empfehlung der GPK, vermehrt auf automatische Veranlagungen zu setzen, scheint angesichts dieses Pendenzenbergs richtig. Ich bin froh, dass das FD das Problem erkannt hat und, wie kürzlich mitgeteilt, mit Hilfe von algorithmischen Systemen unterstützt, die Situation verbessern will.

Hingegen erscheint mir das Vorgehen bezüglich Versicherungen des Kantons beim FD etwas naiv. Die Gründe für die Liquidierung der Rimas sind nicht nachvollziehbar. Mit der Eingliederung der betroffenen Mitarbeitenden in die Verwaltung wird man Knowhow verlieren, da diese nicht mehr FINMA-Prüfungen ablegen müssen und es schwierig haben werden, Dienstleistungen für ausgelagerte Betriebe weiterhin anbieten zu können. Gescheiter wäre es gewesen, die Rimas aufzulösen und einen externen Versicherungsbroker beizuziehen. So machen es andere Kantone. Die Forderung der GPK nach einer Versicherungsstrategie ist sehr gut nachvollziehbar.

Die tiefe Erwerbsquote bei den Geflüchteten im Vergleich zu anderen Kantonen zeigt einmal mehr, dass Basel Finish oftmals der schlechtere Weg ist. Die Strategie des vorgelagerten Spracherwerbs geht nicht auf und bringt nicht die gewünschten Resultate. Wie eingangs erwähnt, man darf Fehler machen, muss aber, wenn man sie erkennt, den Mut zur Korrektur haben. Dies erwarten wir vom WSU.

Die FDP-Fraktion dankt der GPK für den guten Bericht und bittet Sie, ihn zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Eric Weber. Sie wird nicht angenommen. Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Daniel Gmür.

Daniel Gmür (SP): Vorerst möchte ich der Verwaltung für die immense Arbeit danken, die sie jedes Jahr macht für die Bevölkerung und die Aufträge, die wir ihr geben. Ich möchte mich auch bei der GPK bedanken für die gewissenhafte Arbeit. Ich finde es auch sehr schön, dass die GPK mit Hochdruck daran arbeitet, dass wir diesen Bericht schon vor den Sommerferien haben und bearbeiten können. Ich persönlich denke doch, für Personen ausserhalb der GPK wäre es schön, sich ein paar Wochen mit diesem Bericht auseinandersetzen zu können. Wie Sie auch an der Rednerliste sehen, kommt sonst ein bisschen das Risiko auf, dass es einfach eine weiterführende Diskussion von GPK-Mitgliedern wird.

Was ich hervorheben will, wenn ich diesen Bericht lese, ist, dass offenbar die kantonale Verwaltung den kantonalen Risikobericht nicht vollständig oder nicht in sinnvollem Zeitablauf zeigen konnte oder wollte. Es kann natürlich schlichtweg nicht sein, dass eine Oberaufsicht ihre Aufgabe nicht wahrnehmen kann und ich denke, hier ist eine vertiefte Prüfung notwendig, ob das wirklich so korrekt ist oder nicht. Das gleiche gilt auch für die Datenlage der Staatsanwaltschaft, die ja angekreidet wurde. Die Wirkungskontrolle sei hier nicht möglich, wie die GPK berichtet. Und was ich auch gesehen habe, ist, dass diese Demostatistik, die ja schon mal eine Forderung war, offenbar nicht so aufgearbeitet wurde, wie man das gebraucht hätte, obwohl die technische Möglichkeit heute bestehen würde.

Ich komme nun inhaltlich zum Bericht. Was mir aufgefallen ist, sind so ein bisschen drei grosse Themenfelder, die sich durch sehr viele Departemente gezogen haben. Das sind einerseits Fragen rund um Digitalisierung und Datenschutz, zweitens Fragen rund um externe Ressourcen und Unabhängigkeit und drittens Probleme mit Ressourcen, insbesondere Personalressourcen und Verzögerung.

Zum ersten Punkt, zur Digitalisierung, einfach mal exemplarisch. Wir sprechen da von E-Voting-Problemen, von Diskussionen über externe Cloud-Dienstleistungen zwischen Verwaltung, Gerichten und Datenschutzbeauftragter, wir reden von Doppelzahlungen, die auf technische Fehler zurückzuführen sind, und teurere Fallführungssysteme. Bei der Digitalisierungsfrage fällt auch beim BVD zum Beispiel diese Roadmap auf, welches ich mal grundsätzlich sehr positiv finde. Auf der negativen Seite wurden keine dieser Massnahmen vollständig umgesetzt, auf der dagegen sehr positiven Seite ist eine Massnahme mit den Einspracheverfahren sogar umgesetzt, die nicht mal in der Roadmap ist, das heisst, wir können uns darauf freuen, dass wir am Schluss mehr Digitalisierungsprojekte umgesetzt sehen beim BVD, als in dieser Roadmap festgehalten wurde. Ich freue mich auf die Umsetzung der weiteren. Ich bin froh, dass die GPK bei diesen Digitalisierungsprozessen sehr genau hinschaut. Es ist wichtig, dass man technische Möglichkeiten nutzt, es ist aber auch wichtig, dass man mit diesen nicht blind in irgendwelche Risiken und Abhängigkeiten zusteuert.

Vor diesem Hintergrund ist zum Beispiel die Zentralisierung der IT-Infrastruktur hervorzuheben. Es ist sehr wichtig, dass wir ein zentrales internes IT-Knowhow haben. Um das zu bewerkstelligen, da sind sicher die Departemente und Ämter in die Pflicht zu nehmen, dass sie nicht unnötige Einzellösungen verlangen und so nicht eine Gesamtstrategie erschweren. Grundsätzlich wären eigentlich davon ausgenommen Ämter, die besonderen Vertrauensschutzbedarf haben, ich möchte aber hier betonen, dass ich persönlich davon erwarte, dass eine zentrale Verwaltungs-IT doch genug Vertraulichkeitsansprüche abdeckt, dass sich da alle Verwaltungen wohlfühlen. Wir unterstützen also, dass dieses IT-Knowhow intern auf- und ausgebaut wird, was mich zum nächsten Punkt bringt.

Zum zweiten Punkt, die internen statt die externen Ressourcen, was wir auch schon gehört haben. Dem GPK-Bericht kann entnommen werden, dass im Berichtsjahr, wir haben es gehört, 172 externe Spezialist*innen für die IT BS tätig waren. Nach dem, was heute der Regierungspräsident erklärt hat, möchte ich ein bisschen relativieren und hier zum Punkt kommen, dann ist einfach sehr wichtig, dass bei grossen Einführungsprojekten sichergestellt wird, dass dieses IT-Knowhow intern während diesem Zeitraum aufgebaut wird, dass nicht durch diese Grossprojekte eine Abhängigkeit entsteht. Und ebenfalls in Bezug auf diese Abhängigkeit ist sicherzustellen, dass bei Cloud-Angeboten durch Grosskonzerne zum Beispiel die Empfehlung für eine Exit-Strategie unterstützt wird.

In dieser Kategorie sind auch die teuren und zahlreichen Anmietungen zu erwähnen. Ja, Kosten können teilweise kompensiert werden, aber es ist darauf zu achten, dass man auch die Planbarkeit der Kosten, die Planbarkeit der Standorte an Externe ausgibt und auch da eine gewisse Abhängigkeit der Verwaltung von Privaten entstehen lässt.

Bei Sicherheitsdiensten der Verwaltung ist hier sehr fest darauf hinzuweisen, dass bei privaten Sicherheitsfirmen staatsgewaltgerechte Qualitäts- und Kontrollstandards eingeführt werden müssen, diese kontrolliert werden, diese auch umgesetzt werden, und ich stelle mir die Frage, ob dann dieses Outsourcing überhaupt noch Vorteile bringt, ich habe eher das Gefühl, Sie bringen nur dann Vorteile, wenn man eben genau diese Kontrollmechanismen nicht umsetzen möchte. Diese exemplarische Auflistung lässt ein bisschen das Gesamtbild aufkommen, so verstehe ich, dass man ein bisschen Angst hat, dass sich die Verwaltung in eine gewisse Abhängigkeit manövriert. Ob das stimmt oder nicht, kann ich ja nicht einschätzen



von aussen, aber ich denke, jetzt mal als Ratsmitglied wäre es mir wichtig, dass man in Zukunft, falls diese Tendenzen erkennbar sind, auf jeden Fall Gegensteuer bietet.

Und drittens komme ich zu diesen mangelnden Ressourcen, insbesondere Personal, aber auch andere Ressourcen und Verzögerungen. Ich möchte hervorheben, der Umgang eines Kantons oder eines Staatswesens mit seinen Angestellten ist ein sehr wichtiger Aspekt für einen funktionierenden Rechtsstaat. Schlechte Arbeitsbedingungen, toxisches Arbeitsklima, usw. gefährden rechtsstaatliches Handeln. Personalunterbestände führen bestenfalls zu Verzögerungen, schlimmstenfalls zur Schlecht- oder Nichterfüllung staatlicher Aufgaben, auf die Beispiele würde ich hier verzichten. Was ich hervorheben will, dass diverse Behörden diese Personalunterbestände beklagen. Wir hören das bei der Ombudsstelle, die zu wenig Personen hat, die Staatsanwaltschaft, die das beklagt, es fällt auch bei der Datenschutzbeauftragten auf, wo die GPK das Risiko sieht, dass sie ihre starke Rolle gegenüber der gesamten Verwaltung nicht im geforderten Ausmass ausüben kann.

In eine ähnliche Richtung gehen die unzureichenden Schutzplätze für Opfer häuslicher und sexueller Gewalt und selbst wenn hier jetzt eine Erhöhung beschlossen wurde, ist noch eine Versorgungslücke zu erwarten, die unbedingt zu schliessen ist.

Bei der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt zeigt sich einmal mehr ein gravierendes Führungsproblem. Was wir in diesem GPK-Bericht und, ich erwähne es kurz, in dem Aufsichtsbericht über die Staatsanwaltschaft erfahren haben, ist, dass das offenbar noch viel gravierender und länger bekannt ist, als wir das hier bis jetzt diskutiert haben und es wird erneut auf Optimierungsbedarf hingewiesen, sehr gelinde gesagt. Ich werde schauen, ob ich aus Zeitgründen das vielleicht später noch ausführen muss.

Und ja, meine lieben Kolleg*innen, beim BVD ist es schon fast langweilig, das zu betonen, auch hier haben wir Verzögerungen, teurere Projekte, usw. Mit Blick auf den Spezialbericht zum Bau- und Gastgewerbeinspektorat erlaube ich mir, hier jetzt nicht allzu ausführlich zu werden und zu schauen, ob wir da noch genauer darüber sprechen können.

Es ist bei den Schulen ein besonderes Augenmerk auf die Lehrpersonen- und die Stellvertreterprobleme hinzuweisen. Ich möchte hier besonders hervorheben, Hitzeschutz ist eine staatliche Aufgabe. Ich werde den Hintergrund nicht wieder ausführen, Sie haben es genug gehört, es ist einfach zu erwarten, dass die Behörden Lösungen finden und dies nicht auf die Kreativität der Lehrpersonen abgestellt wird.

Das Gleiche gilt auch für Therapieangebote bei psychischen Krankheiten. Es kann nicht sein, dass man hier merkt, dass man nicht weiss, wie das geschehen kann und das dann zwei Jahre später nochmals aufgebracht werden muss. Ich denke, hier ist es sehr wichtig, dass das Angebot ausgebaut wird und Ursachen für Unterversorgung respektive erhöhte psychische Erkrankungen, insbesondere bei Mädchen in Schulen und den eingeschränkten Zugang für Kinder und Jugendliche angeschaut wird.

Ich möchte ganz kurz zur Erwerbsquote bei Geflüchteten kommen. Ich denke, es ist immer noch ein Erfolgsmodell mit diesen Sprachen, das wird sich einfach ein paar Jahre später zeigen als bei anderen Kantonen. Was ich hier noch denke, was wichtig ist anzugehen, ist, dass die Anerkennung von ausländischen Ausbildungen und Diplomen hier eine sehr grosse Wirkung bringen kann.

Nach dem Gesagten empfehlen wir den GPK-Bericht zur Genehmigung und wie das so schön heisst, nehmen wir die Empfehlungen und Forderungen zustimmend zur Kenntnis.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Eric Weber. Diese wird nicht angenommen. Als Einzelsprecher eingetragen hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich kurz fassen. Was ist Politik, meine Damen und Herren, wir bereden die Regierung. Was ist Politik? Die Menschen zu begeistern. Nehmen Sie das Beispiel an mir, alle 15 Besucher auf der Tribüne sind meine privaten Gäste.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herr Weber, sprechen Sie zum Thema.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber ich muss sagen, es ist kein Zwang einer Schule. Bitte nehmen Sie sich ein Beispiel daran und laden Sie Leute ins Parlament ein, damit wir endlich die Dinge hier diskutieren, die das Volk will, und nicht eine abgehobene Regierung, die mir als Grossrat arrogant kommt.

Ich komme zu meinen Vorrednern. Beat K. Schaller, SVP, Grossrat, leider nicht Präsident des Grossen Rates geworden, weil er die Wahrheit sagt. Beat K. Schaller hat gesagt, wir hätten zu viel Personal. Wir haben zu viel Personal beim Staat. Sie



haben vergessen, was ich immer sage, Basel-Stadt hat den Weltrekord beim Staatspersonal. Nach meiner Statistik kommen auf einen Staatsangestellten fünf Bürger. Nehmen wir das Beispiel, in Afrika kommen auf einen Staatsangestellten 295 Bürger, aber wir haben noch zu viel Geld und geben das Geld aus. Basel wäre pleite, hätten wir nicht Roche, Novartis und Eric Weber.

Und wenn man das wirklich ganz sachlich als Journalist einordnet und zusammenfasst, was uns hier mit diesem Bericht präsentiert wird, wenn man das sieht, muss ich einfach sagen, es gibt Studien, die zeigen, dass es sich positiv auswirkt, wenn sich politisch Andersdenkende persönlich austauschen, und das machen wir jetzt. Es ist bewiesen, dass es sich positiv auswirkt, wenn man sich als Andersdenkender persönlich austauscht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herr Weber, Sie sprechen erneut nicht zum Thema. Das ist der erste Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Ja, aber unsere Diskussion, die ich jetzt hier habe, hat den Effekt, dass der Gesprächspartner dann offener gegenüber Andersdenkenden wird, und das ist die wesentliche Grundlage für jeden politischen Diskurs. Die wesentliche Grundlage ist, dass da nicht nur die Grünen reden, sondern auch die anderen, auch die, die die Abstimmung verloren haben.

Ich komme zum Bericht. Ich habe geglaubt, ich glaube es nicht, es gibt das Zitat, glaube keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast. Hier steht, und das glaube ich nicht und ich kläre es jetzt auf, ich ordne es ein, hier steht, dass 45% der Asylbewerber sieben Jahre nach der Einreise in unser schönes Land Schweiz arbeiten würden. Meine Damen und Herren, ich war auch schon arbeitslos und darum weiss ich, wenn Sie einen Kurs haben, gelten Sie nicht als arbeitslos. Die Quote mit diesen 45% muss ich ganz stark anzweifeln, weil die Asylbewerber einen Deutschkurs oder sonst etwas haben und dann zählen sie nämlich nicht als arbeitslos, weil sie ja einen Kurs haben. Trotzdem erhalten sie Geld, weil sie ja nicht arbeiten. Darum lasse ich mir nicht bieten, dass hier steht, dass 45% der Asylbewerber arbeiten würden. Das stimmt nicht, das sind auch die eingerechnet, die auch noch in die Schule gehen.

Ich stelle den Antrag, Nichteintreten, Rückweisung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ihre Zeit ist abgelaufen. Das Wort hätte nochmals der Gerichtsrat, er verzichtet. Herr Cramer verzichtet ebenfalls. Das Wort geht an den Kommissionspräsidenten Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Gestatten Sie mir noch ein paar kurze Bemerkungen. Der Regierungspräsident hat in seinem kurzen Votum vor der Mittagspause darauf hingewiesen, dass die Massnahmenpakete zu Legislaturbeginn schon online auffindbar gewesen seien. Das kann sein, das weiss ich nicht. Auf jeden Fall hat uns der Regierungsrat mit dem Geschäft Legislaturplan 2025-2029 mit der Geschäftsnummer 2401.80 nur die elfseitige Broschüre für ein breites Publikum mit einem kurzen Begleitschreiben zugestellt, nicht aber die genannten Massnahmenpakete. Hier bin ich auch inhaltlich sehr bei Sandra Bothe-Wenk, Ziele müssen möglichst klar und überprüfbar sein, Kennzahlen und Indikatoren kommen bei der wirksamen Steuerung des staatlichen Handels eine zentrale Bedeutung zu.

Die Worte des Präsidenten des Gerichtsrats zeigen, dass es gewisse Auseinandersetzungen um Zwischenmagistratspersonen einer anderen Gewalt geht, der Judikativen. Wir haben zwar als GPK in organisatorischen und finanziellen Fragen hier, ebenso wie die Finanzkommission, eine gewisse Aufsichtsfunktion. Es gibt bei uns aber, und ob das so richtig ist, darüber kann man diskutieren, eine gewisse Zurückhaltung bei der Beurteilung von Zuständen bei der Justiz und die Vorstellung, dass Magistratspersonen in der Lage sein sollten, Konflikte untereinander dort beizulegen. Es ist aber aus meiner Sicht, es sind jetzt offenbar gute Vorschläge vorhanden, wie gewisse Probleme gelöst werden können, selbstverständlich, dass es bei Magistratspersonen keine Höchstarbeitszeit und schon gar keine Ferienauszahlungen und dergleichen geben kann, das wäre ja bei Regierungsräten auch sehr problematisch.

Von einer Hydra würde ich im Fall von IT BS jetzt schon nicht gerade sprechen. Ich würde differenzierend festhalten, dass 100 Personen, die in Projekten arbeiten, schon viel erscheinen, aber durchaus gängig sind, auch vielfach offenbar in der Privatwirtschaft, weil man für Projekte Leute beizieht, die mit diesen genannten Projekten Erfahrung haben, also die das zum Beispiel bei anderen Gebietskörperschaften schon gemacht haben, ähnliche Projekte. Problematischer sind die 72 Personen im operativen Betrieb, also gibt es wirklich Leute, die in den Räumlichkeiten des Kantons arbeiten, nur für den Kanton arbeiten, in Abteilungen, aber nicht durch den Kanton angestellt sind. Und da stellen sich also schon ein paar Grundgefragten, auch in Bezug auf die Umgehung des Personalgesetzes, in Bezug auf möglichen Knowhow-Verlust, usw. Bei IT BS haben wir auch betont, bei Microsoft 365, dass uns eine Exit- und Backup-Strategie nach wie vor sehr wichtig ist und diese aus unserer Sicht noch nicht genügend vorliegt.



Zur Staatsanwaltschaft. Ich denke, wir wollen alle eine funktionierende und faire Strafverfolgung. Die Überlastung von Teilen der Staatsanwaltschaft, und das wird im Bericht der Aufsichtskommission auch moniert, die ist real und ist ein Problem, gleichzeitig aber gibt es organisatorische Defizite, ungenügende Kennzahlen und da haben wir auch entsprechende Empfehlungen formuliert, zum Beispiel im Rahmen der neuen Geschäftsverwaltung ein Kennzahlensystem einzuführen, das eine parlamentarische Wirkungskontrolle der eingesetzten Ressourcen ermöglicht. Ich denke, wir alle wollen, dass die Strafverfolgung funktioniert, auch die Staatsanwaltschaft, aber dafür ist es wichtig, dass sie gegenüber dem Parlament nicht erscheint wie eine Blackbox und Dinge schwer einzuordnen sind.

Hitzeschutz und bauliche Massnahmen werden, und das hat die Debatte heute auch gezeigt, zunehmend von grosser Bedeutung. Ungünstig ist, dass auch bei verschiedenen Neubauprojekten der letzten 20 Jahre diesem Aspekt zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Ich denke, das wird bei den Klimaanpassungsmassnahmen in den nächsten Jahren an vielen Stellen wichtig sein und da besteht auch ein nicht unerheblicher öffentlicher Druck. Das ist auch weit über Basel hinaus ein Thema.

An die Adresse des Fraktionssprechers meiner Partei, Daniel Gmür, möchte ich sagen, dass die Zeitpläne und Prozesse teilweise sehr eng sind. Wir bekommen den Jahresbericht des Regierungsrats jeweils Ende März zugestellt, dann kommt die Lektüre, das Zusammentragen der Fragen und das Fokussieren darauf, damit man eben nicht allzu viel hat, dann die Beantwortung der Fragen durch die Verwaltung, auch in einem sehr hohen Tempo, die Auswertung der Fragen, die Vorbereitung auf das Hearing, deren Durchführung, die Redaktion des Berichtes. Der ganze Prozess ist zeitlich sehr eng und die GPK ist verpflichtet, bis September ihren Bericht vorzulegen. Allerdings muss man sagen, dass sich in der Vergangenheit gezeigt hat, dass ein Bericht im September zum Geschäftsbericht des letzten Jahres ein bisschen daherkommt wie die alte Fasnacht, ein bisschen sehr spät. Wir werden aber über diesen Zeitplan auf jeden Fall diskutieren müssen. Ich freue mich, dass Sie das aufgenommen haben und habe durchaus den Eindruck, dass unser Bericht nicht nur medial einiges an Beachtung hatte, sondern auch von sehr vielen Ratsmitgliedern gelesen worden ist.

Grundsätzlich wollte ich noch sagen zur Fehlerkultur, das hat Christophe Haller sehr richtig erwähnt, es geht uns auch als Geschäftsprüfungskommission nicht darum, mit unserer Kritik öffentliche Institutionen schlecht zu machen und irgendwie Vertrauen sogar zu schmälern, etwas zur allgemeinen Belustigung quasi da Geschichten zu erzählen, sondern es geht darum, auf Fehler hinzuweisen, damit diese möglichst behoben werden. Dadurch leisten wir, denke ich, einen wichtigen Beitrag, dass das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen, in das Handeln unseres Gemeinwesens langfristig erhalten und erhöht werden kann. Ich denke, das ist wichtig auch für das Grundverständnis einer Geschäftsprüfungskommission und wir versuchen, diese Arbeit möglichst gewissenhaft zu machen.

Vielen Dank Ihnen allen für die sehr positive Aufnahme unseres Berichtes.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde beantragt von Eric Weber. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung an die GPK. NEIN heisst nicht zurückweisen.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 90 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009204, 24.06.26 16:20:39]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 90 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme und keiner Enthaltung den Bericht nicht zurückgewiesen.

Wir kommen damit zur Detailberatung. Bei jedem Departement erhalten zuerst die zuständige Vorsteherin oder der zuständige Vorsteher das Wort, dann allfällige Fraktionsvotierende, danach Einzelvotierende und schliesslich nochmals die



Vertreterin oder der Vertreter des Regierungsrats. Das Schlusswort hat jeweils der Präsident der Geschäftsprüfungskommission. Bei den Gerichten spricht der Präsident des Gerichtsrats.

Detailberatung des GPK-Berichts und des Jahresberichts des Regierungsrats.

Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer. Er verzichtet. Ich habe auch sonst keine Wortmeldungen eingetragen. Wir kommen damit zur Departementsvorsteherin des BVD. Auch sie verzichtet, auch sonst keine weiteren Wortmeldungen. Das Erziehungsdepartement verzichtet ebenfalls. Dann kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Das Wort hat Heidi Mück für die BastA.

Heidi Mück (BastA): Franziska Stier hat das ja schon angekündigt, wir von BastA möchten einige Bemerkungen zum ED anbringen und haben uns zuerst überlegt, wollen wir das beim Bericht der FiKo oder beim Bericht der GPK anbringen. Wir haben uns nun für den GPK-Bericht entschieden, auch wenn einige wichtige Themenbereiche von beiden Kommissionen behandelt wurden. Regierungsrat Atici ist leider nicht mehr hier, er hat mir aber beim Verabschieden versprochen, dass er noch nachhört, was zu seinem Departement gesagt wird. Dass die GPK im aktuellen Bericht beim ED den Fokus auf Gesundheitsschutz und Prävention richtet, das begrüssen wir sehr. Ich möchte unsere Ausführungen aber etwas weiterfassen, denn es ist ein sehr weites Feld.

Selbstverständlich liegt uns die psychische und physische Gesundheit der Lehrpersonen, aber auch der Schülerinnen und Schüler am Herzen. Bei den Lehrpersonen gibt es auffallend viele krankheitsbedingte Ausfälle, die Gründe sind offenbar nicht bekannt. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass auch die Raumsituation, also die Grösse des Klassenzimmers, die zur Verfügung stehenden Gruppenräume und der Hitzeschutz einen direkten Einfluss auf das Wohlbefinden und damit auf die Gesundheit der Lehrpersonen und der Schülerinnen und Schüler haben.

Das Gleiche gilt für die Klassengrössen, die sich in Basel-Stadt seit Längerem am Limit bewegen. Wenn eine Klasse sehr voll oder gar überfüllt ist, kann das durchaus einen Einfluss auf die Belastungssituation der betroffenen Lehrpersonen haben. Wenn ich dann an die Provisorien denke, mit denen insbesondere die Sekundarschule beschenkt wurde, dann kommt schon ein schlechtes Gefühl auf, denn ich weiss, dass bei einigen Provisorien die Raumstandards nicht eingehalten werden und es viel zu kleine Klassenzimmer und viel zu wenig Rückzugs- und Ausweichmöglichkeiten zum Beispiel für Gruppenarbeiten gibt. Das ist schlecht für das Arbeitsklima und erzeugt Stress, das ist nicht gesund.

Aber auch die zunehmenden Aufgaben neben dem Unterricht, die die GPK ja schon seit längerem mit Besorgnis verfolgt, die haben einen Einfluss auf die Belastungssituation und den Stress der Lehrpersonen. Ihre administrativen und koordinierenden Aufgaben werden immer zahlreicher und vielfältiger und dieser Trend wird sich mit der weiteren Umsetzung der integrativen Schule nicht ändern. Ein paar Entlastungsstunden für Klassenleitungen lösen dieses Problem nicht, das muss grundsätzlicher angegangen werden.

Und nun zu unserem Hauptkritikpunkt, dem Umgang des ED mit den vielen Krankheitsausfällen. Im GPK-Bericht ist anschaulich aufgeführt, dass das ED häufig mit den Kosten respektive den angestrebten Kostensenkungen argumentiert hat. Die Massnahmen, die hier vorgeschlagen werden, gehen nach Meinung von BastA in die völlig falsche Richtung. Wir möchten mit Nachdruck darauf hinweisen, dass die Schule einen Bildungsauftrag und einen Betreuungsauftrag zu erfüllen hat. Aus Kostenspargründen den Unterricht ausfallen lassen, geht deshalb gar nicht. Und eine temporäre Zusammenlegung von Klassen auf der Primarstufe ist völlig kontraproduktiv, wenn wir den Gesundheitsschutz der Lehrpersonen ins Zentrum stellen. Das hatten wir schon mal, dass Klassen von erkrankten Lehrpersonen einfach von deren Kolleg*innen gehütet werden mussten. Das ist im besten Fall eine völlig unbefriedigende Situation und im schlechtesten Fall ein zusätzlicher Krankmachfaktor für die mit dieser Aufgabe betrauten Lehrpersonen. Wenn Sie die Gesundheitsprävention wirklich ernst nehmen wollen, dann fangen Sie bitte nicht mit solchen Kostensenkungsmassnahmen an.

Nun noch ein paar letzte Bemerkungen zur psychischen Gesundheit der Kinder und Jugendlichen. Hier hören wir in letzter Zeit vieles, das bei uns Sorge auslöst. Immer mehr Mädchen, aber auch Jungs geht es nicht gut. Manche Studien sprechen von über einem Drittel Jugendlichen, die unter psychischen Problemen leiden. Da hat die GPK ganz recht, wenn sie empfiehlt, dass die genauen Ursachen eruiert und gezielte präventive Massnahmen für Mädchen erarbeitet werden sollen. Der Druck, unter dem die Kinder und Jugendlichen stehen, wird immer grösser. Die leider nicht so sozialen Medien haben sicher einen grossen Anteil daran, aber uns fehlt hier der kritische Blick auf die Rolle der Schule. Auch hier leiden die Kinder und Jugendlichen, nämlich vor allem unter Leistungsdruck und der Selektion. Wir wünschen uns hier einen ganzheitlichen Ansatz und nicht nur Präventionsprogramme.

Wenn wir aufhören, Bildung zu ökonomisieren, wenn wir aufhören, die Kinder und Jugendlichen ständig zu messen und ihre Leistungen zu vergleichen, dann ist schon viel erreicht. Hören wir auf, Kinder schon im frühen Schulalter auf ihre Rolle als zukünftige Fachkräfte zu reduzieren. Bauen wir den Leistungsdruck an der Schule ab, so können wir auch erreichen, dass es den Kindern und Jugendlichen wieder etwas besser geht.



Ich schliesse nun mit Dank an die GPK für ihre gute und sorgfältige Arbeit und hoffe, dass unsere zusätzlichen Bemerkungen und Forderungen zum ED tatsächlich auch ankommen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zum Finanzdepartement. Frau Regierungsrätin Soland verzichtet. Für das Gesundheitsdepartement, Regierungsrat Engelberger verzichtet ebenfalls. Für das Justiz- und Sicherheitsdepartement, Frau Regierungsrätin Eymann ebenfalls. Für das Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartement ebenfalls kein Votum. Wir kommen damit zur Staatsanwaltschaft, da hätte Frau Regierungsrätin Eymann das Wort. Sie verzichtet. David Jenny als Fraktionssprecher für die FDP.

David Jenny (FDP): Ich spreche für die FDP. Herr Thommen hat ja als Leitmotiv dieser Debatte die griechische Mythologie gefunden und da komme ich, wenn ich an die Stawa denke, unweigerlich zum Mythos des Sisyphos. Wir können uns Sisyphos vorstellen, wie er den Pendenzberg vor sich hat und da die Aktenkisten darauf rollt. Ich glaube, das ist relativ anschaulich und immer wieder wird er zurückgeworfen. Wir wollen ja nicht bei der griechischen Mythologie stehen bleiben, dann kommen wir zwangshäufig zu Camus und Camus hat uns gelehrt, dass wir uns Sisyphos als glücklichen Menschen vorstellen müssen. Wenn ich jetzt das übertrage auf die Staatsanwaltschaft, fällt es mir schwer, mir diese als eine glückliche Institution vorzustellen. Ob ein Grund dafür auch die ReoS-Starre ist, ich will nicht spekulieren. Aber jetzt zum Konkreten.

Wir konnten lesen, wie viele Pendenzen es gibt, hinter jeder Pendenz steckt eine Geschichte. Leider scheint es unvermeidlich zu sein, dass Schubladisiert wird, dass gewisse Fälle in der Verjährung landen. Und dann ist wirklich die Frage, was sind da die Kriterien? Wir haben jetzt heute gehört zum Beispiel, das ist nicht ganz Stawa, aber bei den Bussen, man soll sich jetzt konzentrieren auf die bösen Autofahrer*innen, die Parksünden begehen, aber jede Verfolgung eines Velofahrers sei unverhältnismässig. Dann hat uns Frau Stier belehrt, ja, Schwarzfahren, nein, überhaupt nichts tun. Ich meine, da staune ich auch, weil geschädigt bei Schwarzfahren sind dann in der Regel staatliche Betriebe. Also ich meine, das ist eine Einladung, den Staat, den ja sonst die Linke immer hochhält, zu schädigen und Sie sehen, wir sind dann bald, wenn wir Kriterien ausstellen, auf gefährlichem Eise. In Basel können wir uns noch einigen, dass Velodiebe zu verfolgen das höchste Gut ist, aber nachher wird es schwierig und wird auch sehr politisch und nicht wirklich rechtsstaatlich begründbar.

Es gibt sicherlich sehr viele Fälle, da ist die Strafanzeige ein Zweck in sich, jeder und jede weiss, es kann nichts getan werden, es wird nichts getan werden, aber meine Versicherung will, dass ich eine Strafanzeige gestellt habe. Ja, so be it. Wir haben andere Problematiken, wir haben gehört bei Ehrverletzungsdelikten, das war ein Fehler des Bundesgesetzgebers, dass man die vom Privatklageverfahren, ich war nie Strafrechter, weggenommen hat und der Staatsanwaltschaften überbürdet hat. Das war, glaube ich, bei uns das bessere System.

Dann ein bisschen ein erlebtes Fallbeispiel, so halber anwaltlich und halber in der Rolle des Vertreters eines Opfers. Es handelt sich «nur» um einen Hausfriedensbruch, aber ein relativ spektakulärer, der auf einer Webseite publiziert wurde, der noch gewisse akrobatische Übungen beinhaltet und der eine gewisse Nachahmungsgefahr hat, die auch je nachdem mit schweren Verletzungen enden könnte. Die Strafanzeige war so formuliert und so mit Beweisen versehen, dass vielleicht nicht der Name der Täterschaft bekannt war, aber die Ermittlungsschritte, die eingeleitet werden müssen, sehr begrenzt waren, weil ja die Täterschaft ihre Tat selber auf einer Webseite publiziert hat. Ja, was passiert da bei der Staatsanwaltschaft? Nichts. Wenn man sich nach etwa drei Monaten erkundigt, dann heisst es, ja, das sei zwar schon eingegangen, aber es wurde noch keine Nummer zugeteilt. Nach weiteren etwa drei Monaten nochmals ein Anruf, dann heisst es, ja, Sie haben jetzt eine Nummer erhalten, das ist eine grosse Gnade, man hat eine Nummer erhalten und dann fragt man, was bedeutet dies, ja, das bedeutet, dass weiterhin nichts getan wird. Dann hört man den Ratschlag aus Kreisen der Strafverfolgung, wenn man jeden Monat anrufen würde, dann würden die Chancen steigen, dass das in der Schubladisierungshierarchie ein bisschen weiter weg von der Verjährungsgefahr rutscht. Ich meine, das braucht auch Ressourcen bei der Staatsanwaltschaft, wenn jeden Monat ein solches Erinnerungstelefon zu beantworten ist und ich glaube wirklich, die Situation ist unhaltbar.

Und jetzt wieder, um in die Antike zurückzukehren, wo ist da der Deus ex machina? Ich könnte mir denken, KI würde bei der Triagierung von Strafanzeigen ein wertvolles Instrument sein, um wirklich auch Kriterien zu haben, wo man sagt, das ist liquide, dass man relativ weit, welche Delikte etc. und nicht einfach mal, ich sage es mal böse, zu stapeln. Und ich glaube, das ist wirklich ein drängendes rechtsstaatliches Problem, dass wir diese Pendenzen in den Griff kriegen. Ich glaube, nur der Ruf nach mehr Personal hilft auch nicht, ich glaube, da wären mit modernen Technologien grosse, und ohne Gefährdung, dass das alles irgendwo in den USA landet, Effizienzsteigerungen möglich und ich glaube wirklich, dass man da offen sein muss für auch kreative Lösungen. Wir müssen Kriterien finden in der Steuerung dieses Pendenzbergs, die dann nicht schlussendlich rein politisch sind und man sagt, wir machen uns unbeliebt, wenn wir jetzt diese Fälle abbauen und andere nicht.



Das mit den Fassadengeschäften ist natürlich noch ein bisschen eine andere Problematik, weil das im grössten Teil eine Hohlkriminalität ist, wo man selber aktiv tätig sein muss als Strafverfolgungsbehörde, das braucht auch noch weiteren Aufwand.

Ich möchte dies den Verantwortlichen mitgeben, vielleicht mache ich mal auch einen Vorstoss, wie KI eingesetzt werden könnte bei der Behandlung dieser Pendenzenberge und vielleicht wird die Stawa trotz Sisyphusarbeit dank KI zu einer glücklichen Institution.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Daniel Gmür.

Daniel Gmür (SP): Ich habe Sie ja schon vorgewarnt, ich komme da nochmals. Ich verzichte jetzt darauf, den Bericht nochmal zu wiederholen und was drinsteht, ich gehe ja davon aus, dass Sie das alle gelesen haben. Mir ist wichtig zu betonen, es ist uns ein sehr grosses Anliegen, dass die Strafverfolgungsbehörden ihre Verfahren fair und umfassend führen, dass sie diese Untersuchungen führen können und dass sie ihrem Strafverfolgungsauftrag nachkommen können. In grossen Anführungs- und Schlusszeichen «Lösungen», wo das Gesetz aber einfach umgangen wird, um da ein bisschen weniger Aufwand zu haben und Zeit zu gewinnen, können aber auf keinen Fall akzeptiert werden, und noch viel weniger jetzt noch grössere «Lösungen», bei welchen die Staatsanwaltschaft das Gesetz ein bisschen lasch versteht, wo nicht einmal Zeitersparnisse ersichtlich sind. Nach heutigem Kenntnisstand, nach dem, was man auch in diesen Berichten über die Staatsanwaltschaft von der GPK und von der Aufsicht gelesen hat, müssen wir davon ausgehen, dass die Staatsanwaltschaft ihrem Auftrag einfach schlichtweg nicht nachkommt oder nachkommen kann.

Jetzt vielleicht kurz zur Transparenz. In meiner Tätigkeit begegne ich der Staatsanwaltschaft manchmal, ich begegne ihr aber auf, ich sage jetzt mal, beiden Seiten. Ich vertrete Personen, die sich wünschen, dass die Staatsanwaltschaft möglichst schnell verurteilt, und ich begegne ihnen in Vertretung von Personen, die möglichst keine Verurteilung wollen. In beiden Fällen staune ich eigentlich in jedem Fall über die beeindruckende Ineffizienz, mit welcher gewisse Verfahren geführt werden. Aus dem Umfeld, jetzt in Ergänzung zu dem, was wir hier gelesen haben im Bericht, aus dem Umfeld von Mitarbeiter*innen der Staatsanwaltschaft wird eine kritische Führungskultur berichtet, welche zu ineffizienter Fallbearbeitung, fraglicher Priorisierung führt, und nicht zuletzt wird auch Widerstand berichtet aus dem Umfeld der Mitarbeitenden aus der Leitung der Staatsanwaltschaft über die beschlossene Reorganisation dieses Parlaments. Das kann demokratiepolitisch auf absolut gar keinen Fall geduldet werden.

Nun kombinieren wir das mit dem, was wir im Bericht gelesen haben. Zum Beispiel sehen wir dort, dass die Staatsanwaltschaft die nötigen Daten nicht liefert, damit die GPK ihrer Aufsicht nachkommen kann. Das kombiniert führt zu einem Bild, wo ich mich ernsthaft frage, ob da nicht ein gewisses kleines Königreich in der Leitung verstanden wird, was sich gegenüber den Aufsichtskommissionen nicht verantworten möchte. Und dass diese den Kulturwandel nicht wirklich angehen wollen, das lese ich aus dem Bericht der Aufsichtskommission, welche sagt, dass die Leitung der Staatsanwaltschaft ihr schlichtweg nicht sagen konnte, wie und ob sie diesen Kulturwandel überhaupt angehen möchte.

Ich denke, wir als Parlament müssen uns vor einem solchen Hintergrund an der Nase nehmen und uns überlegen, wer in der Leitung einer solchen unabhängigen Behörde ist, und wir müssen uns auch an der Nase nehmen und das nächste Mal, wenn die Staatsanwaltschaft Personalaufstockungen verlangt, kritisch zu prüfen, ob sie diese Falllast nicht auch durch interne Reorganisation besser bewältigen kann als durch Personalaufstockung. So lese ich zumindest die Berichte der GPK und der Aufsichtskommission, empfehle ich wirklich zur Lektüre. Es stellt sich auch die Frage, ob die Aufsicht, wie wir sie heute haben, diese geteilte Aufsicht, GPK, Aufsichtskommission, ein bisschen die Departementsleitung, ob diese wirklich effizient ist oder ob durch das nicht eine gewisse Verantwortungsdiffusion entsteht. Ich gehe daher da fest mit der Empfehlung der GPK, welche hier diese Reorganisation nutzen möchte, um gleich die Aufsichtskommission in ihrer Rolle zu stärken über die Staatsanwaltschaft.

Und schliesslich möchten wir uns auch mit Nachdruck hinter die Empfehlung stellen, dass die Staatsanwaltschaft Massnahmen ergreift, um die Versorgungslücken bei den stationären Massnahmen von Minderjährigen unter 15-Jährigen ergreift. Die Trennung von Kindern und Erwachsenen ist sehr wichtig prioritär zu behandeln und ich hoffe, hier Lösungsvorschläge zu sehen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Gerichtsrat verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zu den Bemerkungen zum Bericht der Ombudsstelle, Finanzkontrolle und Datenschutzbeauftragter. Hier hätte der Kommissionspräsident der GPK das Wort. Er verzichtet. Es sind auch keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Wir kommen damit zur

Detailberatung der Anträge der GPK (Seite 71 des Berichts)

Titel und Ingress



1. Genehmigung Jahresbericht des Regierungsrats
2. Genehmigung Bericht des Gerichtsrats und der Gerichte
3. Genehmigung Bericht der GPK
4. Kenntnisnahme der Empfehlungen und Forderungen der GPK

Publikationsklausel

Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009206, 24.06.26 16:42:44]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Jahresbericht 2025 des Regierungsrats wird genehmigt.
 2. Der Bericht des Gerichtsrats und der Gerichte für das Jahr 2025 wird genehmigt.
 3. Der Bericht der GPK für das Jahr 2025 wird genehmigt.
 4. Die Empfehlungen und Forderungen im Bericht der GPK werden in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen.
- Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 88 Ja-Stimmen gegen keine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung zugestimmt.

10. Kantonale Volksinitiative "50 Meter Hallenbad für Basel! - JETZT!" - Antrag auf Fristverlängerung, Bericht der JSSK

[24.06.26 16:42:53, 22.0282.05]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die JSSK beantragt, die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung bis zum 24. September 2028 zu verlängern. Das Wort hat die Kommissionspräsidentin der JSSK, Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Ich spreche im Namen der JSSK zum Geschäft betreffend die Verlängerung der Abstimmungsfrist zur kantonalen Volksinitiative «50 Meter Hallenbad für Basel! - JETZT!». Vielleicht kurz zur Vorgeschichte. Die umformulierte Initiative wurde im Jahr 2021 lanciert und im Februar 2022 mit über 3'000 gültigen Unterschriften eingereicht. Sie verlangt, dass der Kanton Basel-Stadt an geeigneter Lage eine moderne Schwimmhalle mit einem 50-Meter-Becken errichtet und betreibt. Nachdem die Abstimmungsfrist bereits mehrmals auf Antrag des Regierungsrates verlängert wurde, beantragte dieser wiederum mit seinem Bericht vom 4. März 2026, dass die Initiative mit Empfehlung auf Annahme dem Volk vorgelegt wird. Das Geschäft wurde dann der JSSK zugewiesen und wir haben dieses an zwei Sitzungen beraten.

Ja, das Anliegen trifft auf einen mittlerweile breit anerkannten Bedarf. Sowohl der Schul- und Vereinssport als auch die breite Bevölkerung weisen seit langer Zeit auf den Mangel an gedeckten Wasserflächen und insbesondere auf das Fehlen eines



ganzjährig nutzbaren 50-Meter-Hallenbads hin. In der neuen Sportstrategie des Regierungsrats, welche im Frühling präsentiert wurde, hat das Hallenbad sodann auch die Priorität 1.

Die Kommission hat sich im Rahmen ihrer Beratungen über den aktuellen Stand der Standortsuchen und die laufenden Planungen informieren lassen. Zudem hat sie das Initiativkomitee angehört, dabei wurde nochmals klar, dass die Forderung nach einem 50-Meter-Hallenbad bereits seit Jahrzehnten besteht und der Leidensdruck hoch und der Leidensweg lang ist. Aber wir kennen es, die Mühlen der Politik mahlen langsam, manchmal vielleicht auch zu langsam. Aber der dringende Bedarf ist nun mehr bei sämtlichen politischen Couleurs anerkannt. Es war der Kommission keine politische Stimme bekannt, welche die Forderung nach mehr Wasserflächen nicht aktiv unterstützt. Auch das Bekenntnis der Regierung ist spätestens seit der Sportstättenstrategie klar und unmissverständlich.

Vor diesem Hintergrund kam die Kommission zum Schluss, dass es wenig sinnvoll wäre, zum jetzigen Zeitpunkt eine Volksabstimmung durchzuführen, in welcher sich die Parteien vielleicht höchstens darüber streiten können, wer am meisten Ja sagt. Volksabstimmungen binden immer Ressourcen und sind auch teuer. In der vorliegenden Angelegenheit würde sie der Sache kaum einen Mehrwert bringen und keine Beschleunigung. Eulen soll man bekanntlich nicht nach Athen tragen, eine Volksabstimmung käme gemäss der Auffassung der Kommission praktisch einem Leerlauf gleich. Entsprechend hat die Kommission mit dem Initiativkomitee die Möglichkeit einer grosszügigen Fristerstreckung ausgelotet. Das Initiativkomitee hat gegenüber der Kommission deutlich gemacht, dass es eine Fristerstreckung von 24 Monaten mitträgt.

Das Komitee erwartet aber nun konkrete Fortschritte, einen raschen Entscheid betreffend Standort sowie einen straffen Zeitplan. Wie im Bericht der JSSK zu entnehmen ist, favorisiert das Initiativkomitee dann auch den Standort auf dem St. Jakob-Areal. An dieser Stelle möchte ich aber klar darauf hinweisen und betonen, dass die Kommission selbst keine Diskussion zu der konkreten Standortwahl geführt hat und diese bezüglich keine konsolidierte Position hat. Mit der Fristerstreckung soll aber die Möglichkeit geschaffen werden, die laufenden Arbeiten abzuschliessen und anschliessend auf den gesicherten Grundlagen über die weiteren Schritte zu entscheiden. Gleichzeitig hält die Kommission aber ausdrücklich fest, dass der Bedarf nach einem 50-Meter-Hallenbad unbestritten ist. Auch sie erwartet von den zuständigen Stellen, dass die Arbeiten zügig vorangetrieben werden und keine weiteren unnötigen Verzögerungen entstehen.

Die Kommission beantragt daher dem Grossen Rat, die Verlängerung der Abstimmungsfrist um 24 weitere Monate und somit bis am 24. September 2028 zuzustimmen und dem entsprechenden Grossratsbeschluss anzunehmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hätte der Regierungsrat. Er verzichtet. Dann kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Eingetragen für die SP-Fraktion hat sich Salome Bessenich.

Salome Bessenich (SP): Auch im Namen der SP-Fraktion möchte ich festhalten, dass wir die beantragte Fristverlängerung begrüssen. Für uns hat aber jetzt Priorität, dass die Planung und die Prüfung der verschiedenen Standorte zügig vorangetrieben werden. Wichtig ist uns, dass es bei dieser Initiative aber nicht nur um den Spitzensport geht, sondern ebenso um den Breitensport. Ein 50-Meter-Hallenbad soll selbstverständlich den Trainings- und Wettkampfbedürfnissen des Spitzensports abdecken, aber eben auch der breiten Bevölkerung zugutekommen. Dazu gehören auch Nutzungsformen für Familien. Gerade im Winter besteht hier ein grosser Mangel an öffentlich zugänglichen Schwimmflächen. In einer dichten Stadt wie Basel ist es zentral, dass grosse Sportanlagen möglichst viele Bedürfnisse gleichzeitig aufnehmen und einen breiten Nutzen stiften können.

Das Initiativkomitee hat sich im Hearing dazu geäussert, dass aus seiner Sicht insbesondere das Joggeli als Standort zu bevorzugen sei. Wir haben es gehört, die JSSK hat diese Standortfrage bewusst noch nicht vertieft diskutiert, da die entsprechenden Grundlagen noch nicht vorliegen. Auch wir als SP haben die Initiative unterstützt, aber derzeit noch keine Haltung zum Standort. Wir möchten dieser Diskussion heute nicht vorgreifen, sondern die Arbeit der Regierung abwarten. Entscheidend ist für uns, wie schon gesagt, dass die Umsetzung mit hoher Priorität und ohne weitere Verzögerungen angegangen wird. Darum begrüssen wir auch ausdrücklich, dass die Realisierung eines 50-Meter-Hallenbads in der strategischen Sportanlagenplanung eben mit sehr hoher Dringlichkeit, also Priorität 1, eingestuft wird.

Auch die Bau- und Raumplanungskommission hat sich bekanntlich schon einmal mit der Standortfrage eines 50-Meter-Schwimmbads auseinandergesetzt. Die SP hätte damals auch eine Realisierung am Standort Musical Theater sehr begrüsst. Dieser Standort wäre insbesondere auch für den Breitensport attraktiv gewesen, gerade weil er eben im Kleinbasel sehr zentral gelegen ist. Wir akzeptieren selbstverständlich, dass dieses Projekt damals nicht politisch mehrheitsfähig war, was nun aber dennoch dazu führt, dass die Frist für diese Initiative weiter verlängert werden muss. Wir hätten damals Hand geboten für eine rasche Lösung und wir sind weiterhin bereit, konstruktiv an einer solchen mitzuarbeiten.

Ebenso wichtig ist uns, dass auch die bestehenden Schwimmflächen bis zur Realisierung eines 50-Meter-Schwimmbeckens möglichst intensiv und effizient genutzt werden. Die SP-Fraktion hat sich bereits früher dafür eingesetzt, dass etwa die



Gartenbäder länger geöffnet bleiben und wir erwarten, dass das Erziehungsdepartement auch bei den Hallenbädern prüft, ob die bestehenden Flächen noch besser genutzt werden können und wo allenfalls Optimierungspotenzial besteht.

Zusammenfassend, wir unterstützen die Fristverlängerung, verbinden sie aber klar mit der Erwartung, dass die Planung nun mit Nachdruck vorangetrieben wird. Basel braucht zusätzliche Schwimmflächen für den Spitzensport, für den Breitensport und für die ganze Bevölkerung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecherin eintragen hat sich Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Ich möchte die Situation gleich nutzen und der JSSK mitgeben, das ED hat einen Plan vorgestellt, beim Bachgraben grosse Eisflächen zu bauen und dort gibt es enorme Abwärme und es ist ein grosses Projekt und ich verstehe nicht, wieso dort nicht auch die Schwimmhallen miteingeplant werden. Wenn wir schon ein Projekt planen mit grosser Abwärme, müssen wir auch diese Schwimmhallen, die auch energieintensiv sind, mitnutzen. Ich bin überzeugt, dass wir das als Stadt irgendwann mal bereuen werden, wenn wir diese Projekte nicht verbinden. Es fehlen uns Eisflächen, es fehlen uns Schwimmflächen, planen wir das gemeinsam, machen wir das gemeinsam, es ist schade und eine vergebene Chance, wenn wir diese nicht nutzen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 3 des Berichts)

Titel und Ingress

Frist zur Durchführung der Volksabstimmung

Publikationsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009208, 24.06.26 16:53:14]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung zur unformulierten kantonalen Volksinitiative «50 Meter Hallenbad für Basel! – JETZT» wird gemäss § 24a Abs. 4 des Gesetzes betreffend Initiative und Referendum im Einverständnis des Initiativkomitees bis zum 24. September 2028 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 88 Ja-Stimmen gegen keine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung dem Grossratsbeschluss zugestimmt.



11. Stand und Entwicklung der Immissionen nichtionisierender Strahlung (NIS) im Jahr 2023; Jährliche Berichterstattung an den Grossen Rat gemäss § 19b Umweltschutzgesetz Basel-Stadt (USG BS), Bericht des RR

[24.06.26 16:53:21, 26.0185.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat und die UVEK beantragen, auf das Geschäft einzutreten und den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Für die UVEK das Wort hat Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Ich darf Ihnen im Namen der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission über den Bericht zum Stand und zur Entwicklung der Immissionen nichtionisierender Strahlung, kurz NIS, berichten. Beschlossen hat die UVEK einen mündlichen Bericht.

Die Kommission ist auf das Geschäft eingetreten und hat es in einer Sitzung am 13. Mai behandelt und abgeschlossen. Ausgangspunkt dieses Geschäfts ist § 19b des basel-städtischen Umweltschutzgesetzes vom 13. März 1991. Der Grosse Rat hat im Jahr 2009 festgelegt, dass der Kanton den Stand und die Entwicklung der Immissionen nichtionisierender Strahlung überwacht. Dazu gehören Messungen, Ausbreitungsrechnungen und eine Berichterstattung an den Grossen Rat. Fachlich zuständig ist das Lufthygieneamt beider Basel.

Vorliegend haben wir nun den Bericht von 2026 mit Daten von 2022 bis 2023. Nichtionisierende Strahlung entsteht insbesondere im Zusammenhang mit Funkdiensten wie Mobilfunk, Rundfunk, Funkruf, Radio und Fernsehen. Bei sehr hohen Intensitäten kann solche Strahlung Materie erwärmen, deshalb bestehen auf Bundesebene in der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung entsprechende Immissionsgrenzwerte. Diese Grenzwerte müssen überall eingehalten werden, wo sich Menschen, wenn auch nur kurzfristig, aufhalten können.

Der Bericht zeigt auf, wie diese Immissionen in Basel-Stadt erfasst und beurteilt werden. Einerseits gibt es punktuelle Messungen an automatischen Messstationen, andererseits werden seit 2010 computergestützte Modellrechnungen erstellt. Diese ergeben sogenannte Feldstärkekarten oder Immissionskataster. Sie bilden die Belastung durch nichtionisierende Strahlung im Freien nahezu flächendeckend ab. In diese Modellrechnungen fliessen die technischen Daten stationärer Sendeanlagen ein, also etwa Standort, Senderichtung, Sendeleistung, Frequenz und Abstrahlcharakteristik. Wichtig dabei ist, dass die Modellierung eine gute Gesamtbetrachtung erlaubt, aber mit Grenzen. Dazu gehören etwa Gebäudestrukturen, Trennwände oder Fassaden. Die tatsächliche Strahlenbelastung an einem bestimmten Ort kann deshalb letztlich nur durch Messungen zuverlässig bestimmt werden.

Ein besonderer Punkt im Bericht betrifft die neueren Mobilfunktechnologien, insbesondere 5G und adaptive Antennen. Adaptive Antennen können ihre abgestrahlte Leistung gezielt in Richtung einzelner Nutzerinnen und Nutzer ausrichten. Dieses sogenannte Beamforming ist nutzungsabhängig. Bereiche, in denen keine Endgeräte aktiv genutzt werden, werden tendenziell weniger bestrahlt. Weil diese Nutzungsabhängigkeit in den Modellen nicht vollständig abgebildet werden kann, wurde bei der Modellierung vorsichtshalber davon ausgegangen, dass auch adaptive Antennen gleichmässig abstrahlen. Das kann aber dazu führen, dass die berechneten Werte leicht über den tatsächlichen Immissionen liegen.

Die Ergebnisse zeigen insgesamt ein sehr klares Bild. Die Immissionsgrenzwerte werden mit grosser Reserve eingehalten. Die Werte haben sich in den letzten Jahren kaum verändert und liegen über die betrachteten Jahre hinweg deutlich unter den gesetzlichen Grenzwerten, auch im Vergleich zum Referenzjahr 2010. Die höchsten berechneten Immissionen je nach Jahr liegen bei 15.4 Volt pro Meter bzw. 12.2 Volt pro Meter. Gemessen am tiefsten relevanten Immissionsgrenzwert von 28 Volt pro Meter entspricht dies einer Ausschöpfung von 55% bzw. 44%. Der grösste Teil der Immissionen liegt jedoch bei maximal 1 Volt pro Meter und damit bei weniger als 4% des tiefsten Grenzwertes. Das heisst, der Durchschnitt liegt rund 96% unter dem Grenzwert.

Der Bericht liegt uns zur Kenntnisnahme vor. Er ist fachlich nachvollziehbar, die Grenzwerte werden nach den vorliegenden Daten mit grosser Reserve eingehalten, eine künftige Form der Berichterstattung gilt es noch zu klären. Die UVEK empfiehlt deshalb dem Grossen Rat einstimmig, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Abschliessend danken wir der Verwaltung für die mündlich umfassenden Ausführungen zum Bericht und die bereitwillig konstruktive Beantwortung der Fragestellung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.



RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Im Jahre 2009 hat der Grosse Rat im Umweltschutzgesetz den Kanton beauftragt, die Belastung durch nichtionisierende Strahlung zu überwachen. Seit 2010 misst entsprechend der Kanton Strahlung, stellt Berechnungen an und berichtet dem Grossen Rat regelmässig. Mit diesem Bericht liegt die aktuellste Berichterstattung vor. Sie zeigt, und hier wiederhole ich die Vizepräsidentin der UVEK, dass auch im Berichtsjahr der Immissionsgrenzwert für Mobilfunk- und Rundfunkstrahlen deutlich eingehalten wurde. Die gemessene Strahlbelastung liegt unter den gesetzlichen Grenzwerten. Damit werden die gesetzlichen Vorgaben erfüllt und es besteht im Vollzug keinen konkreten Anpassungsbedarf.

Vielleicht zur Organisation der Fachstelle nichtionisierende Strahlung, da wird es eine Veränderung geben oder hat es gegeben, weil bis anhin oblag das dem gemeinsamen Lufthygieneamt beider Basel, und wie Sie wissen, wurde diese Stelle eingegliedert in die kantonale basel-städtische Verwaltung, konkreter in das Amt für Umwelt und Energie. Dort gibt es jetzt eine Abteilung Immissionen, wo die Fachstellen für Lärm, Luft und nichtionisierende Strahlung beheimatet sind. Wir werden das also in Zukunft alleine als Kanton Basel-Stadt vollziehen.

Das zweite ist die Berichterstattung. Der Regierungsrat denkt darüber nach, dass diese regelmässige Berichterstattung, die jetzt nur über einen Umweltbereich stattfindet, dass wir das in unsere regelmässige, auch online im Umweltbericht beider Basel abhandeln werden in Zukunft. Dazu braucht es aber eine Gesetzesänderung und solange diese nicht vorliegt, wird natürlich im alten Verfahren verfahren, aber wir denken, es ist sinnvoller, all diese Umweltthemen, diese Umweltgüter in gleicher Art und Weise zu berichten und auch dem Grossen Rat und der Öffentlichkeit entsprechend regelmässig vorzulegen.

Dies von meiner Seite. Ich danke der Kommission für die kritische Betrachtung dieses Geschäftes und bitte Sie im Namen des Regierungsrats, diese Berichterstattung zur Kenntnis zu nehmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt. Sie haben den Bericht des Regierungsrats zur Kenntnis genommen. Das Geschäft ist erledigt.

Der Grosse Rat beschliesst

Kenntnisnahme

12. Umsetzung von mobilen Elementen zur Freiraumverbesserung auf der Rosentalanlage und im Rosentalquartier, Ausgabenbericht des RR

[24.06.26 17:01:10, 25.1827.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die Kommission der UVEK das Wort hat Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Ich darf Ihnen im Namen der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission über die zwei genannten miteinander verbundenen Geschäfte berichten, Traktandum 12 und Traktandum 13.

Die UVEK ist auf beide Geschäfte eingetreten und hat sie zusammen in einer Sitzung am 13. Mai behandelt und abgeschlossen. Die Geschäfte waren unbestritten und die UVEK hat sich für einen mündlichen Bericht entschlossen. Auch wenn uns formell zwei separate Ausgabenberichte vorliegen und diese auch getrennt behandelt und beschlossen werden, gehören sie aber inhaltlich zusammen und ich berichte deshalb auch gleich über beide Ausgabenbewilligungen, denn sie verfolgen ein gemeinsames Anliegen, nämlich die Verbesserung der Freiraumsituation im ganzen Rosentalquartier.

Das Rosentalquartier ist ein sehr dynamisches Quartier mit hoher Bevölkerungsdichte und im Vergleich zu anderen Quartieren mit wenig Freiräumen und gleichzeitig aber mit hoher stadtklimatischer Belastung. Die Rosentalanlage soll langfristig saniert und neu gestaltet werden. Sie soll weiterhin als Veranstaltungsort funktionieren können, gleichzeitig aber auch für das Quartier einen besseren Nutzen erhalten. Ergänzend dazu sollen mobile Elemente eingesetzt werden, damit die Anlage in veranstaltungsfreien Zeiten belebter und nutzbarer wird und gleichzeitig während Grossveranstaltungen diese mobilen Angebote ins Quartier verlagert werden können. Sie ist also geprägt durch eine besondere Doppelfunktion, welche zu einem Spannungsfeld führt. Während den Veranstaltungen herrscht Hochbetrieb mit vielen Besuchenden, Logistik, Anlieferungen, Auf- und Abbau, Fuhrpark und intensiver Nutzung. In den Zwischenzeiten, und das verteilt auf das ganze Jahr, wirkt die Fläche dagegen häufig leer, unattraktiv und wenig nutzbar.



Bereits im Jahr 2001 hat der Grosse Rat einer Neugestaltung des Messeplatzes und der Rosentalanlage zugestimmt. Damals war die Neugestaltung jedoch an die Bedingung geknüpft, dass für Grossveranstaltungen zuerst ein Ersatzstandort gefunden werden muss. Eine solche zusammenhängende Fläche, welche Anforderungen an Erschliessung, Logistik, Lärmschutz und weitere Nutzungsinteressen stellte, dafür wurde leider kein zufriedenstellender Ersatzstandort gefunden. Der Regierungsrat entschied deshalb im Jahr 2021, die Standortsuche zu sistieren und die Rosentalanlage weiterhin als Standort für Grossveranstaltungen zu belassen.

Damit blieb aber der Sanierungs- und Aufwertungsbedarf bestehen. Die Anlage wird intensiv beansprucht, der Baumbestand ist stadtklimatisch wertvoll, gleichzeitig wird er aber durch Bodenverdichtung, schwere Fahrzeuge, Aufbauten und wiederkehrende Belastungen geschwächt. Ersatzpflanzungen sind aufgrund der heutigen Nutzung nur eingeschränkt möglich. Auch die Veranstaltungsinfrastruktur ist teilweise ungenügend, insbesondere fehlen geeignete Medienpunkte und klare, baumschonende Lösungen.

Vor diesem Hintergrund wurde eine Vorstudie zur Aufwertung der Rosentalanlage und des angrenzenden Quartiers erarbeitet. Diese bildet die gemeinsame Grundlage, nicht die fertige Projektierung der beiden Ausgabenberichte. Die Vorstudie arbeitet mit drei Teilstrategien. Teilstrategie Rosentalanlage, sie definiert die Eckpunkte für die Sanierung und Neugestaltung der Anlage. Ziel ist, die Aufenthaltsqualität im Quartier zu verbessern und die Veranstaltungsfläche für Grossanlässe zu optimieren, Baumbestand und Vegetationsflächen aufzuwerten und zu vergrössern und die Zugänglichkeit für Fussgängerinnen und Fussgänger zu verbessern. Weiter soll vor der Kapelle, welche übrigens unter Denkmalschutz steht, entsiegelt und stärker begrünt werden. Die Anlage soll zum Messeplatz und zum Rosentalturm hin durchlässiger werden und gegen die Riehenstrasse hin soll ein dichter grüner Rahmen als Abgrenzung Lärm- und Sicherheitsmassnahmen entstehen.

Zur Teilstrategie Strassenräume. Sie prüft, wie siedlungsorientierte Strassenräume im Quartier besser als Aufenthalts- und Begegnungsräume genutzt werden können. Und zuletzt zur Teilstrategie Pocket Parks, mein Lieblingswort. Dabei geht es um kleine, heute unternutzte Restflächen oder Zwischenräume, die mit zusätzlichem Grün, Sitzgelegenheiten, Spiel-, Sport- oder Begegnungselementen zu kleineren Quartierfreiräumen aufgewertet werden können.

Wichtig ist, die Teilstrategien stehen nicht nebeneinander, sondern ergänzen sich. Gerade weil im Rosentalquartier grössere zusammenhängende neue Freiräume kaum realisierbar sind, sollen auch kleinere Spielräume genutzt werden können. Dies betrifft etwa mögliche Aufwertungen beim Musical Theater, in der Bleichestrasse, an der Jägerstrasse/Schönaustrasse sowie bei der Grünflächen an der Mattenstrasse. Diese Massnahmen sind im vorliegenden Kredit noch nicht direkt enthalten, sollen aber im Rahmen separater Vorprojekte weiter bearbeitet und mit ohnehin anstehenden Erhaltungsmassnahmen koordiniert werden.

Mit dem ersten Ausgabenbericht, Traktandum 12, beantragt der Regierungsrat Mittel in der Höhe von insgesamt 725'000 Franken für die Konzeption und Umsetzung von mobilen Elementen auf der Rosentalanlage und für das ganze Rosentalquartier. Dafür sind 625'000 Franken finanziell rechtlich neu, 100'000 Franken sind bereits über den Ratschlag zum Stadtklimakonzept bewilligt worden.

Die Idee der mobilen Elemente ist zentral und ermöglichen eine raschere Verbesserung der Nutzbarkeit und können bereits vor der umfassenden baulichen Umgestaltung der Rosentalanlage ihre Wirkung entfalten. In veranstaltungsfreien Zeiten sollen sie auf der Rosentalanlage stehen und die zwischenzeitlich leere Fläche von immerhin 50% der Jahreszeit beleben. Während Grossveranstaltungen sollen sie in geeignete Bereiche im Quartier verschoben werden können und dort weiterhin nutzbar bleiben. Geplant sind beispielsweise Sitzgelegenheiten, Tische, Schattenspenden, mobile Begrünung, Wasserelemente, Sportgeräte sowie Spielangebote für Kinder und Erwachsene. Die Elemente sollen möglichst unterschiedliche Altersgruppen und Nutzungsbedürfnisse ansprechen. Bestehende Elemente, etwa aus dem Stadtklimakonzept, können durchaus integriert werden. Es braucht aber gleichzeitig für diesen Standort spezifische, gestalterisch überzeugende und technisch geeignete Elemente, weil sie regelmässig auf- und abgebaut oder verschoben werden müssen. So ein Rundumpaket.

Mit dem zweiten Ausgabenbericht, Traktandum 13, beantragt der Regierungsrat 850'000 Franken für die Durchführung eines landschaftsarchitektonischen Wettbewerbs und die anschliessende Weiterbearbeitung des Siegerprojekts bis zur Ratschlagsreife. Davon entfallen 450'000 Franken auf das Wettbewerbsverfahren und 400'000 Franken auf die Weiterbearbeitung des Siegerprojekts. Es werden keine zusätzlichen Personalmittel beantragt.

Auch wenn bereits relativ viele Vorgaben bekannt sind, aber noch kein fertiger Gestaltungsraum existiert, sondern nur ein grobes Schema mit Randbedingungen, braucht es einen Wettbewerb. Er soll Antworten und Lösungen auf eine sehr komplexe Aufgabenstellung liefern. Es braucht deshalb verschiedene qualitätsvolle Planungsvarianten zur Ansicht, um schlussendlich ein ausgereiftes, stimmiges Projekt für diese vielschichtigen Anforderungen zu bekommen. Frühere Planungsideen sind aufgrund der veränderten Ausgangslage nicht mehr direkt übertragbar.

Ein wesentlicher Punkt in der Projektierung ist der Einbezug des Quartiers. Die Partizipation soll klar sichtbar und verbindlich ausgestaltet werden. Für den Wettbewerb ist eine Quartiervertretung im Beurteilungsgremium vorgesehen, zudem sollen



Anliegen und Bedürfnisse der Quartierbevölkerung vor der Ausschreibung abgeholt und in die Wettbewerbsunterlagen aufgenommen werden. Auch in der Weiterbearbeitung des Siegerprojekts soll die Quartierbevölkerung einbezogen werden.

Aufgrund der detaillierten Ausführungen der Fachpersonen, der Nachvollziehbarkeit der Anliegen und der daraus entstandenen kurzen Diskussion in der Kommission beantragt die UVEK dem Grossen Rat einstimmig, beiden Ausgabenbewilligungen zuzustimmen.

Ich bedanke mich im Namen der UVEK bei der Verwaltung für die kompetente Erarbeitung der beiden Geschäfte und die konstruktive Zusammenarbeit.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank der Kommission für die sehr schnelle Behandlung und auch den Bericht heute, vielen Dank an die Vizepräsidentin für die ausführliche und gute Berichterstattung. Ich glaube, es ist klar, Ziel der beiden Ratschläge ist wirklich die Verbesserung der Situation in diesem Quartier. Wer sich ab und zu dort aufhält, weiss, dass dort die Freiräume wirklich äusserst knapp sind. Im Moment in diesen heissen Tagen fehlt es an Grünräumen, wo man hingehen kann und sich abkühlen kann, und wenn man sich dann noch bewusst ist, dass das ein Quartier ist mit sehr viel günstigem Wohnraum und jetzt tendenziell nicht in grosszügigen Gartenanlagen in den Innenhöfen oder topmodernen Häusern, die gut gekühlt sind, kann man sich vorstellen, dass das ein Quartier ist, das darauf angewiesen ist, dass es draussen attraktive Flächen gibt.

Deshalb haben wir das sehr umfassend angeschaut und nicht nur mit kurzfristigen Massnahmen wollen wir arbeiten, sondern auch mit mittelfristigen und langfristigen. Es ist ein Gesamtkonzept, das Sie hier vorliegen haben mit Traktandum 12 und 13. Natürlich werden wir auch langfristig wirklich an den Strassen entsiegeln wollen, aber wie immer schauen wir, dass wir das im Rahmen des Erhaltungsbedarfs machen, also dass wir die Strassen vor allem dann anfassen, wenn wirklich auch etwas an der Infrastruktur gemacht werden muss. Die mobilen Elemente bei der Rosentalanlage sollen die Menschen auch zur Begegnung einladen. Ich denke, auch das in den Quartieren ist wirklich sehr wichtig, zumal das Rosentalquartier sonst kein eigentliches Zentrum hat.

Ich spreche auch gleich zu beiden Traktanden. Ich gehe davon aus, dass es noch zu diskutieren gibt, dass wir hier Gelder für einen Wettbewerb abholen bei der Rosentalanlage. Die Vizepräsidentin der UVEK hat es vorhin sehr gut ausgeführt, natürlich kann man jetzt sagen, braucht es da einen Wettbewerb. Aber ich denke schon, wenn man sich überlegt, dass die Ausgangslage eben sehr komplex ist, dass wir dort eine Fläche haben, die weiterhin auch für Veranstaltungen sich eignen soll, daneben haben wir Flächen, die teilweise für das Quartier zur Verfügung stehen soll, andererseits aber auch für die Logistik genutzt werden muss und dann wiederum ganz andere Flächen, die man wirklich aufwerten soll, nutzbar machen soll für das Quartier. Es ist nicht eine ganz einfache Aufgabe, die da zu lösen ist. Wenn sie so einfach wäre, hätten wir sie auch schon schneller gelöst. Und ich denke, da kann ein Wettbewerb wirklich gute Ideen einbringen, kann gute Ideen generieren. Es kommt hinzu, dass wenn wir das mit Direktvergaben machen, dann müssen wir die Planung mit dem einen Büro machen und dann für die Realisierung nochmals ausschreiben und das bedeutet einen Unterbruch bei den zuständigen Personen, einen gewissen Knowhow-Verlust und auch das, denke ich, wäre nicht förderlich für das Projekt.

Deshalb bitte ich Sie sehr, diesen beiden Ratschlägen zuzustimmen, einerseits diesen mobilen Massnahmen und den Pocket Parks, diesen eher, ich sage mal, kurz- und mittelfristigen Planungen und dann aber auch diesem Ratschlag zum Thema Sanierung und eben teilweise Neugestaltung der Rosentalanlage, die doch ein sehr wichtiges Element auch für die künftige Freiraumversorgung von diesem Quartier bietet.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Erste Fraktionssprecherin für die SVP ist Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Auch ich spreche gleich für das Traktandum 12 und 13, so sind wir heute etwas effizienter in dieser Hitze. Die SVP beantragt Ihnen, das Geschäft zurückzuweisen und sollte das keinen Erfolg haben, das Geschäft abzulehnen. Weshalb? Ich werde hier nur auf die Punkte eingehen, die uns dazu bewogen haben, hier das Geschäft zurückzuweisen.

Wir anerkennen, dass das Rosentalquartier ein Quartier ist, das sehr wenig Grün hat und der entsprechende Hitzestau dort sehr gross ist. Ich habe selber in diesem Quartier gewohnt und habe das auch am eigenen Leibe erlebt. Allerdings geht es hier darum, löst man dieses Problem mit einer langfristigen Planung. Also hier sollte man nichts überstürzen, man muss hier längerfristig planen, man muss hier die Veränderungen nachhaltig bewirken und das wurde hier in diesem Quartier sehr lange komplett verpasst.



Es fehlen die Grünflächen, das anerkennen wir absolut. Doch warum möchten wir zurückweisen? Wir haben Veränderungen, die kommen, die anstehen. Wir haben den Rosentalurm, auch dort ist Grün eingeplant, wir haben das Gebiet Rosental Mitte, wo man auch anerkannt hat, dass man hier frei werdende Flächen zur Begrünung und für die Öffentlichkeit nutzen kann. Das ist positiv, aber genau deshalb ist es absolut falsch, hier jetzt mit symbolischen Massnahmen, ich nenne es jetzt mal so, wie sogenannte Pocket Parks, hier, sind wir doch ehrlich, einfach wieder Parkplätze abzubauen. Wir sind nicht mehr gewillt, hier Massnahmen zuzustimmen, wo es immer Anti-Auto geht.

Ich muss der Verwaltung zugestehen und ich bin fast schon ein bisschen neidisch über diese Kreativität, wie immer wieder neue Gründe gefunden werden, wie man Parkplätze abbauen kann. Die neueste Erfindung, die Pocket Parks, das ist eine ultimative, super Erfindung. Ohne jegliche Wirkung kann man hier wieder Parkplätze abbauen, symbolisch behaupten, man begrünt. Eine Wirkung für die Anwohner gibt es nicht, insbesondere wenn man dann anschaut, wo beispielsweise diese Pocket Parks geplant sind. Angefangen bei der Bleichenstrasse beispielsweise, ich glaube, das ist etwa der einzige Ort noch, wo man mehr als zwei Parkplätze nebeneinander hat in diesem Quartier. Was macht man radikal, hier gleich mal die ganze Fläche streichen, um ein paar wenige Bäumchen zu pflanzen. Dahinter ist die Messe, da wird kein Anwohner davon profitieren, wenn da die Wand hochgeht vom Messegebäude. Ähnlich ist es auch gleich beim Musical, da haben wir ja schon ein paar Bäume, da will man jetzt halt noch zwei, drei mehr hinstellen, damit man diese vier, fünf Parkplätze rundherum auch noch abbauen kann. Mehrwert Null. Man hat hier schon zwei, drei Bäume und sorry, Frau Regierungsrätin Esther Keller, an Tagen wie diesen, wie heute, wird man nicht in einen Pocket Park, wo drei Bäume stehen, hingehen, um sich abzukühlen, weil auch dort kann man sich bei 37 Grad nicht mehr abkühlen.

Ja, es geht halt hier immer um diesen Parkplatzabbau und man muss schon sagen, im Rosentalquartier haben wir mehr als 100% Auslastung der Parkplätze. Also was bewirkt man, wenn man hier jetzt diese Parkplätze abbaut, um ein paar Bäume zu pflanzen, sehr symbolisch? Man bewirkt mehr Suchverkehr, also hat man mehr Verkehr, wieder weniger Sicherheit, wird ja argumentiert, mehr Fahrkilometer, mehr Abgase, auch mehr Wärme, die diese Fahrzeuge wieder abgeben, also es ist überhaupt gar kein Mehrwert, es ist keine Entlastung für das Quartier, es ist einfach wieder eine andere Belastung. Und wenn ich in einem Auto drin sein muss, weil ich keinen Parkplatz finde, ist das auch kein Mehrwert.

Sie sehen, wir haben immer das Gleiche, auch hier, ich stehe jedes Mal hier, ich denke, ich wiederhole mich gefühlt schon zum 15. Mal und das, obwohl ich erst seit eineinhalb Jahren im Grossen Rat bin. Es ist wieder so, man möchte Parkplätze abbauen, verweist auf zukünftige Projekte, wo Parkplätze unterirdisch gebaut werden, ja, jetzt wollen wir zuerst mal diese Parkplätze sehen, dann können wir darüber sprechen, ob wir oberirdisch diese abbauen.

Was mir auch noch fehlt in diesem Ratschlag ist schon auch bei all der Kreativität, die ich jetzt gelobt habe, für Gründe zu finden, Parkplätze abzubauen, fehlt mir die echte Kreativität, hier entlastende Massnahmen zu finden. Begrünung an Fassaden, Begrünung auf Dächern, Entsiegelung von Wegen, stattdessen findet man immer Gründe, den Baum genau auf dem letzten bestehenden Parkplatz noch hinzustellen. Hier wollen wir deshalb nicht einfach nur ablehnen, sondern in erster Linie beantragen wir die Zurückweisung, weil wir hier sagen, das könnte man doch überarbeiten und hier Massnahmen treffen, die nicht immer die armen Autofahrer betreffen, dass die noch mehr leiden, sondern hier gibt es genügend Möglichkeiten, man sieht ja auch einzelne positive Massnahmen in diesem Ratschlag, es gibt also Möglichkeiten, Massnahmen zu ergreifen, ohne ständig diese Parkplätze abzubauen. Und auch hier, es ist nicht nur das belasteste Quartier betreffend wenig Grünflächen, es ist auch das belasteste Quartier betreffend zu wenig Parkplätze. Das heisst, das muss man einfach beides berücksichtigen und hier beantragen wir, dass man hier Massnahmen ergreift, ohne Symbolpolitik, mit echter Wirkung und ohne ständig die Anwohner mit dem Abbau von Parkplätzen zu belästigen.

Ja, und dann noch kurz zum Traktandum 13, eben dieser erneute Wettbewerb, die Regierungsrätin hat es angesprochen. Wir sehen das nicht, das ist aus unserer Sicht wieder einfach Geld, das wieder neu ausgegeben wird. Ja klar, das sind lange Prozesse, aber deshalb möchten wir auch hier beim Traktandum 13 auch zurückweisen oder dann allenfalls abweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Thommen. Diese wird angenommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich verstehe die SVP-Fraktion nicht ganz. Beat K. Schaller hat uns Anfang Juni erklärt, dass die Menschen es gern heiss mögen, jetzt mögen sie es doch nicht heiss und brauchen diese Pocket Parks nicht. Können Sie mir sagen, gibt es jetzt die Klimaerwärmung, den Klimawandel, mögen die Menschen jetzt Hitze oder nicht?

Laetitia Block (SVP): Ich habe nie behauptet, dass die Menschen Hitze nicht mögen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Stefan Wittlin.



Stefan Wittlin (SP): Auch ich spreche gleich zu beiden Rosental-Geschäften. Die SP-Fraktion zeigt sich erfreut über die beiden vorliegenden Ausgabenberichte zur Rosentalanlage. Endlich geht die Planung für diesen zentralen Ort im Rosentalquartier spürbar voran. Lange Zeit war die Situation blockiert, doch mit den nun vorliegenden Geschäften machen wir einen wichtigen Schritt, um die Freiraumversorgung für die Menschen in diesem Quartier endlich nachhaltig zu stärken.

Zum ersten Geschäft, den mobilen Elementen und anderen Massnahmen im Quartier. Der Einsatz dieser flexiblen Infrastruktur ist ein sinnvoller und zeitgemässer Ansatz. Die Rosentalanlage steht, das wissen wir, in einem Spannungsfeld zwischen der Nutzung für Grossereignisse, wie der Herbstmesse oder dem Zirkus Knie, und den alltäglichen Bedürfnissen der Quartierbevölkerung nach Freiraum. Die mobilen Elemente von Sitzgelegenheiten über Stattenspender bis hin zu Spielgeräten stellen die nötige Nutzungsflexibilität sicher. Wenn die Anlage durch Veranstaltungen belegt ist, können diese Elemente einfach an andere Orte im Quartier, in die umliegenden Strassen oder die Pocket Parks verschoben werden. Sie sind vielseitig einsetzbar und können im Bedarfsfall sogar in anderen Quartieren zum Einsatz kommen. Besonders hervorzuheben ist, dass diese Massnahmen schnell umgesetzt werden können und somit einen sofortigen Impuls für mehr Lebensqualität im Rosental setzen.

Zum zweiten Geschäft, der Durchführung eines Landschaftsarchitekturwettbewerbs. Für die langfristige Sanierung und Neugestaltung ist ein Wettbewerb das richtige Instrument, denn Wettbewerb schafft Qualität. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir es hier mit einem sehr sensiblen Raum zu tun haben. Die Rosentalanlage beherbergt nicht nur einen wertvollen geschützten Baumbestand, der unter der intensiven Nutzung leidet, sondern mit der Kapelle von Melchior Berri auch ein bedeutendes Baudenkmal. Gleichzeitig sind die Nutzungsanforderungen massiv. Die Anlage muss weiterhin als Ort für Grossveranstaltungen funktionieren und gleichzeitig den ökologischen und stadtklimatischen Herausforderungen der Zukunft gerecht werden. Angesichts der baulichen Verdichtung im Umfeld steigt der Druck auf diese Fläche weiter an. Dies alles erfordert eine äusserst sorgfältige Planung, die durch das beantragte Wettbewerbsverfahren gewährleistet wird.

Ich möchte an dieser Stelle gerne noch kurz replizieren auf die beiden Rückweisungsanträge von Laetitia Block. Dass Sie zurückweisen wollen wegen den Parkplätzen, erstaunt uns nicht, dennoch ist es etwas kleinlich. Es geht hier wohl um sehr wenige Parkplätze und insgesamt entstehen ja in diesem Quartier viele neue Parkplätze, sowohl mit dem Bau des Rosentalturms wie auch mit dem geplanten Quartierparking bei der Siedlung anstelle der Messehalle 3. Da mache ich mir wirklich keine Sorgen, hingegen sind diese Grünräume, diese Aufwertung dieser Strassenräume dringend notwendig.

Und zum zweiten Geschäft, so wie ich Sie verstanden habe, finden Sie das Wettbewerbsverfahren hier nicht angemessen. Ich habe es schon gesagt, ich möchte aber nochmals verdeutlichen, weshalb es ein Wettbewerbsverfahren braucht, vielleicht auch für die nachfolgenden Voten. Ich möchte zwei Punkte hervorheben. Ein Wettbewerb ist ein Qualitätssicherungsinstrument und dieses Verfahren garantiert durch eine breite Palette an Entwürfen eine deutlich höhere gestalterische Qualität, als dies bei einer Ausschreibung ohne Varianzverfahren zu erwarten wäre. Es kommt hinzu, dass die Motivation und das Engagement der Planenden in einem Wettbewerbsverfahren einfach besonders hoch sind.

Der zweite Punkt ist, die geringen Planungskosten bei gleichzeitig sehr grossem Gestaltungsspielraum, die wir eben in einem Architekturwettbewerb oder einem Landschaftsarchitekturwettbewerb in diesem Fall haben. Gemessen an den geschätzten Gesamtkosten hier von 3.8 Mio. Franken sind die Wettbewerbskosten von 450'000 Franken verhältnismässig gering und der Gestaltungsspielraum ist in dieser Phase am grössten. Und deshalb lohnt es sich, in die Varianz zu investieren, um eine grosse Bandbreite an Entwürfen zu erzielen und damit auch die bestmögliche Planung zu erhalten.

In diesem Sinne bitte ich Sie, hier zuzustimmen. Wir investieren in ein Quartier, das diese Neugestaltung dringend braucht. Die Kombination aus schnellen Massnahmen und einer qualitativ hochwertigen, langfristigen Planung, das ist der richtige Weg.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt zwei Zwischenfragen, Daniel Seiler und Jenny Schweizer. Diese werden beide angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Ich frage mich grundsätzlich, stimmen wir heute über die Pocket Parks ab oder stimmen wir diesen zu, weil wir den Ratschlag überweisen oder die Kosten genehmigen? Das ist mir nicht ganz klar, wenn ich die Unterlagen lese.

Stefan Wittlin (SP): Ich würde vorschlagen, dass Regierungsrätin Esther Keller diese Frage nachher noch beantwortet. Ich finde sie nämlich wichtig und ich glaube, sie kann das besser als ich.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Jenny Schweizer.



Jenny Schweizer (SVP): Vielen Dank für die Annahme. Bei mir geht es auch um die Pocket Parks. Sie haben gesagt, man könnte es dann auch in anderen Quartieren anwenden. Haben Sie schon welche im Kopf, wo Sie das anwenden würden?

Stefan Wittlin (SP): Da habe ich nicht von den Pocket Parks gesprochen, sondern von den mobilen Elementen, die auch in anderen Quartieren zum Einsatz kommen können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich darf einmal mehr über ein UVEK-Geschäft sprechen, weil Sie ja schon von unserer UVEK-Kollegin gehört haben, die für die Kommission gesprochen hat. Sie haben gesehen, wir haben ein Plus für die mobilen Massnahmen und ein Offen für den Wettbewerb. Gerne erläutere ich kurz die Ursprünge dieser Positionen, die vor allem zum Offen geführt haben und dazu, dass wir gerade beim Wettbewerb noch ein bisschen unschlüssig sind.

Wir stimmen zu, dass dieses Quartier, das stark belastet ist, dicht bebaut ist, eine Aufwertung braucht, auch die mobilen Massnahmen, die ja dann doch auch erst in zwei Jahren, wenn ich es richtig im Kopf habe, wirken, aber die sicher dort eine gewisse Flexibilität reinbringen, die es dringend benötigt, gerade auch wegen dem Messestandort, zu dem wir uns weiterhin stark bekennen seitens LDP. Die mobilen Massnahmen ermöglichen dort wirklich diese Flexibilität zwischen Messe, die auch der Wirtschaft hilft, und aber auch Tourismus, auch in Sachen Freizeitvergnügen, wenn man an die Zirkusse denkt oder an das Zelt. Das Stadtklima würde sicher auch ein bisschen profitieren, wie fest das mit den mobilen Massnahmen so ist, da sind wir noch ein bisschen unschlüssig, aber es ist sicher einmal ein Signal in Richtung Bevölkerung, das wir als wichtig erachten. Wir möchten auch unterstreichen, dass das Denken in Flexibilität, das hier gemacht wurde, in unseren Reihen Anklang findet, weil das durchaus nicht immer der Fall ist und hier jetzt doch Möglichkeiten erschliesst, die wir bisher noch nicht so kennen.

Zu den Punkten, die wir kritisieren. Uns ist sehr wichtig, dass wirklich dieses Quartierparking Messehalle 3 miteinbezogen wird in die Timeline, also dass ein Parkplatzabbau nicht zu einer Überbelastung des Quartiers und mehr Suchverkehr ohne Chance auf Finden führt, sondern dass da wirklich mitgedacht wird, ab wann diese neuen Plätze verfügbar sind, was wir so noch zu wenig gewiss herauslesen konnten.

Dann ist es sicher auch, dass wir beim Wettbewerb jetzt zwar gehört haben, dass es die Qualität verstärkt, wir sehen dort aber auch den Punkt, dass es die Kosten, die über die letzten Jahre, ja fast Jahrzehnte schon aufgelaufen sind, auch nochmals in die Höhe schraubt und dass dort auch das Risiko besteht, dass gewisse Vorkenntnisse, die da sind, dann einfach noch einmal quasi in Rechnung gestellt werden, weil diese auch miteingeflochten werden. Ob da nicht schon mehr Kompetenzzentrum vorhanden ist in der Verwaltung, die sich bis jetzt mit dem Projekt auseinandergesetzt hat, und ob man wirklich das Quartier noch einmal vor eine Verzögerung stellen will, weil dieser Wettbewerb notwendig ist. Wir sehen auf der anderen Seite aber auch, dass es sehr viele Personen oder Personengruppen mit Ansprüchen gibt und dass ein Wettbewerb diese wahrscheinlich sehr gut aufnehmen könnte. Also dort sind wir in dieser Zwickmühle drin. Schlussendlich muss ein Erkenntnisgewinn aus diesem Wettbewerb drin liegen und die Planungsphase bald darauf folgen und dann vor allem die Realisierung schlussendlich, weil das ist das, was dann wirklich einen Mehrwert bringt der Bevölkerung, also auf der grossen Fläche vor allem, weil die Pocket Parks, die sind vielleicht cool zum Ausprobieren, aber ob das dann wirklich die grosse Erkenntnis und vor allem Erfrischung bringt, das wagen wir stark zu bezweifeln.

Von dem her haben wir ein Offen. Es wird in verschiedene Richtungen gehen, aber für die mobilen Massnahmen sprechen wir uns ganz klar aus.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Beim Geschäft 12, eben die Pocket-Frage, die wird ja geklärt. Die FDP ist eigentlich einverstanden mit dem Mobiliar auf dieser Rosentalanlage, das vor allem auch vor dem Hintergrund, dass dieses Projekt von dieser Neugestaltung jetzt dann wirklich 25 Jahre dauert. Ich habe nachgeschaut, der ursprüngliche Ratschlag, der kommt aus dem Jahr 2000, ist nicht mehr mal online verfügbar, also es wurde im 2001 dann effektiv verabschiedet. Also wir diskutieren über etwas, das im letzten Jahrtausend schon ein Thema war.

Ich habe heute Morgen über diese 190 Projekte im Geschäftsmodell Infrastruktur kurz gesprochen und eines davon ist dieses Projekt in dieser Rosentalanlage. Wenn wir uns das jetzt ein bisschen anschauen, können wir das mal kurz



einblenden, und vielleicht zusammen, es tut mir leid, zusammen ein bisschen diese Komplexität von diesem Areal anschauen, ich sehe diese Komplexität nicht. In der Vorstudie wurde ganz klar geregelt, was da gemacht werden soll. Die Rosentalanlage bleibt ein Veranstaltungsort, die Fläche soll erhalten bleiben, die Veranstaltungsfläche, man sagt sogar, was damit passieren soll, sie soll chaussiert und als wassergebundene Fläche ausgestaltet werden. Vor der Kapelle soll ein Baumhain entstehen. Auch das ist geklärt, was da passieren soll. Hintendran bei dieser Grünanlage, auch da ist geklärt, was gemacht werden soll. Quartierbegrünung, mehr Bäume, das ist alles relativ klar. Sie haben sogar schon geklärt, dass Sie die Parkplätze auf der Strasse aufheben wollen auf der einen Seite und auf der anderen Seite dann die Wohnwagen hinstellen wollen für die Zirkusanlagen. Im unteren Bereich sagen sie, das soll dicht bleiben, es soll eigentlich wenig Zugänge haben, oben zu der Messe soll es durchlässiger sein.

Jetzt machen wir wirklich für eine halbe Million einen Projektwettbewerb, wo wir ein bisschen zwei Jahre lang darüber diskutieren, ob wir jetzt da oben diesen Durchgang fünf Meter oder sechs Meter mehr auf die Seite schieben oder nicht. Ist das wirklich jetzt die Aufgabe, die wir jetzt irgendwelchen Planungsteams machen für eine halbe Million Franken, statt wir jetzt hingehend und sagen, wir haben einen Plan, wir haben eine Vorstudie gemacht, wie wir es bei diesen Pocket Parks machen, da brauchen wir nicht mal eine Ausgabenbewilligung oder ein Antrag, das schwingt dann einfach so mit jetzt mit den anderen Geldern, die nehmen wir dann einfach da mit und setzen die dann um, wenn die Areale umgesetzt werden. Und jetzt brauchen wir wirklich für das eine halbe Million, ich verstehe das nicht. Wir können doch jetzt direkt eine Ausschreibung machen, dann gibt es ein Architektur-, Planungsbüro, das einen Vorschlag macht, dann setzen wir das um. Jetzt machen wir zwei Jahre nochmal und nachher braucht es noch zwei Jahre für die Verfeinerung.

Ich verstehe, wenn Sie warten wollen, bis der Rosentalturm fertig ist, das verstehe ich, dann warten Sie halt vielleicht noch ein paar Jahre, aber jetzt da einen Projektwettbewerb in dieser Konstellation zu machen und dann binden Sie jemanden vom Quartier ein, das haben wir beim Landhof versucht, diese Einbindung vom Quartier. Ich mag mich noch erinnern, es hiess da, Landhof, die Tribüne, die muss bestehen bleiben, das ist eine Voraussetzung, nachher gab es x Eingaben in diesem Projektwettbewerb, glaube ich, einer wollte die Tribüne stehen lassen, die Tribüne steht heute noch und all diese Projekte, die wurden nicht realisiert, weil sie eben nicht passen. Bei der Solitude haben wir die gleiche Situation, da machen wir jahrelang Projektwettbewerb, damit wir das Problem lösen. Wir sollten umsetzen und darum ist die FDP dezidiert gegen diesen Projektwettbewerb.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Stefan Wittlin. Diese wird angenommen.

Stefan Wittlin (SP): Ist Ihnen bewusst, dass das Wettbewerbsverfahren auch ein Instrument der öffentlichen Beschaffung ist und dass damit sichergestellt werden kann, dass das Büro mit der besten Qualität beauftragt wird und nicht einfach jenes mit dem geringsten Honorar?

Daniel Seiler (FDP): Das habe ich noch nie gehört, dass Architekturwettbewerber sich nur auf das Geld beziehen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Es wurden schon sehr viele Ausführungen gemacht. Wir folgen in grossen Teilen auch der Meinung der SP, insbesondere zum Mobiliar und der Wettbewerbsausschreibung. Aber was ich gerne noch einmal betonen möchte, hier noch einmal ins Zentrum setzen möchte, ist diese Aussage dazu, dass diese Pocket Parks keine Wirkung hätten, dass diese nicht wichtig seien, dass diese nicht nötig seien. Wir reden hier von einem dieser Quartiere, und das ist auch eine Forderung der Bevölkerung, das am wenigsten Grünfläche aufweist, und es gibt zahlreiche Studien, die aufzeigen, dass eben auch kleine Grünräume eine starke Wirkung haben, nicht nur für die Kühlung, auch für die Biodiversität, aber insbesondere für die Kühlung. Und da kann man sich lustig machen darüber oder nicht, wir können hier auch immer darüber streiten, welche Bäume wir, gemeinsam mit der SVP übrigens, stehen lassen wollen und nicht fällen wollen. Aber es gibt auch immer wieder diese Forderung dazu, dass wir neue Plätze schaffen müssen. Diese sind eng in der Stadt, sie haben eine wichtige Bedeutung, nicht jetzt für unsere nächsten fünf Jahre, aber diese Bäume, die wir auch platzieren müssen für die lange Zukunft, in der es nicht kühler wird, sondern heisser, und wenn man sich in der Stadt bewegt in den Tagen, dann ist die Innenstadt ein Backofen und überall, wo man einen Baum findet, merkt man beim Durchgehen, wie viel kühler es ist. Dementsprechend einfach dem das noch entgegengesetzt, machen wir diese Stadt grüner, bauen wir sie um für eine Zukunft, die heisser wird.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte mich aufgrund der fortgeschrittenen Zeit einfach noch auf die Frage konzentrieren, was Sie hiermit eigentlich beschliessen. Ich glaube, in dem Sinne schauen Sie am besten nochmal auf Seite 22. Also tatsächlich geht es jetzt mit Ihrem Ja zu den mobilen Elementen nicht um einen Stossrichtungsentscheid für oder gegen die Pocket Parks, sondern die Beschlüsse hier sind tatsächlich rein finanzieller Natur für die mobilen Elemente. Uns war es einfach wichtig, Ihnen diese Gesamtstrategie anzuhängen, weil etwas, was Sie uns ja häufig auch vorhalten, zum Teil auch zu Recht, dass wir nur einzelne Elemente der Planung Ihnen präsentieren und hier ist eines der ersten Quartiere, wo wir eben eine gesamthafte Planung gemacht haben im Sinn von, was kann man jetzt für mehr Freiräume und mehr Grünräume kurzfristig, mittelfristig und langfristig tun. Und dieses Gesamtkonzept wollten wir Ihnen aufzeigen. Beschliessen heute mit Traktandum 12 tun Sie allein die Ausgaben für die mobilen Elemente. Die Abklärungen für die Pocket Parks, die machen wir ohnehin und wenn sich diese als sinnvoll erweisen, werden diese voraussichtlich als Ausgabenbewilligung separat wieder zu Ihnen kommen. Deshalb bitte ich Sie sehr, hier zuzusagen zu diesen mobilen Elementen, damit wir rasch eine gewisse Linderung für dieses Quartier schaffen können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten. Laetitia Block beantragt, den Ausgabenbericht an den Regierungsrat zurückzuweisen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer den Ausgabenbericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 74 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009212, 24.06.26 17:40:43]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 11 Ja-Stimmen gegen 74 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung den Bericht nicht zurückgewiesen.

Wir kommen zur **Detailberatung** (Seite 22 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

1. Totalbetrag

- Einmalige Ausgabe
- Investitionskosten Herstellung mobile Elemente
- Investitionskosten mobile Elemente zu Lasten Stadtklimakonzept
- Folgekosten Unterhalt und Betrieb
- Entwicklungsbeitrag mobile grüne Elemente

Publikationsklausel.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.



Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 11 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009214, 24.06.26 17:41:52]

Der Grosse Rat beschliesst

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 725'000 für die Umsetzung von Aufwertungsmassnahmen zugunsten des Rosentalquartiers (Umsetzung Vorstudie Rosentalanlage) bewilligt.

Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

Fr. 110'000 einmalige Ausgabe für die Konzeption mobiler Elemente, einsetzbar auf der Rosentalanlage und im Quartier zu Lasten der Planungspauschale des Bau- und Verkehrsdepartements, Generalsekretariat

Fr. 250'000 für Investitionskosten für die Herstellung mobiler Elemente für die Jahre 2027 bis 2028 für den Einsatz auf der Rosentalanlage und im Quartier zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, IB1a Stadtentwicklung + Allmendinfrastruktur, Mehrwertabgabefonds

Fr. 100'000 für Investitionskosten für die Herstellung mobiler Elemente für die Jahre 2027 bis 2028 zu Lasten des Ratschlags Stadtklimakonzept vom 10. April 2024 (GRB 24/15/08G)

Fr. 250'000 für die Folgekosten für die Jahre 2028 bis 2032 für den Unterhalt und den Betrieb der mobilen Elemente auf der Rosentalanlage zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Stadtgärtnerei

Fr. 15'000 für den Entwicklungsbeitrag mobiler, grüner Elemente für die Jahre 2028 bis 2032 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 75 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

Wir machen noch Traktandum 13, aber ich kann Ihnen jetzt schon sagen, dass wir für morgen Vormittag nicht genügend Traktanden haben, dass wir den ganzen Vormittag füllen, entsprechend beenden wir heute die Sitzung um 18 Uhr und das war dann die letzte Sitzung vor den Sommerferien.

13. Durchführung eines Wettbewerbs zur Sanierung und Neugestaltung der Rosentalanlage und die Weiterbearbeitung des Siegerprojekts, Ausgabenbericht des RR

[24.06.26 17:42:24, 25.1835.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Die Kommissionssprecherin und auch die Regierungsrätin haben bereits zu Traktandum 13 gesprochen. Ich habe auch keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten. Laetitia Block beantragt, den Ausgabenbericht an den Regierungsrat zurückzuweisen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer den Ausgabenbericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will, stimmt NEIN.



Ergebnis der Abstimmung

14 Ja, 74 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009217, 24.06.26 17:43:31]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie wollen mit 14 Ja-Stimmen gegen 74 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung den Ausgabenbericht nicht zurückweisen.

Wir kommen damit zur **Detailberatung** (Seite 14 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

1. Totalbetrag

- Einmalige Ausgabe Durchführung Projektwettbewerb
- Einmalige Ausgabe Weiterbearbeitung Siegerprojekt

Publikationsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

69 Ja, 18 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0009219, 24.06.26 17:44:31]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Durchführung eines Wettbewerbs zur Sanierung und Neugestaltung der Rosentalanlage und der anschliessenden Weiterbearbeitung des Siegerprojekts werden Ausgaben in Höhe von Fr. 850'000 bewilligt. Diese Ausgaben teilen sich wie folgt auf:

Fr. 450'000 als einmalige Ausgabe für die Durchführung eines landschaftsarchitektonischen Projektwettbewerbs zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Planungspauschale (Bau- und Verkehrsdepartement, Generalsekretariat)

Fr. 400'000 als einmalige Ausgabe zur Weiterbearbeitung des Siegerprojekts zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur» für die Projektierung bis zur Ratschlagsreife des Projekts (Bau- und Verkehrsdepartement, Stadtgärtnerei).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 69 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung dem Grossratsbeschluss zugestimmt.



14. Petition P485 "Fernwärme auch für Grossbasel-West", Bericht der PetKo

[24.06.26 17:44:40, 24.5443.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Für die Petitionskommission das Wort hat Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Die Petition «Fernwärme auch für Grossbasel-West» fordert den Einzug der Fernwärme westlich der Holeestrasse, Spalenring, Steinering bis an die Grenze zu Binningen und Allschwil, überall dort, wo bis jetzt Fernwärme nicht vorgesehen ist. Ausserdem fordert sie die Finanzierung des Anschlusses an die Fernwärme durch den Kanton.

Nach dem Hearing vom 31. März, an dem die Petitionskommission zwei Vertreter der Petentschaft sowie den Generalsekretär des WSU angehört hatte, wurde die Petition Anfang Juni 2025 auf Antrag der PetKo dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert sechs Monaten überwiesen. Die Petitionskommission hatte Verständnis für die wirtschaftlichen Überlegungen, die dazu geführt hatten, dass der Grosse Rat im 2021 keinen flächendeckenden Ausbau des Fernwärmenetzes beschlossen hatte. Sie stufte deshalb auch die Forderung der Petition nach einem weiteren Ausbau des Fernwärmenetzes als nicht angebracht ein, dies, weil es sich bei der Fernwärme um keine günstige Form der Wärmeversorgung handelt und weil es valable Alternativen dazu gibt.

Auch die von der Petentschaft monierte Ungleichbehandlung in finanzieller Hinsicht konnte die Petitionskommission nicht nachvollziehen. Auch wer eine Liegenschaft im Fernwärmegebiet besitzt, erhält den Anschluss vom Kanton nicht geschenkt. Die Förderpolitik des Kantons beruft sich auf die Investitionsungleichstellung und der Regierungsrat hat den Förderbeitrag für alternative Lösungen im Fernwärmegebiet Anfang 2025 sogar reduziert.

Bei der Information und Kommunikation stellte die Petitionskommission jedoch Verbesserungsbedarf fest. Die Kommission war klar der Meinung, dass die Hausbesitzer*innen, die ihre Wärmeversorgung umstellen müssen, vom Kanton umfassend unterstützt und informiert werden sollen, denn viele von ihnen fühlen sich überfordert. Sie sah klar eine Bringschuld des Kantons und bat deshalb um die Beantwortung konkreter Fragen, dazu verweise ich auf den Bericht.

Der Regierungsrat ist in seiner Stellungnahme vom 3. Februar ausführlich auf die Fragen eingegangen, hat die verschiedenen Informationsangebote für Hauseigentümer*innen erläutert und darüber informiert, dass im Laufe des Jahres 2026 eine dritte Person das Team der Energieberatung unterstützen wird, um der hohen Nachfrage gerecht zu werden. Zudem erläuterte der Regierungsrat den Ablauf für die konkrete Festlegung des IWB-Fernwärmegebiets sowie die Kriterien, die dafür angewendet wurden. Die PetKo kann nachvollziehen, dass eine weitere Veränderung des IWB-Fernwärmeversorgungsgebiets nicht geplant ist, dafür erhalten Verbundlösungen, wie zum Beispiel Nanoverbünde mit mindestens drei Liegenschaften, die ausserhalb des Fernwärmegebiets realisiert werden, Förderbeiträge.

Die PetKo zeigte sich zufrieden mit den Antworten des Regierungsrats und beantragt deshalb einstimmig, die Petition «Fernwärme auch für Grossbasel-West» als erledigt zu erklären.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Marina Schai hat sich als Fraktionssprechende für die Mitte-EVP eingetragen.

Marina Schai (Mitte-EVP): Um es vorwegzunehmen, die Fraktion Mitte-EVP schliesst sich den anderen Fraktionen an und beantragt entgegen dem «Chrüzlistich» nicht, dieses Geschäft an den Regierungsrat zurückzuweisen. Trotzdem möchte ich noch zwei Punkte hervorheben, und zwar erstens, die Vertretung des Departements nimmt Stellung und führt unter anderem aus, ich zitiere: dass Fernwärme aus erneuerbaren Quellen nicht in beliebiger Menge zur Verfügung steht. Zitat Ende. Auch die Petitionskommission stellt dies in Frage. Sie sagt, unklar ist zudem, ob die bei einer höheren Nachfrage nach Fernwärme benötigte Menge an dekarbonisierter Wärme überhaupt produziert werden könnte. Dieses Problem wird auch nicht bestritten, aber einfach so als Gedankenanstoss, bei dieser Ausgangslage mutet es etwas seltsam an, dass die IWB dann ins Auge fasst, Wärme im Verbund nach Weil am Rhein zu liefern. Da stellt sich schon ein bisschen die Frage, warum man zu wenig erneuerbare Wärme für Basel hat, aber für Weil am Rhein funktioniert es oder generell für den Export. Auf der Homepage der IWB findet man das Projekt.

Der zweite Punkt, den hat Heidi Mück schon angesprochen, ich nehme ihn trotzdem noch einmal auf, die Petitionskommission hat auch im Bericht schon geschrieben, es sei sehr wichtig, dass Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, die ihre Wärmeversorgung umstellen müssen, vom Kanton oder den IWB proaktiv über die verfügbaren Möglichkeiten informiert und bei der Auswahl unterstützt werden. Die Regierung aber verweist einfach darauf, dass Informationen beim AUE gratis erhalten werden können und auch auf der Homepage entsprechende Informationen verfügbar seien. Dies ist in unseren Augen keine proaktive Informationsstrategie. Die betroffenen Personen müssen erst wissen, dass



sie diese Informationen beim AUE erhalten können. Proaktiv hingegen würde für uns beispielsweise bedeuten, dass Bewohner in nicht erschlossenen Gebieten den Verweis auf das AUE als Beratungsstelle schriftlich in den Briefkasten erhalten könnten. Wer das AUE nicht auf dem Schirm hat, wird nicht einfach daran denken, dort vorbeizugehen.

Insbesondere würde ein Vorgehen mit schriftlicher Information, weshalb die Fernwärme da nicht hingbracht wird, auch Sinn machen, weil doch einige dieser Hausbesitzer, die diese Einfamilienhäuser haben, im fortgeschrittenen Alter sind und allenfalls im Umgang mit dem Internet nicht sehr geübt. Umgekehrt finden regelmässige Veranstaltungen in Gebieten statt, wo eben Fernwärme ist. Das heisst für uns, wir müssten es eigentlich umdrehen, in den Gebieten, wo Fernwärme nicht hinkommt, ist unseres Erachtens der Informationsbedarf grösser als in den Gebieten, wo die Fernwärme kommt, und deshalb müsste man das wirklich überall machen.

Aber wie schon gesagt, trotz dieser Einwände stimmt die Fraktion Mitte-EVP der Erledigung dieses Geschäftes zu.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

15. Petition P499 "Höhere Kinderabzüge Jetzt!", Bericht der PetKo

[24.06.26 17:52:17, 25.5190.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Für die Kommission das Wort hat Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Sie haben es vielleicht schon beim Bericht bemerkt, hier kann ich mich sehr kurz halten. Die Petition verlangt eine signifikante Erhöhung der kantonalen steuerlichen Kinderabzüge und geht davon aus, dass diese Erhöhung dazu führt, dass wieder mehr Kinder in Basel geboren werden. Die Petentschaft verzichtete darauf, an einem Hearing ihr Anliegen zu erläutern und sich den Fragen und der Diskussion der PetKo zu stellen. Die Absage kam kurzfristig und ohne Begründung. Zum Hearing erschienen sind aber eine Vertreterin des Finanzdepartements und der Leiter der Steuerverwaltung. Sie konnten die Auswirkungen der Petitionsforderungen nicht abschliessend beurteilen, schätzten aber, dass sie Mindereinnahmen im Bereich eines hohen zweistelligen oder tiefen dreistelligen Millionenbetrags nach sich ziehen werden.

Die PetKo hat bei der Behandlung der Petition berücksichtigt, dass die Petentschaft in der Zwischenzeit eine Initiative gestartet hat, die zum Teil noch höhere Kinderabzüge verlangt. Die Mehrheit der Kommission wollte deshalb den Regierungsrat nicht zusätzlich mit dieser Petition beschäftigen, eine Minderheit hätte sich gewünscht, mehr Informationen zu den finanziellen Folgen der höheren Abzüge und eine Einschätzung der Regierung zu erhalten.

Ich beantrage Ihnen nun, die Petition «Mehr Kinder dank fairer Steuerpolitik» als erledigt zu erklären.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Da wir morgen keine Sitzung mehr haben, hatten heute vier Ratsmitglieder ihre letzte Sitzung.

Fina Girard ist seit Februar 2023 Mitglied im Grossen Rat, sie verlässt uns aufgrund einer Ausbildung im Ausland. Sie war Mitglied der Disziplinarkommission und der WAK und sie ist immer noch Mitglied der Begnadigungskommission und der Bau- und Raumplanungskommission. Ebenfalls hat sie als jüngstes Mitglied mit einer Rede unsere Legislatur eröffnet. Wir wünschen Fina Girard für die Zukunft alles Gute und bedanken uns für die dem Kanton geleisteten Dienste. [Applaus]



Andrea Strahm ist seit dem 1. Februar 2021 Mitglied des Grossen Rates. Sie war Mitglied der Petitionskommission, der Disziplinarkommission, der PUK Biozentrum, der IGPK Uni und der GSK. Aktuell ist Andrea Strahm noch in der GPK. Wir verlieren mit Andrea Strahm, eine Politikerin, die die Oberaufsicht über unseren Kanton geprägt hat, und wünschen ihr für die Zukunft alles Gute und bedanken uns für die dem Kanton geleisteten Dienste. [Applaus]

Georg Mattmüller ist seit dem 1. Januar 2014 Mitglied des Grossen Rates. Er war Mitglied der Gesundheits- und Sozialkommission, der Wirtschafts- und Abgabekommission und der IPK FHNW. Aktuell ist er Mitglied der IGPK UKBB und der Finanzkommission. Wir verlieren mit Georg Mattmüller einen sehr erfahrenen Politiker und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute. [Applaus]

Pascal Pfister ist seit dem 12. August 2013 Mitglied des Grossen Rates. In seiner politischen Karriere bei uns war er Mitglied der Petitionskommission, der Gesundheits- und Sozialkommission, der Finanzkommission, der Disziplinarkommission, der Petitionskommission, der IGPK Rheinhäfen und der WAK. Aktuell ist er noch Mitglied der Wahlvorbereitungskommission und der GPK. Wir verlieren mit Pascal Pfister einen sehr erfahrenen Politiker und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute. [Applaus]

Mit den Verabschiedungen verabschiede ich mich auch von Ihnen für die Sommerpause und ich freue mich, Sie wieder im September begrüßen zu dürfen.

Schluss der 22. Sitzung

17:58 Uhr



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

24. Juni 2026 09:03:39

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Hug Lukas (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	87	28	11	11	8	10	5	7	6	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	88	28	11	11	8	10	5	7	6	2	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	3	2	0	4	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
26.5268

Abstimmungsdatum

24. Juni 2026 09:06:37

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Nachfolge Johannes Sieber, ehem. GLP)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Hug Lukas (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	87	28	11	11	8	10	5	7	6	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	28	11	11	8	10	5	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	1	0	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	9	3	2	0	3	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 4
26.5269

Abstimmungsdatum

24. Juni 2026 09:07:50

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Gesundheits- und Sozialkommission (Nachfolge Raoul I. Furlano, LDP)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Hug Lukas (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ent		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	89	28	10	11	10	10	6	7	6	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	11	11	10	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	8	3	2	0	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5
26.5270

Abstimmungsdatum

24. Juni 2026 09:09:02

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Disziplinarkommission (Nachfolge Raoul I. Furlano, LDP)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Hug Lukas (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ent		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	89	28	10	11	10	10	6	7	6	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	11	11	10	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	8	3	2	0	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6
26.5214

Abstimmungsdatum

24. Juni 2026 09:10:10

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Melanie Eberhard, SP)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Hug Lukas (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ent	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	89	27	11	11	10	10	6	7	6	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	11	11	10	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	8	3	2	0	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
26.5140

Abstimmungsdatum

24. Juni 2026 09:14:27

Geschäft

Vorschlag zur Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht Basel-Stadt für den Rest der laufenden
Amtsdauer 2022 – 2027, Bericht der WVKo (Nachfolge von Monika Guth Eichner)**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht abgestimmt
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Hug Lukas (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Grabner Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	85	29	11	10	7	10	5	7	5	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	29	11	10	7	10	5	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	9	1	0	1	3	0	1	0	1	1	1
Nicht anwesend	6	1	2	0	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
26.5140

Abstimmungsdatum

24. Juni 2026 09:15:09

Geschäft

Vorschlag zur Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht Basel-Stadt für den Rest der laufenden
Amtsdauer 2022 – 2027, Bericht der WVKo (Nachfolge von Monika Guth Eichner)**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Hug Lukas (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Grabner Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	87	29	11	10	8	10	6	7	5	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	29	11	10	8	10	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	7	1	0	1	2	0	0	0	1	1	1
Nicht anwesend	6	1	2	0	2	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
26.5134

Abstimmungsdatum

24. Juni 2026 11:17:35

Geschäft

Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2025 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2025 der fünf kantonalen Museen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Hug Lukas (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	92	30	12	11	9	10	6	7	6	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	30	12	11	9	10	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	2	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
26.5134

Abstimmungsdatum

24. Juni 2026 11:36:21

Geschäft

Bericht der Finanzkommission zur Jahresrechnung 2025 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2025 der fünf kantonalen Museen

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Hug Lukas (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	29	11	11	10	11	6	7	6	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	11	11	10	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	1	0	2	0	0	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9
26.5189

Abstimmungsdatum

24. Juni 2026 16:20:17

Geschäft

Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2025 des Regierungsrats

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Hug Lukas (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	90	30	12	11	7	10	6	7	6	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	30	12	11	7	10	6	7	6	2	0
Nicht abgestimmt	5	1	1	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	0	0	0	4	0	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9
26.5189

Abstimmungsdatum

24. Juni 2026 16:42:22

Geschäft

Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und Bericht zum Jahresbericht 2025 des Regierungsrats

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Hug Lukas (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	88	30	11	11	8	9	5	7	6	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	30	11	11	8	9	5	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	7	1	2	0	0	1	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	0	0	0	4	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10
22.0282

Abstimmungsdatum

24. Juni 2026 16:52:52

Geschäft

Kantonale Volksinitiative "50 Meter Hallenbad für Basel! - JETZT!" - Antrag auf Fristverlängerung, Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Hug Lukas (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	88	30	11	11	8	8	6	7	6	1	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	30	11	11	8	8	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	7	1	2	0	0	2	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	0	0	0	4	1	0	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 12
25.1827

Abstimmungsdatum

24. Juni 2026 17:40:21

Geschäft

Umsetzung von mobilen Elementen zur Freiraumverbesserung auf der Rosentalanlage und im Rosentalquartier, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Hug Lukas (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	11	0	0	11	0	0	0	0	0	0	0
Nein	74	30	11	0	8	9	5	4	6	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	86	30	11	11	8	9	5	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	2	0	0	0	0	1	0	1	1
Nicht anwesend	9	1	0	0	4	2	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 12
25.1827

Abstimmungsdatum

24. Juni 2026 17:41:30

Geschäft

Umsetzung von mobilen Elementen zur Freiraumverbesserung auf der Rosentalanlage und im Rosentalquartier, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Hug Lukas (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	75	30	12	0	8	9	5	4	6	1	0
Nein	11	0	0	11	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	87	30	12	11	8	9	5	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	0	0	0	1	0	1	1
Nicht anwesend	9	1	0	0	4	2	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13
25.1835

Abstimmungsdatum

24. Juni 2026 17:43:09

Geschäft

Durchführung eines Wettbewerbs zur Sanierung und Neugestaltung der Rosentalanlage und die Weiterbearbeitung des Siegerprojekts, Ausgabenbericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Hug Lukas (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	14	0	1	11	0	0	0	2	0	0	0
Nein	74	30	11	0	8	9	5	4	6	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	30	12	11	8	9	5	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	9	1	0	0	4	2	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13
25.1835

Abstimmungsdatum

24. Juni 2026 17:44:09

Geschäft

Durchführung eines Wettbewerbs zur Sanierung und Neugestaltung der Rosentalanlage und die
Weiterbearbeitung des Siegerprojekts, Ausgabenbericht des RR**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nicht anwesend	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Hug Lukas (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (Fraktionslos)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	69	30	10	0	8	9	5	0	6	1	0
Nein	18	0	2	11	0	0	0	5	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	88	30	12	11	8	9	5	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	9	1	0	0	4	2	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	6	7	6	2	1